

STAATSANZEIGER



FÜR DAS LAND HESSEN

1 Y 6432 A

1974

MONTAG, 18. MÄRZ 1974

Nr. 11

Seite	Seite	Seite
<p>Der Hessische Ministerpräsident — Staatskanzlei Verlust eines Konsularischen Ausweises 521 Veröffentlichungen des Hessischen Statistischen Landesamtes in der Zeit vom 13. 2. 1974 bis 26. 2. 1974 521</p> <p>Der Hessische Minister des Innern Richtlinien über Bau und Betrieb von Anlagen zur Lagerung von Heizöl (Heizölbehälter-Richtlinien) 522 Richtlinien für die Brandbekämpfung und Hilfeleistung auf Autobahnen im Lande Hessen 522 Bundes-Angestellentarifvertrag (BAT); hier: Viertes Änderungsarbeitsvertrag vom 14. 3. 1963 535 Wahrnehmung von Aufgaben auf dem Gebiet des Paßwesens in den Gemeinden Münster und Ober-Roden, Landkreis Dieburg 535 Diplomaten und andere bevorrechtigte Personen 535 Kostenansatz der Vollzugspolizei in Straf- und Ordnungswidrigkeitenverfahren 542 Baurechtliche Behandlung der Preisauszeichnungen an Tankstellen 543 Winterbau/Arbeitsförderungsgesetz; hier: Bericht über die Winterbautätigkeit 543</p> <p>Der Hessische Minister der Justiz Organisation der Ortsgerichte 544</p>	<p>Organisation der Ortsgerichte 545 Organisation der Ortsgerichte 546</p> <p>Der Hessische Kultusminister Studentenschaftsbeiträge der Philipps-Universität Marburg 546</p> <p>Der Hessische Sozialminister Richtlinien zur Ausführung der Anlage 4 der Hessischen Vergabeordnung vom 3. 7. 1973 — Bewerber für den Öffentlichen Gesundheitsdienst 546 Durchführung des Berufsbildungsgesetzes; hier: Einreichung von Vorschlägen für die Beauftragten der Arbeitgeber und der Arbeitnehmer im Landesausschuß für Berufsbildung für die am 1. 7. 1974 beginnende 2. Amtsperiode 548 Hessischer Fachausschuß für Kurorte, Erholungsorte und Heilbrunnen 548</p> <p>Der Hessische Minister für Landwirtschaft und Umwelt Erklärung von Wald zu Schonwald bzw. Erholungsgebieten 548 Flurbereinigung Renda, Krs. Eschwege 549 Flurbereinigung Bischoffen, Krs. Biedenkopf 549 Ungültigkeitserklärung von Dienstausweisen für den Forstschutz für amtlich bestätigte Privatforstbedienstete als Forstschutzbedienstete 550</p>	<p>Der Landeswahlleiter für Hessen Nachfolge für den Abgeordneten des Hessischen Landtags Hans-Otto Weber (SPD) 550</p> <p>Personalnachrichten Im Bereich des Hessischen Ministers des Innern 551 Im Bereich des Hessischen Ministers für Wirtschaft und Technik 551</p> <p>Regierungspräsidenten DARMSTADT Ungültigkeitserklärung eines Dienstesiegels 551</p> <p>Buchbesprechungen 551</p> <p>Öffentlicher Anzeiger Genehmigung zur Einrichtung und zum Betrieb eines Linienverkehrs mit Kraftfahrzeugen von Haiger nach Haiger 563 Genehmigung zur Einrichtung und zum Betrieb eines Linienverkehrs mit Kraftfahrzeugen von Beilstein nach Herbörn 564 Genehmigung zur Einrichtung und zum Betrieb eines Linienverkehrs mit Kraftfahrzeugen von Frankfurt/Main nach Bad Homburg v. d. H. 564 Genehmigung zur Einrichtung und zum Betrieb eines Linienverkehrs mit Kraftfahrzeugen von Wilsbach nach Sinn 564</p>

Seite 521

373

DER HESSISCHE MINISTERPRÄSIDENT

Verlust eines Konsularischen Ausweises

Der am 20. 12. 1972 von der Staatskanzlei ausgestellte Konsularische Ausweis-Nr. 4991 für Frau Chrysoula Vlachakos, Sekretärin des Griechischen Generalkonsulats in Frankfurt a. M., ist verlorengegangen.

Der Ausweis wird für ungültig erklärt.

Wiesbaden, 4. 3. 1974

Der Hessische Ministerpräsident
Staatskanzlei
I A 1 — 2 e 10/05

StAnz. 11/1974 S. 521

374

Veröffentlichungen des Hessischen Statistischen Landesamtes in der Zeit vom 13. 2. 1974 bis 26. 2. 1974

Erhältlich durch den Buchhandel oder unmittelbar beim Hessischen Statistischen Landesamt, 6200 Wiesbaden, Rheinstraße 35/37

Staat und Wirtschaft in Hessen

Heft 2 - Februar 1974 - 29. Jahrgang

Preis
DM
1,50

Aus dem Inhalt:

Preisentwicklung bei Kraftstoffen und Heizöl (Ende 1973/Anfang 1974)

Verbraucherpreisbilanz 1973

Die Unfallentwicklung seit Einführung von „Tempo 100“
Gemeindezusammenschlüsse vom 1. Juli 1973 bis 1. Januar 1974

Schüler in Sonderschulen 1963 bis 1972

Mitglieder der gesetzlichen Krankenversicherung 1968 bis 1972

Die Viehhaltung in Hessen 1973

Die Erbschaften und ihre Besteuerung 1972

Hessischer Zahlenspiegel

Ausgewählte Wirtschaftszahlen für das Bundesgebiet

Volkswirtschaftliche Gesamtrechnungen der Länder

Heft 4

Das Bruttoinlandsprodukt der kreisfreien Städte und Landkreise 1961, 1968 und 1970

Preis
DM
15,—

	Preis DM	Preis DM
Statistische Berichte		
B I 1 — j/73 (Vorwegergebnisse) Die allgemeinbildenden Schulen in Hessen, Stand: 15. Oktober 1973	1,—	
C III 2 — j/73 Die Schlachtungen von Tieren inländischer Herkunft 1973 — Jahresübersicht —	1,—	
C IV 3 — m 1/74 Ergebnisse aus betriebs- und marktwirtschaftlichen Meldungen in Hessen im Januar 1974	—,50	
F I 1 — m 12/73 Das Bauhauptgewerbe in Hessen im Dezember 1973 und im Jahre 1973	1,—	
G IV 1 — m 11/73 Fremdenverkehr in den hessischen Berichtsgemeinden im November 1973	—,50	
		H I 1 — m 11/73 Straßenverkehrsunfälle in Hessen im November 1973 (Gebietsstand am 1. August 1972)
		M I 2 — m 1/74 Verbraucherpreise in Hessen im Januar 1974
		N I 1 — vj 4/73 — Teil I Verdienste und Arbeitszeiten in Industrie und Handel in Hessen im Oktober und im Jahr 1973, Teil I: Ver- dienste und Arbeitszeiten der Industriearbeiter
		N I 1 — vj 4/73 — Teil II Verdienste und Arbeitszeiten in Industrie und Handel in Hessen im Oktober 1973 und im Jahr 1973, Teil II: Angestelltenverdienste
		Wiesbaden, 26. 2. 1974 Hessisches Statistisches Landesamt Z 231 — 77 a 241/74 StAnz. 11/1974 S. 521

375

Der Hessische Minister des Innern

Richtlinien über Bau und Betrieb von Anlagen zur Lagerung von Heizöl (Heizölbehälter-Richtlinien — HBR)

Bezug: Meine Erlasse vom 20. 7. 1972 (StAnz. S. 1372), 8. 9. 1972 (StAnz. S. 1672), 12. 2. 1973 (StAnz. S. 442) und 23. 3. 1973 (StAnz. S. 724)

Die mit meinem Erlaß vom 20. 7. 1972 eingeführten und mit Erlassen vom 8. 9. 1972, 12. 2. 1973 und 23. 3. 1973 geänderten Heizölbehälter-Richtlinien werden wie folgt geändert:

In Nr. 12 wird ein neuer Unterabschnitt mit folgendem Wortlaut eingefügt:

„12.2. c) die Werkssachverständigen und Werksprüfer von Behälterherstellern, deren Erzeugnisse im Werk hergestellt und einbaufertig geliefert werden (Werksprüfung) und einer Überwachung durch eine anerkannte Gütegemeinschaft oder durch eine amtliche oder amtlich anerkannte Prüfstelle unterliegen.“

Dieser Erlaß ergeht im Einvernehmen mit dem Hessischen Minister für Landwirtschaft und Umwelt und dem Hessischen Sozialminister.

Wiesbaden, 22. 2. 1974

Der Hessische Minister des Innern
VA 1/VA 4 — 64 b 12/03 — 56/74
StAnz. 11/1974 S. 522

376

Richtlinien für die Brandbekämpfung und Hilfeleistung auf Autobahnen im Lande Hessen

Gemäß § 50 Brandschutzhilfeeistungsgesetz vom 5. Oktober 1970 (GVBl. I S. 585) erlasse ich nachstehende Richtlinien:

Richtlinien für die Brandbekämpfung und Hilfeleistung auf Autobahnen im Lande Hessen.

Die Richtlinien gelten für die öffentlichen Feuerwehren im Lande Hessen. Sie haben das Ziel, die erforderlichen organisatorischen, technischen und taktischen Maßnahmen zur Brandbekämpfung und Hilfeleistung auf den Autobahnen zu gewährleisten.

Zu den Autobahnen gehören neben dem Straßenkörper u. a. die Brücken, Tunnel, Dämme, Gräben, Böschungen, Trenn-, Seiten-, Rand- und Sicherheitsstreifen;

das Zubehör wie z. B. Verkehrszeichen, die Verkehrseinrichtungen und -anlagen aller Art, die der Sicherheit oder Leichtigkeit des Straßenverkehrs oder dem Schutz der Anlieger dienen, und die Bepflanzung;

die Nebenanlagen wie z. B. Straßenmeistereien, Gerätehöfe, Entnahmestellen, Hilfsbetriebe und -einrichtungen, die Nebenbetriebe wie z. B. Tankstellen und Raststätten

1. **Einsatzbereiche**
 - 1.1 Autobahnen
 - 1.2 Nachbarschaftshilfe
 - 1.3 Einsatzleitung
 - 1.4 Kraftfahrstraßen
2. **Einsatzfahrzeuge**
 - 2.1 Ausstattung mit Fahrzeugen
 - 2.2 Ausrüstung der Fahrzeuge
3. **Einsatz**
 - 3.1 Erkundung
 - 3.2 Zusammenarbeit
 - 3.3 Alarmierung und Sprechfunkverkehr
 - 3.4 Einsatzfahrten
 - 3.5 Sicherung der Einsatzstellen
 - 3.6 Hubschraubereinsatz
4. **Besondere Zuweisungen zu den Kosten**
5. **Berichte**
6. **Schlußbestimmungen**

1. **Einsatzbereiche**
 - 1.1 **Autobahnen**
Gemäß § 31 Brandschutzhilfeeistungsgesetz (BrSHG) vom 5. Oktober 1970 weise ich bestimmten Feuerwehren abgegrenzte Einsatzbereiche auf Autobahnen im Lande Hessen zu. Die hierfür vorgesehenen Feuerwehren (Autobahnfeuerwehren) ergeben sich aus der nachstehenden Anlage 1. Weitere Zuweisungen erfolgen im Bedarfsfall.
 - 1.2 **Nachbarschaftshilfe**
Durch Zuweisung von Autobahnabschnitten an bestimmte Feuerwehren bleibt die Verpflichtung zum Einsatz der Feuerwehren zur Nachbarschaftshilfe gemäß § 30 BrSHG unberührt. Die Feuerwehren sind gehalten, weitgehend zusammenzuarbeiten. Reichen die Ein-

satzkräfte einer Feuerwehr zu einer Gefahrenabwehr oder Hilfeleistung nicht aus, so ist unverzüglich die nächste entsprechend ausgestattete Feuerwehr zur Verstärkung anzufordern.

1.3 Einsatzleitung

Die Einsatzleitung regelt sich entsprechend § 33 BrSHG, wobei der zugewiesene Einsatzbereich als Brandort der für diesen Bereich vorgesehenen Feuerwehr gilt.

1.4 Kraftfahrstraßen

Für Kraftfahrstraßen (autobahnähnlich ausgebaute Straßen, die gemäß StVO mit dem blauweißen Verkehrsschild „Kraftfahrstraßen“ gekennzeichnet sind), erfolgt keine besondere Zuweisung. Für sie ist, wie bei den übrigen Straßen, jeweils die Feuerwehr der Gemeinde zuständig, durch deren Gemarkung diese Straße führt.

2. Einsatzfahrzeuge

2.1 Ausstattung mit Fahrzeugen

Die Ausstattung einer Autobahnfeuerwehr soll neben der örtlich notwendigen Ausstattung der Feuerwehr — soweit nicht bereits vorhanden — zusätzlich aus folgenden Fahrzeugen bestehen:

- 1 Tanklöschfahrzeug 16 oder TroTLF 16,
- 1 Rüstwagen oder Gerätewagen,
- 1 Ölschadenfahrzeug,
- 1 Flutlichtfahrzeug.

Soweit diese Ausstattung noch nicht erreicht ist, wird sie mit Unterstützung des Landes Hessen angestrebt.

2.2 Ausrüstung der Fahrzeuge

Für Fahrzeuge, die auf Autobahnen eingesetzt werden, ist zusätzlich zur Normbeladung mindestens folgende Ausrüstung erforderlich:

Warnwesten (von den Unfallversicherungsträgern empfohlene Ausführung; Anzahl nach Normbesatzung der Fahrzeuge)

- 5 Verkehrsleitkegel mit Reflexfolie, Höhe ca. 500 mm
- 2 Verkehrswarngeräte
- 1 Gefährzeichen (StVO § 40 Zeichen 101) mit Zusatzschild „Unfall“ (Zeichen 832)
- 2 Winkerkellen beleuchtet.

Die Fahrzeuge müssen mit Sprechfunkanlagen FuG 7 b und mit einer Warnblinkanlage nach den Bestimmungen der StVO ausgerüstet sein.

3. Einsatz

3.1 Erkundung

Die Autobahnfeuerwehren haben sich durch turnusmäßige Erkundungsfahrten auf ihren zugewiesenen und benachbarten Streckenabschnitten mit den Besonderheiten dieser Strecken (wie z. B. nicht öffentliche Zufahrten, Wasserentnahmestellen, waldbrandgefährdete Strecken, Wasserschutzgebiete [Ölunfälle] usw.) vertraut zu machen.

3.2 Zusammenarbeit

Erfahrungsaustausch und Absprachen mit Feuerwehren, die nach § 29 BrSHG örtlich oder nach diesen Richtlinien für angrenzende Strecken zuständig sind, sowie mit der Polizei, den Behörden und Organisationen mit Sicherheitsaufgaben (BOS) und den Autobahnmeistereien sind durchzuführen.

3.3 Alarmierung und Sprechfunkverkehr

Für die Alarmierung und den Sprechfunkverkehr der Autobahnfeuerwehren, die funkbetriebliche und ein-

satzmäßige Zusammenarbeit mit der Polizei, den Sanitätsdiensten, dem Technischen Hilfswerk, den Einheiten und Einrichtungen des Katastrophenschutzes, gelten die „Fernmelde-Richtlinien für den Brand- und Katastrophenschutz sowie Rettungsdienst einschl. Krankentransport im Lande Hessen“ (StAnz. 1972 S. 908). Das Alarmierungsverzeichnis für Autobahnfeuerwehren ist als Anlage 2 nachstehend abgedruckt.

3.4 Einsatzfahrten

Auf der Fahrt zur Einsatzstelle sind die Kennleuchten (blaues Blinklicht) und das Einsatzhorn zusammen einzuschalten. Die Vorschriften der Straßenverkehrsordnung (StVO) sind zu beachten, soweit sich aus den §§ 35 und 38 StVO nichts anderes ergibt. Insbesondere dürfen Behelfs- oder -ausfahrten nur unter besonderer Rücksichtnahme auf den Verkehr benutzt werden. Fahrten entgegen der Fahrtrichtung oder Rückwärtsfahrten außerhalb der gesicherten Umgebung der Unfallstrecke ist zu unterlassen.

3.5 Sicherung der Einsatzstelle

Grundsätzlich ist es Aufgabe der Polizei, die Einsatzstellen abzusichern. Ist die Polizei nicht anwesend, so ist der Einsatzleiter der Feuerwehr berechtigt, bis zum Eintreffen der Polizei die notwendigen Sicherheitsmaßnahmen zu treffen (§ 32 Abs. 2 BrSHG). Sofort nach dem Eintreffen an der Einsatzstelle — möglichst schon während der Anfahrt — ist die Einsatzstelle durch Warn- und Sicherungseinrichtungen zu sichern (s. Beispiel Anlage 3). Die Fahrzeuge sind so aufzustellen, daß die Warnblinkanlage (gelb) auch bei Ausfall der Kennleuchten (blau) den fahrenden Verkehr warnen kann. Nach Beendigung des Einsatzes sind als letztes die Warn- und Sicherungseinrichtungen von der Einsatzstelle her entgegen der Fahrtrichtung — ggfs. bei Sicherung dieser Maßnahme durch die Polizei — abzubauen.

3.6 Hubschraubereinsatz

Für die Anforderung des Hubschraubers des Katastrophenschutzes für besondere Einsätze verweise ich auf den gemeinsamen Erlaß des Hessischen Sozialministers und des Hessischen Ministers des Innern vom 3. 8. 1972 (StAnz. S. 1410), geändert mit gem. Erl. v. 18. 1. 1973 (StAnz. S. 280).

4. Besondere Zuweisungen zu den Kosten

Für die Erfüllung der überörtlichen Aufgaben der Feuerwehren, denen Einsatzbereiche auf Autobahnen zugewiesen sind, werden den Trägern gemäß § 31 BrSHG besondere Zuweisungen gewährt. Die Höhe der Zuweisungen richtet sich nach den von mir im Benehmen mit dem Minister der Finanzen festgesetzten Durchschnittssätzen.

5. Berichte

Von jedem Autobahneinsatz ist ein Bericht entsprechend der Anlage 4 zu fertigen. Diese Berichte sind zu sammeln und mir mit dem Jahresbericht (Anlage 5) bis zum 31. Januar eines jeden Jahres für das vorangegangene Kalenderjahr auf dem Dienstwege vorzulegen.

6. Schlußbestimmungen

Diese Richtlinien treten mit sofortiger Wirkung in Kraft; damit werden bisher erfolgte vorläufige Regelungen aufgehoben.

Wiesbaden, 19. 2. 1974

Der Hessische Minister des Innern

VI 5 — 65 a 06 — 02

StAnz. 11/1974 S. 522

*

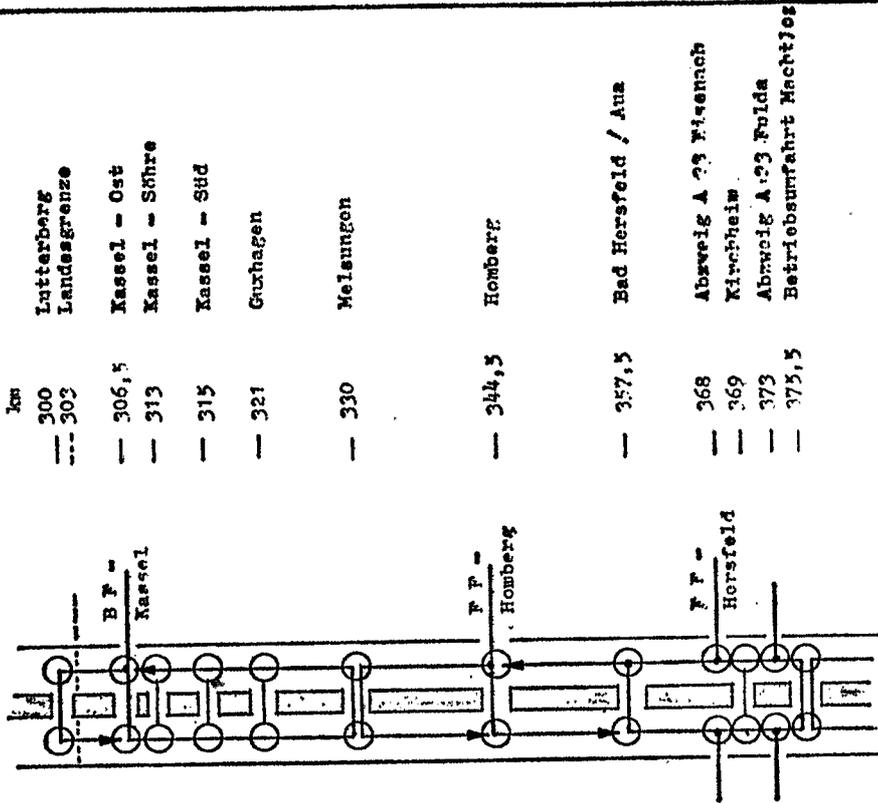
A N L A G E 1

Autobahnen im Bereich des Landes Hessen

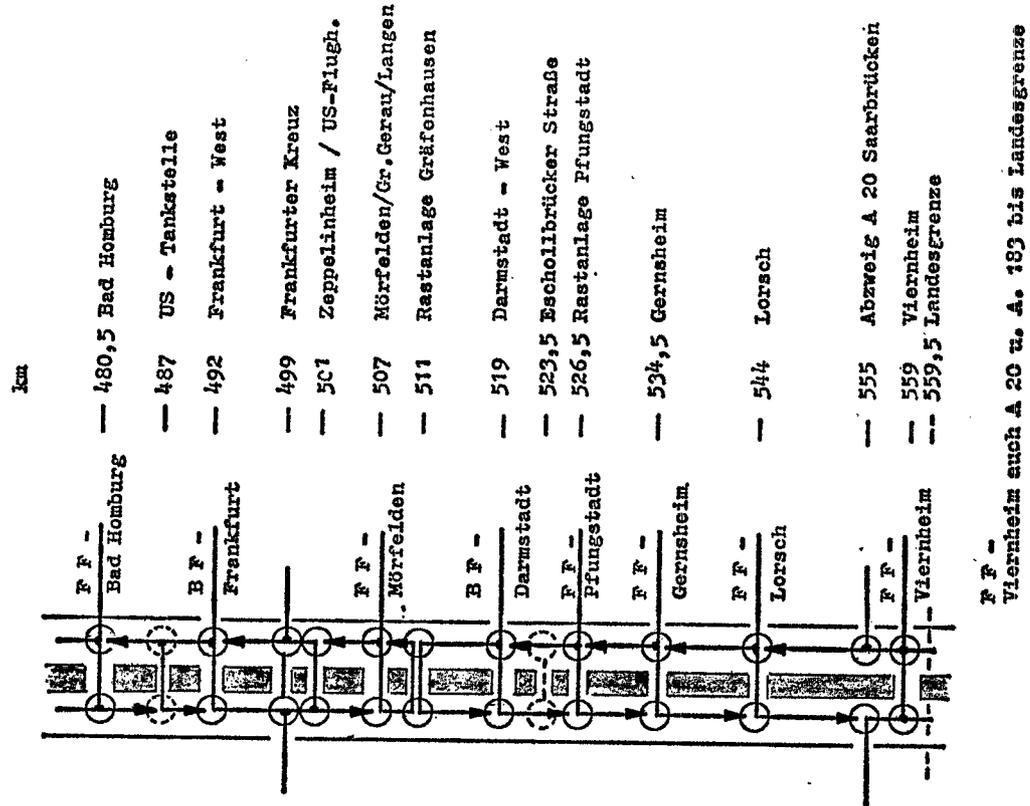
- A 10 Flensburg - Hamburg - Frankfurt - Basel
von km 303 - km 559,5
- A 13 Dortmund - Siegen - Gießen
von km 124,5 - km 189,5
- A 15 Aachen - Köln - Frankfurt - Würzburg - Nürnberg
von km 99 - km 204,5
- A 16 Dortmund - Kassel
von km 0 - km 38 und km 43 - km 52
- A 20 Saarbrücken - Mannheim - Heilbronn
von km 556,5 - km 559,5
- A 23 Miesbach - Bad Hersfeld - Fulda - Würzburg
von km 329 - km 372 und km 0 - km 64,5
- A 80 Binger - Wiesbaden - Frankfurt
von km 0 - km 35,5
- A 81 Mönchhof - Darmstadt - Heidelberg
von km 0 - km 54,5
- A 91 Spremlingen - Egelbach
- A 92 Rüsselsheim - Wiesbaden
von km 0 - km 21
- A 183 Mannheim - Weinheim
von km 8 - km 13

km-Angaben abgerundet
 FF - = Freiwillige
 Feuerwehr
 HF - = Berufs-
 Feuerwehr
 † - = Einsatzbereiche

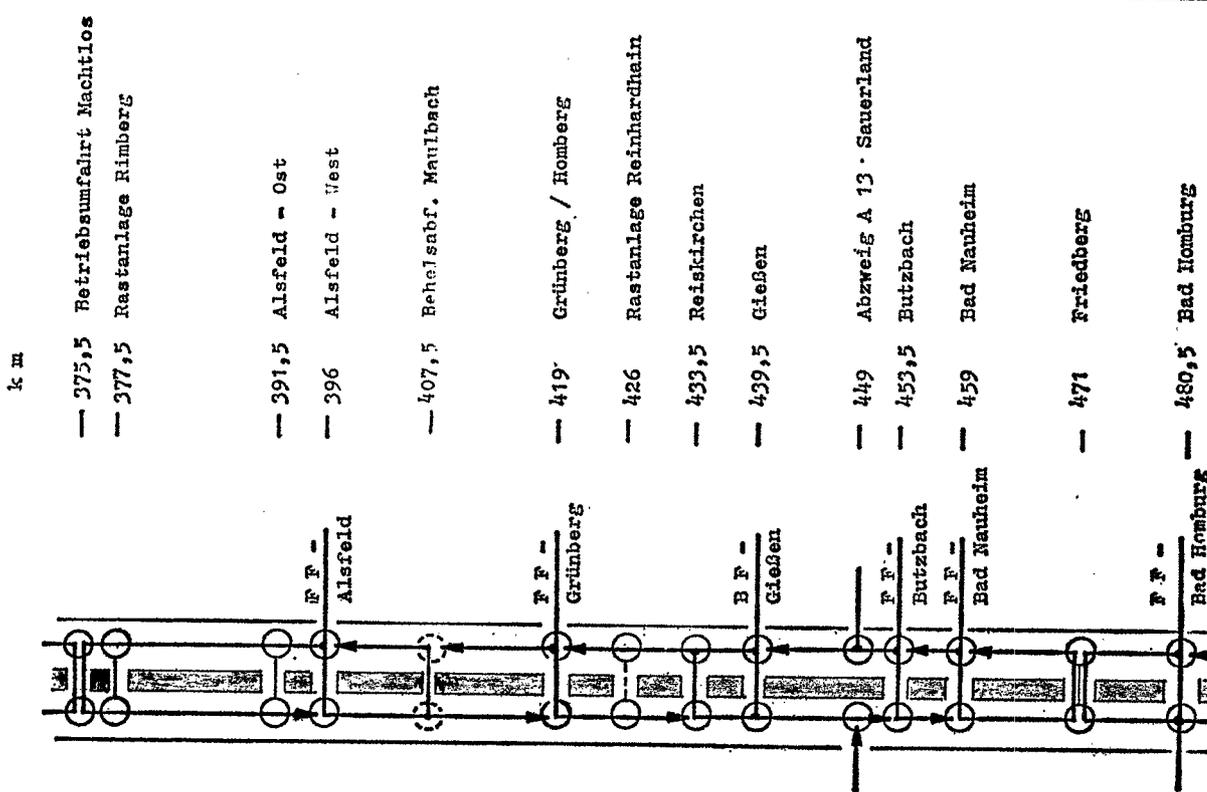
AUTOBAHN HAMBURG-BASSEL A 10



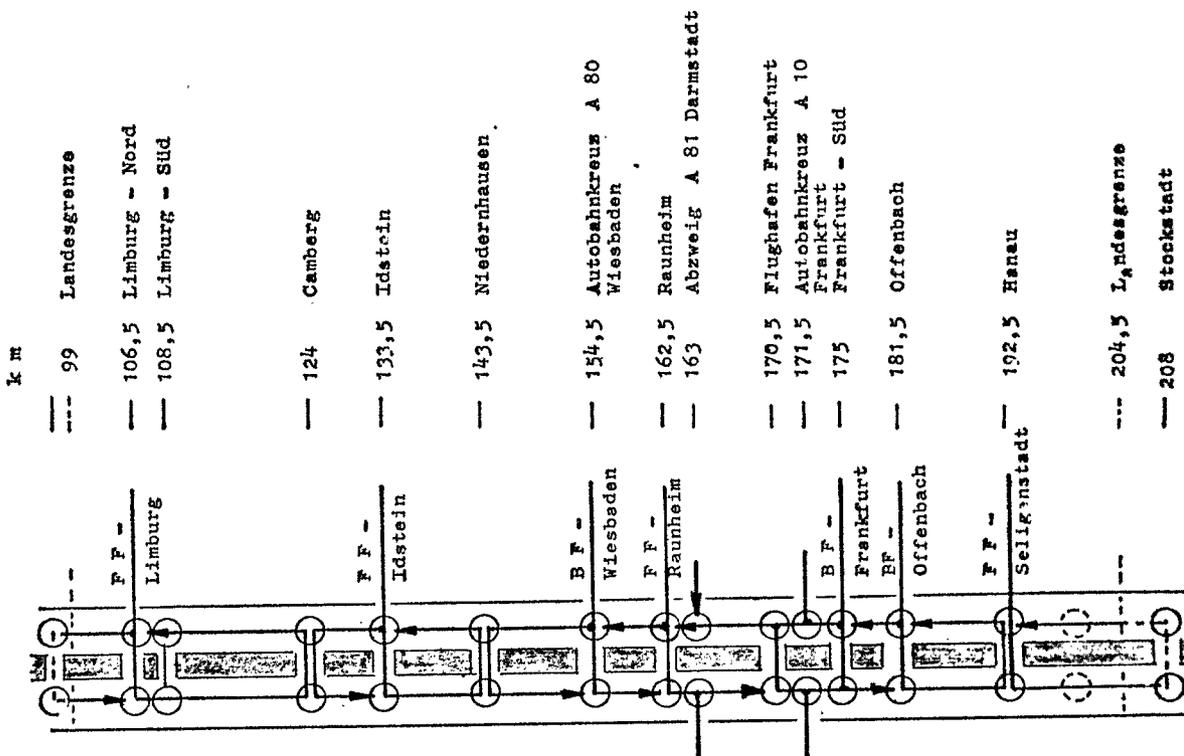
AUTOBAHN HAMBURG - BASEL A 10



AUTOBAHN HAMBURG - BASEL A 11



AUTOBAHN KÖLN - FRANKFURT - A 15
WÜRZBURG

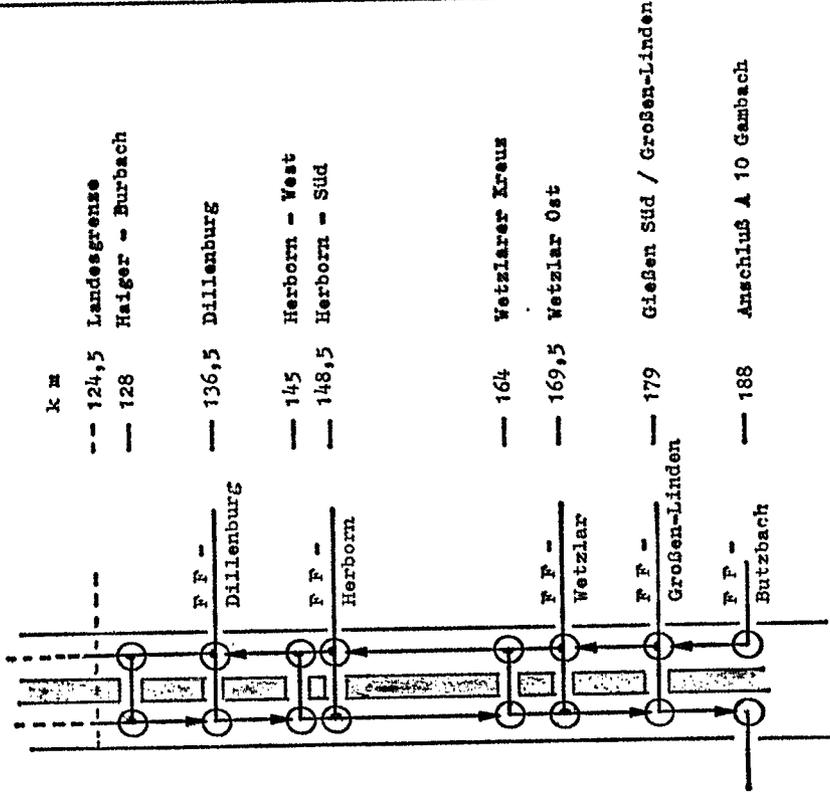


k m

- 99 Landesgrenze
- 106,5 Limburg - Nord
- 108,5 Limburg - Süd
- 124 Camberg
- 133,5 Idstein
- 143,5 Niedernhausen
- 154,5 Autobahnkreuz A 80 Wiesbaden
- 162,5 Raunheim
- 163 Abzweig A 81 Darmstadt
- 170,5 Flughafen Frankfurt
- 171,5 Autobahnkreuz A 10 Frankfurt
- 175 Frankfurt - Süd
- 181,5 Offenbach
- 192,5 Hanau
- 204,5 Landesgrenze
- 208 Steckstadt

5

AUTOBAHN SIEGEN - GIESSEN A 13

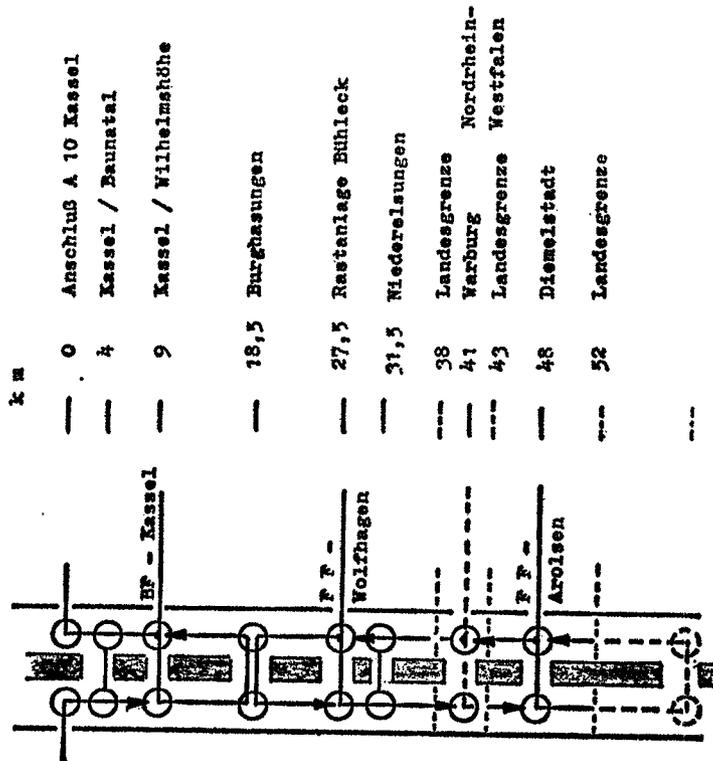


k m

- 124,5 Landesgrenze
- 128 Haiger - Burbach
- 136,5 Dillenburg
- 145 Herborn - West
- 148,5 Herborn - Süd
- 164 Wetzlarer Kreuz
- 169,5 Wetzlar Ost
- 179 Gießen Süd / Großen-Linden
- 188 Anschluß A 10 Gumbach

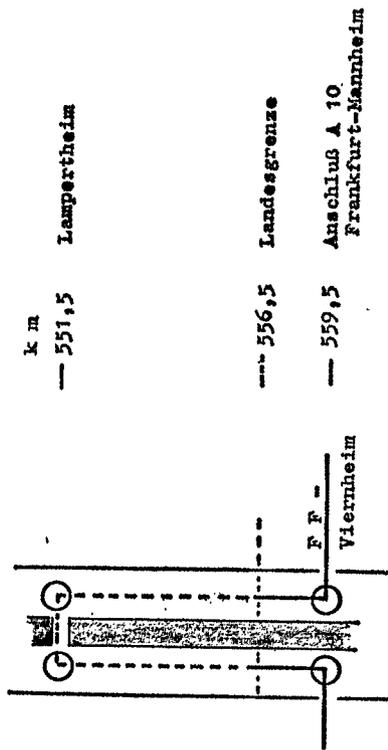
4

AUTOBAHN KASSEL-VARBURG A 16
DORTMUND



6

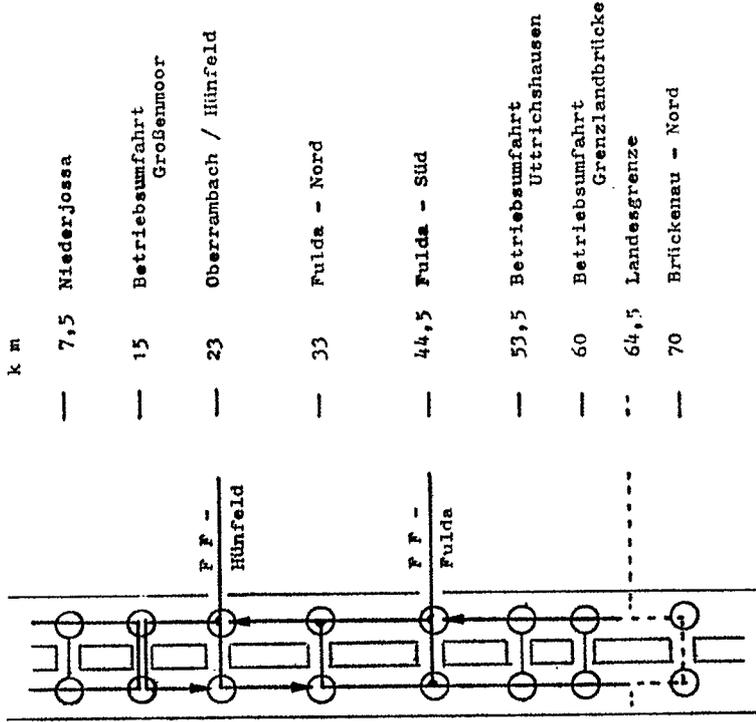
AUTOBAHN VIERNHEIM-SAARBRÜCKEN A 20



7

AUTOBAHN BAD HERSFELD -
FULDA - WÜRZBURG

A 23

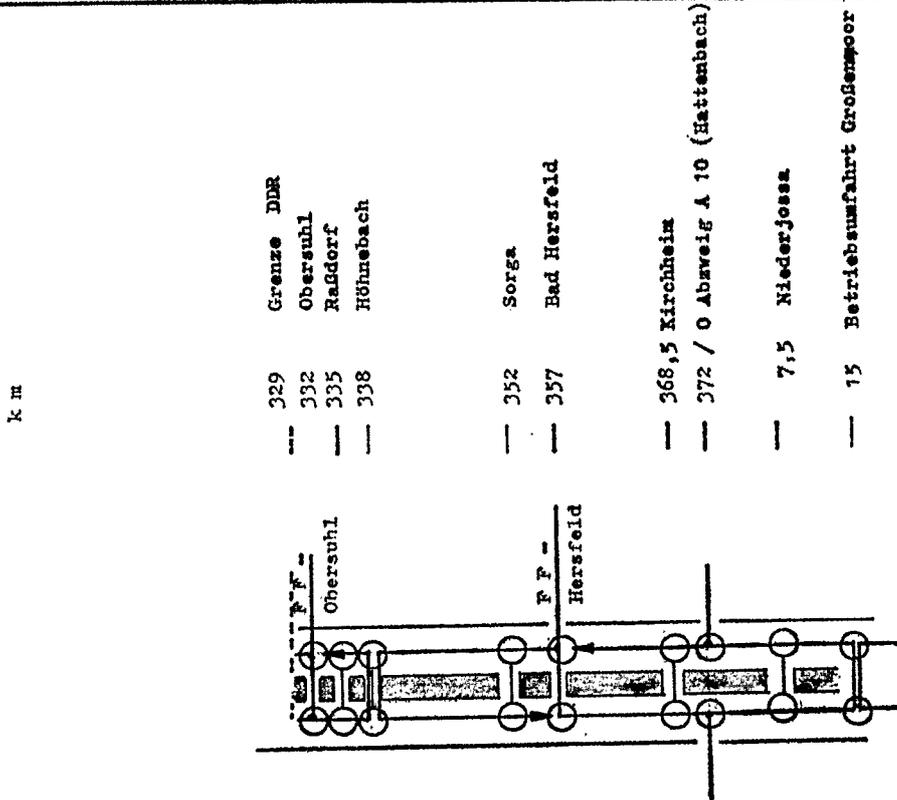


km	
— 7,5	Niederjossa
— 15	Betriebsumfahrt Großenmoor
— 23	Oberrambach / Hünfeld
— 33	Fulda - Nord
— 44,5	Fulda - Süd
— 53,5	Betriebsumfahrt Uttrichshausen
— 60	Betriebsumfahrt Grenzlandbrücke
— 64,5	Landesgrenze
— 70	Brückenau - Nord

3

AUTOBAHN EISENACH -
BAD HERSFELD

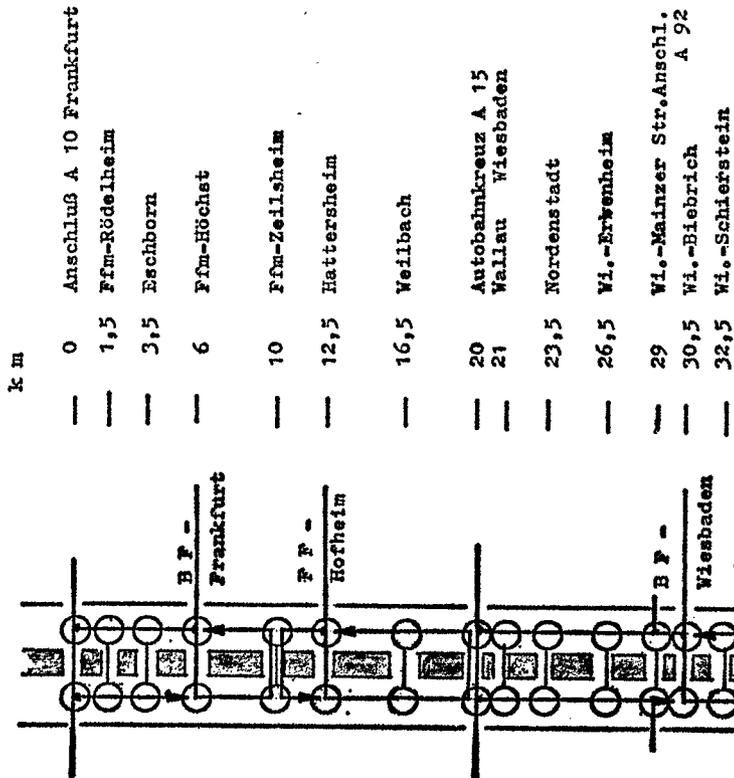
A 23



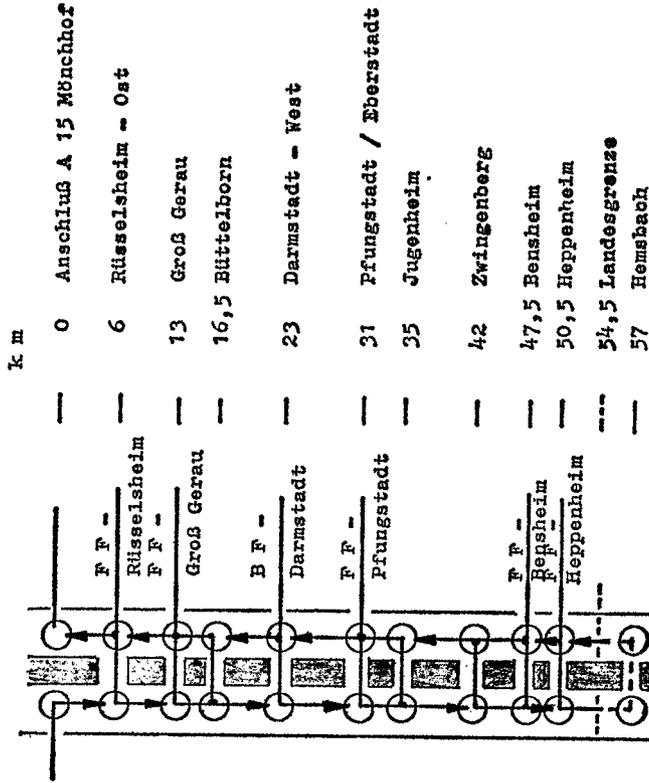
km	
— 329	Grenze DDR
— 332	Obersuhl
— 335	Raßdorf
— 338	Höhnebach
— 352	Sorga
— 357	Bad Hersfeld
— 368,5	Kirchheim
— 372 / 0	Abzweig A 10 (Hattenbach)
— 7,5	Niederjossa
— 15	Betriebsumfahrt Großenmoor

3

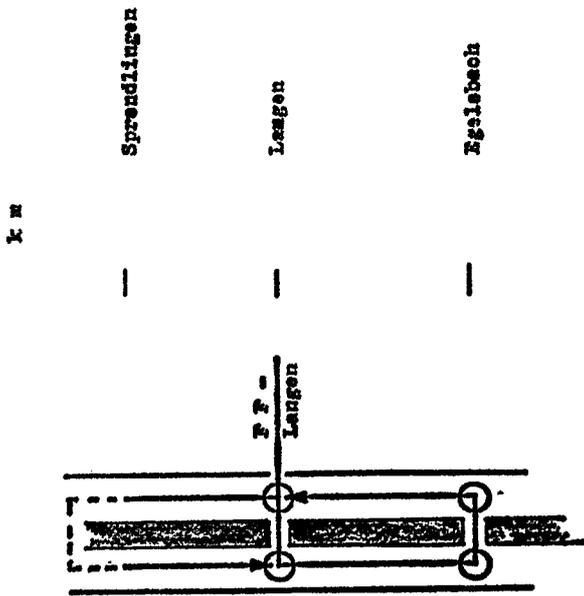
AUTOBAHN FRANKFURT - WIESBADEN A 80



AUTOBAHN MÜNCHHOF - HEIDELBERG A 81



AUTOBAHN SPRENDLINGEN - A 91
EGELSBACH



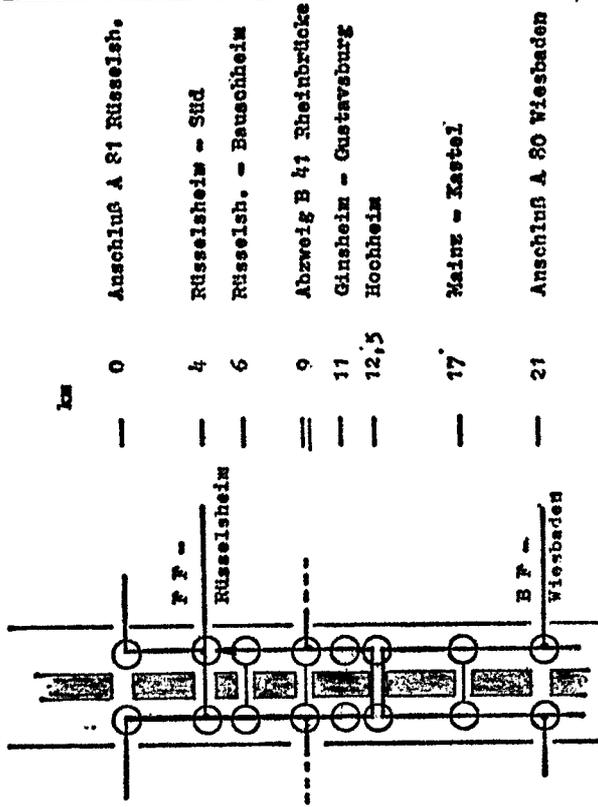
km

Sprendlingen

Langen

Egelbach

AUTOBAHN RÜSSELSHEIM - A 92
WIESBADEN



km

0 Anschluss A 81 Rüsselslh.

4 Rüsselsheim - SHd

6 Rüsselslh. - Bauschheim

9 Abzweig B 41 Rheinbrücke

11 Gießen - Gustavsburg

12,5 Hochheim

17 Mainz - Kastel

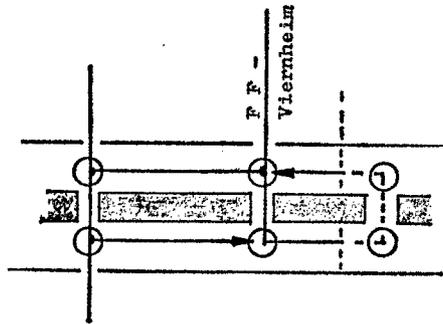
21 Anschluss A 80 Wiesbaden

AUTOBAHN- FÜHRERKREIS	TELEFON- NUMMERN		MISCHT	SONSTIGE		FUNKANL. 4 m 2 m	GEBIET FÜR:
	VORWAHL TAG	NACHT		VORWAHL TAG	NACHT		
Alsfeld Vogelsbergkreis	06631	888	888	765 889 112	468	53	Brandbekämpfung Hilfeleistung Überschadenbekämpfung Beleuchtung
Arolsen Kreis Waldeck	05691	641	2145	110	494	53	Brandbekämpfung Hilfeleistung Beleuchtung
Bad Hersfeld Kreis Hersfeld- Rosenburg	05681	2849	2849	110 6060 5536	468	53	Brandbekämpfung Hilfeleistung Überschadenbekämpfung Beleuchtung
Bad Homburg Hochtaunuskreis	06172	22014	22014	112	503	50	Brandbekämpfung Hilfeleistung
Bad Nauheim Wetteraukreis	06032	343221	343221	112 110	504	55	Brandbekämpfung Überschadenbekämpfung

AUTOBAHN- FÜHRERKREIS	TELEFON- NUMMERN		MISCHT	SONSTIGE		FUNKANL. 4 m 2 m	GEBIET FÜR:
	VORWAHL TAG	NACHT		VORWAHL TAG	NACHT		
Bensheim Kreis Bergstraße	06231	6038	6038	112 110 141 14324 14331	492	50	Brandbekämpfung Hilfeleistung Überschadenbekämpfung
Butzbach Wetteraukreis	06033	4156	4156	2174 2318	504	55	Brandbekämpfung
Darmstadt Stadt	06131	8444 112	8444 112	13400	502	55	Brandbekämpfung Hilfeleistung Überschadenbekämpfung
Dillenburg Dillkreis	02771	6513 112	6513 112	110 5516 5530	562	55	Brandbekämpfung Beleuchtung
Frankfurt a.M. Stadt	0611	430101 112	430101 112		465	56	Brandbekämpfung Hilfeleistung Überschadenbekämpfung Beleuchtung

AUTOBAHN KANALIM-
VEINHEIM

A 183



km
 --- 8 Autobahnkreuz A 10
 Frankfurt-Mannheim
 --- 11,5 Vierenheim
 --- 13 Landesgrenze
 --- Autobahnkreuz A 81
 Darmstadt-Heidelberg

AUTORISIERUNGSBEZUG	TABELLEN-NUMMER		MAGNITUDE		FUNKTIONALITÄT	ZWECK
	VORNAME	NACHNAME	STÄRKE	ART		
Linsburg Kreis Linsburg	0431	2201	2201	112	498	53
Lorsch Kreis Bergstraße	0431	2564	2564	5600	492	50
Offenbach Stadt	0611	851707	851707	112	497	50
Zwingen Kreis Darmstadt	06157	110	110	3653	546	56
Rauhelsheim Kreis Groß Geran	06182	22128	22128	112	463	53
Mieselshausen Kreis Groß Geran	06182	31127	31127	112	463	50
Seigenshausen Kreis Offenbach	06182	3482	3482	3312	491	50

AUTORISIERUNGSBEZUG	TABELLEN-NUMMER		MAGNITUDE		FUNKTIONALITÄT	ZWECK
	VORNAME	NACHNAME	STÄRKE	ART		
Vierhain Kreis Bergstraße	06204	2001-241	2001-241	112	492	50
Vesslar Kreis Vesslar	06441	4931	43268	112	500	55
Viesbaden Stadt	06121	48011	48011	112	464	56
Weftrich Kreis Kassel	05492	341	341	341	493	55

AUTORISIERUNGSBEZUG	TABELLEN-NUMMER		MAGNITUDE		FUNKTIONALITÄT	ZWECK
	VORNAME	NACHNAME	STÄRKE	ART		
Fulda Stadt	0661	71017	71017	112	466	56
Gernsheim Kreis Groß Geran	06128	2213	2213	112	463	53
Gießen Stadt	0641	306400	306400	112	494	56

AUTORISIERUNGSBEZUG	TABELLEN-NUMMER		MAGNITUDE		FUNKTIONALITÄT	ZWECK
	VORNAME	NACHNAME	STÄRKE	ART		
Groß-Flöden Kreis Gießen	06403	758	3767	626	500	56
Groß Geran Kreis Groß Geran	06132	5031	5031	110	463	53
Günthershausen Kreis Gießen	064012	519	519	110	488	56
Heppenheim Kreis Bergstraße	06252	3044	3044	112	492	50
Harbarn Dillweide	02772	3567	3567	112	462	55

AUTORISIERUNGSBEZUG	TABELLEN-NUMMER		MAGNITUDE		FUNKTIONALITÄT	ZWECK
	VORNAME	NACHNAME	STÄRKE	ART		
Hofheim Kreis Trarbach	06192	6006	6006	7376	503	55
Homburg Kreis Friesland	05681	831	831	821	469	50
Hünfeld Kreis Fulda	06452	2085	2085	2072	466	50
Idstein Kreis Fulda	06126	8277	8277	2010	498	50
Kassel Stadt	0541	70011	70011	112	492	54
Langer Kreis Offenbach	06103	22001	22007	22133	574	50

377

Bundes-Angestelltentarifvertrag (BAT):

hier: **Vierter Änderungstarifvertrag vom 14. März 1963**
 Bezug: **Rundschreiben des Hessischen Ministers der Finanzen vom 22. April 1963 (StAnz. S. 551)**

Aus gegebenem Anlaß weise ich darauf hin, daß die durch den Vierten Tarifvertrag zur Änderung des Bundes-Angestelltentarifvertrages vom 14. März 1963 (StAnz. S. 551) vorgenommenen Änderungen des BAT weiterhin Bestand haben, nach dem der zum 31. Dezember 1969 gekündigte BAT — mit einigen Ausnahmen — durch § 1 des Einunddreißigsten Tarifvertrages zur Änderung und Ergänzung des BAT vom 18. Oktober 1973 (StAnz. 1974 S. 98) mit Wirkung vom 1. November 1973 wieder in Kraft gesetzt worden ist.

Das Rundschreiben vom 22. April 1963, mit welchem der Vierte Änderungstarifvertrag zum BAT bekanntgegeben wurde, ist daher auch über den 31. Dezember 1973 hinaus mit folgenden Maßgaben weiterhin zu beachten:

Zu Abschn. I Nr. 2:

§ 215 Abs. 2 des Hessischen Beamtengesetzes ist durch Artikel 3 Nr. 15 des Siebenten Gesetzes zur Änderung des Hessischen Besoldungsgesetzes vom 16. Dezember 1969 (GVBl. I S. 325) mit Wirkung vom 1. Januar 1970 der durch § 15 Abs. 2 des Bundesurlaubsgesetzes geschaffenen Rechtslage angepaßt worden.

Zu Abschn. I Nr. 3:

Maßgebend ist die am 1. Januar 1964 in Kraft getretene Urlaubsverordnung für die Beamten im Lande Hessen vom 17. Januar 1964 (GVBl. I S. 5). Die Dauer des Erholungsurlaubs der vom BAT erfaßten Angestellten richtet sich gemäß Art. III § 1 des Tarifvertrages zu § 71 BAT (Anlage zum StAnz. 12/1961) nach § 4 Abs. 1 der Urlaubsverordnung in der jeweils geltenden Fassung.

Zu Abschn. II Nr. 2:

Nach § 1 Abschn. I Nr. 2 Buchst. c des Dreiundzwanzigsten Tarifvertrages zur Änderung und Ergänzung des BAT (23. ÄndTV) vom 21. April 1970 (StAnz. S. 1774) hat der genannte Personenkreis mit Wirkung vom 1. Januar 1970 einen tarifrechtlichen Anspruch auf einen Mindesturlaub von „20 Arbeitstagen“. Diese Änderung hat jedoch keine Auswirkungen auf die betreffenden Angestellten des Landes, da deren Urlaub aufgrund des Tarifvertrages zu § 71 BAT sich nach § 4 Abs. 1 der Urlaubsverordnung für die Beamten des Landes Hessen bereits günstig bemißt.

Zu Abschn. II Nrn. 3 und 4:

Ebenfalls auf Grund des 23. ÄndTV zum BAT ergeben sich folgende redaktionelle Änderungen:

Statt „§ 48 Abs. 4 Satz 2“ jetzt „§ 48 Abs. 5 Satz 2“,
 statt „§ 48 Abs. 5 Satz 2“ jetzt „§ 48 Abs. 6 Satz 2“.

Zu Abschn. III:

Die Erläuterungen in Abschnitt III des Rundschreibens befassen sich mit der Umstellung des Urlaubsjahres auf das Kalenderjahr. Der Abschnitt ist infolge Zeitablaufs überholt.

Wiesbaden, 22. 2. 1974

Der Hessische Minister des Innern
 I B 43 — P 2100 A — 430
 StAnz. 11/1974 S. 535

378

Wahrnehmung von Aufgaben auf dem Gebiet des Paßwesens in den Gemeinden Münster und Ober-Roden, Landkreis Dieburg

Nach amtlichen Feststellungen gehören die Gemeinden Münster und Ober-Roden, Landkreis Dieburg, zu den Gemeinden mit 10 000 und mehr Einwohnern.

Damit sind die bisher vom Landrat des Landkreises Dieburg als Paßbehörde wahrgenommenen Aufgaben für das Gebiet dieser Gemeinden auf den jeweiligen Bürgermeister als Orts-

polizeibehörde übergegangen (§ 59 Abs. 1 HKO in Verbindung mit § 2 Abs. 2 Nr. 4 der Verordnung über die Verteilung der Aufgaben der Landesverwaltung auf der Kreisstufe vom 24. 3. 1953 — GVBl. S. 39 — und § 1 Abs. 1 Nr. 1 der Verordnung über die Zuweisung von Aufgaben der Gefahrenabwehr an die allgemeinen Polizeibehörden vom 18. Juli 1972 — GVBl. I S. 255 — in Verbindung mit § 57 Abs. 1 Nr. 4 HSOG und § 150 HGO).

Wiesbaden, 22. 2. 1974

Der Hessische Minister des Innern
 III A 31 — 23 c 02
 StAnz. 11/1974 S. 535

379

Diplomaten und andere bevorrechtigte Personen

Bezug: **Runderlaß vom 25. Mai 1973 (StAnz. S. 1148)**

Das Rundschreiben des Bundesministers des Innern vom 21. März 1973 (StAnz. S. 1149 ff.) wird gemäß Anlage (GMBl. 1974 S. 61—66) wie folgt berichtigt.

Das Ausweismuster (GMBl. 1974 S. 67) ist der weiterhin gültigen Anlage III (s. Beilage zum StAnz. 4/1969) beizufügen. Durch die Änderung des Rundschreibens kommen die dort abgedruckten Ausweise (Beilage zum StAnz. 4/1969 S. III, V und VIII) in Fortfall und sind zu streichen.

Wiesbaden, 26. 2. 1974

Der Hessische Minister des Innern
 III A 21 — 2 f 02
 StAnz. 11/1974 S. 535

*

Anlage

Diplomaten und andere bevorrechtigte Personen

Bezug: **RdSchr. d. BMI v. 21. 3. 1973 (GMBl. S. 186)**
RdSchr. d. BMI v. 18. 1. 1974 (GMBl. S. 61 ff.)

Das o. a. Rundschreiben wird wie folgt ergänzt und berichtigt:

I.

1. Zu Abschnitt I

In der neunten und zehnten Zeile von unten sind nach den Worten „konsularische Vertretungen“ die Worte zu streichen „gewisser ausländischer Handelsvertretungen“.

2. Zu Abschnitt II D

Der Abschnitt erhält folgende Fassung:

„Diplomatische Vorrechte und Befreiungen genießen ferner der Leiter der einen Teil der Botschaft bildenden Handelsvertretung der Union der Sozialistischen Sowjetrepubliken und seine drei Stellvertreter sowie die in ihrem Haushalt lebenden Familienangehörigen (ausgewiesen durch roten Ausweis). Die übrigen Mitglieder der Handelsvertretung genießen nur Steuerfreiheit hinsichtlich ihrer Bezüge; sie und ihre in ihrem Haushalt lebenden Familienangehörigen sind durch rosa Ausweise ausgewiesen.“

3. Zu Abschnitt II E

Der Abschnitt erhält folgende Fassung:

„Die in der Bundesrepublik Deutschland gegenwärtig bestehenden (Stand Dezember 1973) diplomatischen Missionen sind aus der Anlage I ersichtlich.“

4. Zu Abschnitt III B

1. Nach Nr. 7 ist einzufügen:

„8. In der Bundesrepublik Deutschland ständig ansässige Personen im Sinne von Abschnitt II A Nr. 5 (Ortskräfte), die nicht Deutsche im Sinne des Grundgesetzes sind, genießen Vorrechte und Befreiungen in geringem Umfang nach Maßgabe der deutschen Gesetze. Sie sind mit Ausnahme der privaten Hausangestellten der Personen im Sinne von Abschnitt II A Nr. 3 (für sie gilt Artikel 38 Abs. 2 WÜD) sowie der zum ständigen

Haushalt eines Mitgliedes des Verwaltungs- und technischen Personals oder des dienstlichen Hauspersonals gehörenden Familienmitglieder von der deutschen Gerichtsbarkeit befreit (§§ 18, 19 GVG).“

2. Die bisherigen Nrn. 8 und 9 werden Nrn. 9 und 10.

5. Zu Abschnitt IV

Aus A Nr. 2 ist der zweite Satz: „Als schwere strafbare Handlungen ... drei Jahre oder mehr bedroht sind“ herauszunehmen und in B Nr. 2 als zweiten Satz hinter die Klammer „(Art. 41 Abs. 1 WÜK)“ einzusetzen.

6. Zu Abschnitt V A

In Nr. 4 ist nach dem Zitat der Verordnung zur Durchführung der Internationalen Gesundheitsvorschriften vom 5. Juli 1969 im Luftverkehr die Angabe der Fundstelle zu streichen und wie folgt fortzufahren: „, geändert durch Verordnung vom 4. Dezember 1973 (BGBl. I S. 1821) ...“

7. Zu Abschnitt V B

Nach Nr. 2 ist einzufügen:

„3. Waffengesetz vom 19. September 1972 (BGBl. I S. 1797).

Nach § 50 Abs. 2 werden Erlaubnisse

- a) zur Einfuhr von Schußwaffen und Munition (§ 27),
- b) zum Erwerb von Schußwaffen und zur Ausübung der tatsächlichen Gewalt über sie (§ 28),
- c) zum Erwerb von Munition (§ 29),
- d) zum Führen von Schußwaffen (§ 33)

ausländischen Diplomaten und bevorrechtigten Personen auf besonderem, von der Mission einzureichendem Antrag durch das Bundesverwaltungsamt, Köln, erteilt. Zu diesem Personenkreis gehören insbesondere die unter Abschnitt II A Nrn. 1 bis 3, C Nrn. 1 und 2 genannten Mitglieder diplomatischer und konsularischer Vertretungen und Bediensteten zwischen- und überstaatlicher Organisationen sowie deren Familienangehörige.

Das gleiche gilt nach § 50 Abs. 2 des Waffengesetzes für die mit Schutz- und Sicherungsaufgaben betrauten ausländischen Begleitpersonen ausländischer Staatsgäste.“

8. Abschnitt VI (A und B) ist zu streichen.

9. Die Abschnitte VII bis XIII werden Abschnitte VI bis XII.

10.

11. Zu Abschnitt VII

1. In Nr. 1 muß es im letzten Absatz heißen:

„Verordnung über die Erstattung von Umsatzsteuer an ausländische ständige diplomatische Missionen und ihre ausländischen Mitglieder.“

12. Zu Abschnitt VIII

1. Nrn. 2 und 3 erhalten folgende Fassung:

„2. Das Auswärtige Amt — Protokoll — stellt auf Antrag ferner aus

a) rosa Ausweise

den nicht privilegierten Mitgliedern der Handelsvertretung der Union der Sozialistischen Sowjetrepubliken sowie ihren in ihrem Haushalt lebenden Familienangehörigen (vgl. Abschnitt II D);

b) dunkelrote Sonderausweise

den Leitern zwischen- und überstaatlicher Organisationen und den Beamten des höheren Dienstes (vgl. Abschnitt II F).“

2. Nrn. 4 und 5 werden Nrn. 3 und 4.

13. Zu Abschnitt IX

1. A Nr. 2 erhält folgende Fassung:

„2. Fahrzeuge von Personen mit hellblauem Ausweis (sofern sie dem Verwaltungs- und technischen Personal angehören) (Halte: ...)“

2. A Nr. 3 erhält folgende Fassung:

„3. Fahrzeuge von Personen mit hellblauem (sofern sie dem dienstlichen Hauspersonal angehören), grünem oder gelbem Ausweis (Halte: der Inhaber des hellblauen, grünen oder gelben Ausweises) ...“

3. Abschnitt IX D ist zu streichen.

An seiner Stelle ist einzusetzen

D.

„Zwischen- und überstaatliche Organisationen.

Fahrzeuge von Personen mit dunkelroten Sonderausweisen (Halte: die Organisation oder der Inhaber des dunkelroten Sonderausweises) führen als Unterscheidungszeichen entsprechend den für die einzelnen Organisationen erlassenen Verordnungen entweder „O“- oder „BN“-Kennzeichen, eine die Organisation kennzeichnende Zahl zwischen 170 und 179 und eine bis zu zweistellige Fahrzeug-Erkennungsnummer. Zusatzschild „CD“ bei O-Kennzeichen.“

14. Zu Abschnitt X

Nr. 3 erhält folgende Fassung:

„Von einem Einschreiten gegen Personen, die einen roten, hellblauen oder gelben Ausweis ...“

15. Zu Abschnitt XI

1. Nr. 4 erhält folgende Fassung:

„Die Eskorte ist verpflichtet, die Verkehrsvorschriften zu beachten. Sonderrechte im Straßenverkehr darf sie nur in Anspruch nehmen, soweit das zur Erfüllung hoheitlicher Aufgaben dringend geboten ist. Hierbei müssen die öffentliche Sicherheit und Ordnung gebührend berücksichtigt werden (§ 35 Abs. 1 und Abs. 8 der Straßenverkehrs-Ordnung).

Blaues Blinklicht zusammen mit Einsatzhorn, das anderen Verkehrsteilnehmern gebietet, sofort freie Bahn zu schaffen, darf nur verwendet werden, wenn höchste Eile geboten ist, um eine gegenwärtige Gefahr für Leib und Leben der zu begleitenden Personen abzuwenden (§ 38 Abs. 1 der Straßenverkehrs-Ordnung).

Blaues Blinklicht allein dürfen die Eskorten verwenden, um andere Verkehrsteilnehmer vor der zu begleitenden Kolonne zu warnen.“

2. Unter Nr. 6 ist am Ende anzufügen:

„Nach § 9 Abs. 1 Nrn. 1 und 2 des Gesetzes über die Einrichtung eines Bundeskriminalpolizeiamtes (Bundeskriminalamtes) in der Fassung vom 29. Juni 1973 (BGBl. S. 704) obliegt in besonderen Fällen dem Bundeskriminalamt

a) der erforderliche unmittelbare persönliche Schutz von Gästen aus anderen Staaten, die sich auf Einladung von Mitgliedern der Verfassungsorgane des Bundes im Bundesgebiet aufhalten,

b) der innere Schutz der Dienst- und der Wohnsitze sowie der jeweiligen Aufenthaltsräume von Gästen aus anderen Staaten, die sich auf Einladung des Bundespräsidenten oder von Mitgliedern der Bundesregierung im Bundesgebiet aufhalten.“

H.

Die Anlagen zu dem Rundschreiben vom 21. März 1973 werden wie folgt berichtigt:

1. Zu Anlage I:

Die Anlage wird durch die folgende ersetzt:

Anlage I

Anschriften der fremden Missionen in der Bundesrepublik Deutschland

Stand: Dezember 1973

1. Diplomatische Missionen

Botschaft der Arabischen Republik Ägypten

5300 Bonn-Bad Godesberg,
Kronprinzenstraße 2
Telefon: 36 40 08, 36 51 88

Kaiserlich Äthiopische Botschaft

5300 Bonn,
Brentanostraße 1
Telefon: 23 30 41, 23 30 43

Botschaft der Republik Afghanistan

5300 Bonn-Röttgen,
Liebfrauenweg 1 a
Telefon: 25 19 27, 25 18 13

Botschaft der Demokratischen Volksstaatlichen Republik Algerien

5300 Bonn-Bad Godesberg,
Rheinallee 32
Telefon: 35 60 54

Botschaft der Vereinigten Staaten von Amerika

5300 Bonn-Bad Godesberg,
Mehlemer Aue
Telefon: 89 55

Argentinische Botschaft

5300 Bonn,
Adenauerallee 50—52
Telefon: 65 31 51 / 53

Australische Botschaft

5300 Bonn-Bad Godesberg,
Kölner Straße 107
Telefon: 37 69 41 / 7

Botschaft der Volksrepublik Bangladesch

5300 Bonn-Bad Godesberg,
Kölner Straße 54
Telefon: 37 20 11 / 12

Botschaft von Barbados

London S.W. IX 8 AZ,
6, Upper Belgrave Street
Telefon: 01-235 86 86 / 9

Königlich Belgische Botschaft

5300 Bonn,
Kaiser-Friedrich-Straße 7
Telefon: 22 39 01 / 04

Botschaft der Birmanischen Union

5300 Bonn,
Am Hofgarten 1—2
Telefon: 63 51 35

Bolivianische Botschaft

5300 Bonn,
Venusberg 50
Telefon: 22 74 22

Botschaft der Republik Botswana

London S.W. 1,
3, Buckingham Gate
Telefon: 01-828 04 45 / 6 / 7

Brasilianische Botschaft

5300 Bonn-Bad Godesberg,
Dreizehnmorgenweg 10
Telefon: 37 69 76 / 77 / 78

Botschaft der Volksrepublik Bulgarien

5300 Bonn,
Lindenstraße 37
Telefon: 23 30 05

Botschaft der Republik Burundi

5321 Wachtberg-Niederbachem,
Drosselweg 2
Telefon: 34 50 32

Botschaft von Chile

5300 Bonn-Bad Godesberg,
Kronprinzenstraße 20
Telefon: 36 30 89, 36 30 80

Botschaft der Volksrepublik China

5321 Wachtberg-Niederbachem
Konrad-Adenauer-Straße 104
Telefon: 43 50 51 / 52 / 53

Botschaft von Costa Rica

5300 Bonn-Bad Godesberg,
Plittersdorfer Straße 122
Telefon: 36 41 82

Königlich Dänische Botschaft

5300 Bonn
Pfälzer Straße 14
Telefon: 63 10 81

Botschaft der Republik Dahome

5300 Bonn-Bad Godesberg,
Viktoriastraße 7
Telefon: 36 20 97 / 98

Botschaft der Dominikanischen Republik

5300 Bonn
Martinstraße 8
Telefon: 63 79 05

Botschaft von Ecuador

5300 Bonn
Oxfordstraße 10
Telefon: 63 64 63

Botschaft der Republik Elfenbeinküste

5300 Bonn-Bad Godesberg,
Bachemer Straße 25
Telefon: 34 30 21 / 22

Botschaft von El Salvador

5300 Bonn-Bad Godesberg,
Gangolfstraße 6
Telefon: 65 36 31

Finnische Botschaft

5300 Bonn-Bad Godesberg,
Am Aennchenplatz
Telefon: 35 60 97

Französische Botschaft

5300 Bonn-Bad Godesberg,
Kapellenstraße 1 a
Telefon: 36 20 31 / 36, 36 21 78

Gabunische Botschaft

5300 Bonn-Bad Godesberg,
Friedrichstraße 16
Telefon: 35 40 84 / 85

Botschaft der Republik Gambia

London SW 7
60 Ennismore Gardens
Telefon: 584 - 1242 / 3

Botschaft der Republik Ghana

5300 Bonn,
Adenauerallee 73 a
Telefon: 63 16 33 / 7

Griechische Botschaft

5300 Bonn-Bad Godesberg,
Rheinallee 76
Telefon: 35 50 36, 35 50 37, 35 57 01

Königlich Britische Botschaft

5300 Bonn,
Friedrich-Ebert-Allee 77
Telefon: 23 40 61

Botschaft von Guatemala

5300 Bonn-Bad Godesberg,
Ziethenstraße 16
Telefon: 35 15 79

Botschaft von Guyana

London S.W. 1,
28, Cockspur Street
Telefon: 930-19 94 / 5 / 6

Botschaft von Haiti

5300 Bonn-Bad Godesberg,
Rheinallee 38
Telefon: 35 56 73

Heiliger Stuhl, Apostolische Nuntiatur

5300 Bonn-Bad Godesberg,
Turmstraße 29
Telefon: 37 69 01

Botschaft von Honduras

5300 Bonn-Bad Godesberg,
Burgstraße 18
Telefon: 35 63 94

Indische Botschaft

5300 Bonn,
Adenauerallee 262/264
Telefon: 23 80 31 / 32 / 33 / 34 / 35

Botschaft der Republik Indonesien

5300 Bonn,
Kurt-Schumacher-Straße 2
Telefon: 22 47 45 / 47

Kaiserlich Iranische Botschaft

5000 Köln 51,
Parkstraße 5
Telefon: (02 21) 38 80 27

Botschaft von Irland

5300 Bonn-Bad Godesberg,
Mittelstraße 39
Telefon: 37 69 37 / 38

Botschaft von Island

5300 Bonn-Bad Godesberg,
Kronprinzenstraße 6
Telefon: 36 40 21 / 22

Botschaft des Staates Israel

5300 Bonn-Bad Godesberg,
Ubiestraße 78
Telefon: 35 60 61 — 65

Italienische Botschaft

5300 Bonn-Bad Godesberg,
Karl-Finkelnburg-Straße 51
Telefon: 36 40 15

Botschaft von Jamaika

5300 Bonn-Bad Godesberg,
Am Kreuter 1
Telefon: 35 40 45, 36 33 25

Japanische Botschaft

5300 Bonn-Bad Godesberg,
Kölner Straße 139
Telefon: 37 69 16

Botschaft der Arabischen Republik Jemen

5300 Bonn-Bad Godesberg,
Heerstraße 95
Telefon: 35 10 77 / 78

Königlich Jordanische Botschaft

5300 Bonn-Bad Godesberg,
Wurzerstraße 106
Telefon: 35 70 46, 35 70 47, 35 11 43

Botschaft der Sozialistischen Föderativen Republik Jugoslawien

5300 Bonn-Bad Godesberg,
Schloßstraße 1
Telefon: 34 20 71 / 73

Botschaft der Vereinigten Republik Kamerun

5300 Bonn-Bad Godesberg,
Rheinallee 53
Telefon: 35 60 37 / 38

Kanadische Botschaft

5300 Bonn,
Friedrich-Wilhelm-Straße 18
Telefon: 23 10 61

Botschaft der Republik Kenia

5300 Bonn-Bad Godesberg,
Michaelsplatz, Villichgasse 23
Telefon: 35 30 66 / 67

Botschaft von Kolumbien

5300 Bonn,
Friedrich-Wilhelm-Straße 35
Telefon: 23 45 65

Botschaft der Volksrepublik Kongo

5300 Bonn-Bad Godesberg,
Rheinallee 45
Telefon: 35 70 85 86 / 87

Botschaft der Republik Korea

5300 Bonn,
Adenauerallee 124
Telefon: 22 63 91 / 92

Botschaft des Königreichs Laos

Paris 16 e
74. Avenue Raymond-Poincare
Telefon: 553-02 98

Botschaft des Königreichs Lesotho

London S.W. 1, A 1 E.
16 a St. James's Street
Telefon: 839 1154 5

Botschaft der Libanesischen Republik

5300 Bonn-Bad Godesberg,
Ernertstraße 8
Telefon: 36 60 75 / 76

Botschaft von Liberia

5321 Wachtberg-Niederbachem
Bandorfer Straße 2
Telefon: 34 62 17

Botschaft der Arabischen Republik Libyen

5300 Bonn,
Argelanderstraße 1
Telefon: 22 59 71

Großherzoglich Luxemburgische Botschaft

5300 Bonn,
Bonn-Center, H 1 1104
Bundeskanzlerplatz
Telefon: 22 70 83 / 84

Botschaft der Republik Madagaskar

5300 Bonn-Bad Godesberg,
Rolandstraße 48
Telefon: 36 43 25

Botschaft von Malawi

5300 Bonn,
Bonn-Center H 1 1103
Bundeskanzlerplatz
Telefon: 22 60 89 / 80

Botschaft von Malaysia

5300 Bonn-Bad Godesberg,
Kronprinzenstraße 52
Telefon: 35 10 56, 35 10 57

Botschaft der Republik Mali

5300 Bonn-Bad Godesberg,
Luisenstraße 54
Telefon: 35 70 48 / 9

Botschaft von Malta

Brüssel,
92, Chaussee de Charleroi
Telefon: 37 13 10, 37 13 16 / 19

Botschaft des Königreichs Marokko

5300 Bonn-Bad Godesberg,
Mittelstraße 35
Telefon: 37 40 75

Botschaft der Islamischen Republik Mauretanien

5300 Bonn-Bad Godesberg,
Friedrichstraße 8
Telefon: 36 40 24 / 25

Botschaft von Mauritius

Paris 17 e,
68, Boulevard de Courcelles
Telefon: 227 30.19

Botschaft der Vereinigten Mexikanischen Staaten

5000 Köln 51,
Eugen-Langen-Straße 10
Telefon: (02 21) 38 52 72, 38 73 43

Gesandtschaft von Monaco

Bern,
Junkerngasse 28
Telefon: (0 31) 22 28 58

Königlich Nepalesische Botschaft

5300 Bonn-Bad Godesberg,
Im Hag 15
Telefon: 34 30 97

Neuseeländische Botschaft

5300 Bonn,
Bonn-Center H I 902
Bundeskanzlerplatz
Telefon: 22 20 05

Botschaft von Nicaragua

5300 Bonn-Bad Godesberg,
Heerstraße 41
Telefon: 36 25 05

Königlich Niederländische Botschaft

5300 Bonn,
Sträßchensweg 2
Telefon: 23 80 91 — 98

Botschaft der Republik Niger

5300 Bonn-Bad Godesberg,
Dürenstraße 9
Telefon: 35 60 57 / 35 60 58

Botschaft der Bundesrepublik Nigeria

5300 Bonn-Bad Godesberg,
Kennedyallee 35
Telefon: 37 69 21 / 2 / 3

Königlich Norwegische Botschaft

5300 Bonn-Bad Godesberg,
Gotenstraße 163
Telefon: 37 40 55 / 57

Botschaft der Republik Obervolta

5300 Bonn-Bad Godesberg,
Wedelstadallee 18
Telefon: 35 40 08

Österreichische Botschaft

5300 Bonn,
Poppelsdorfer Allee 55
Telefon: 22 60 97 / 98

Botschaft der Islamischen Republik Pakistan

5300 Bonn-Bad Godesberg,
Rheinallee 24
Telefon: 36 60 18 / 19

Botschaft von Panama

5300 Bonn-Bad Godesberg,
Lützwowstraße 1
Telefon: 35 47 55

Botschaft von Paraguay

5300 Bonn-Bad Godesberg,
Plittersdorfer Straße 121
Telefon: 36 62 23

Botschaft von Peru

5300 Bonn,
Mozartstraße 34
Telefon: 63 80 12

Botschaft der Philippinen

5300 Bonn-Bad Godesberg,
Kaiserstraße 6
Telefon: 35 19 96, 35 10 12

Botschaft der Volksrepublik Polen

5000 Köln 51,
Pferdmengesstraße 5
Telefon: (02 21) 38 02 61 — 65

Botschaft von Portugal

5300 Bonn-Bad Godesberg,
Hersdorfer Straße 111
Telefon: 36 41 38 / 39

Botschaft der Republik Ruanda

5300 Bonn-Bad Godesberg,
Koblenzer Straße 91
Telefon: 35 50 58

Botschaft der Sozialistischen Republik Rumänien

5000 Köln-Bayenthal,
Oberländerufer 68
Telefon: (02 21) 38 03 66

Botschaft der Republik Sambia

5300 Bonn-Bad Godesberg,
Mittelstraße 39
Telefon: 37 68 11 / 12 / 13

Botschaft des Königreichs Saudi-Arabien

5300 Bonn-Bad Godesberg,
Rheinallee 27
Telefon: 36 30 02

Königlich Schwedische Botschaft

5300 Bonn,
Allianzplatz, Haus I
An der Heussallee 2—10
Telefon: 22 00 61 / 68

Schweizerische Botschaft

5000 Köln 51,
Bayenthalgürtel 15
Telefon: (02 21) 38 06 41

Botschaft der Republik Senegal

5300 Bonn,
Bonn-Center
Bundeskanzlerplatz
Telefon: 22 59 08 / 9

Botschaft der Republik Sierra Leone

5300 Bonn-Bad Godesberg,
Ublerstraße 88
Telefon: 35 17 64, 35 17 85

Botschaft der Republik Singapur

5300 Bonn-Bad Godesberg,
Ublerstraße 45
Telefon: 36 26 47

Botschaft der Demokratischen Republik Somalia

5300 Bonn-Bad Godesberg,
Max-Franz-Straße 13
Telefon: 35 70 07 / 08

Spanische Botschaft

5300 Bonn,
Schloßstraße 4
Telefon: 22 20 94 / 95, 22 67 27

Botschaft der Republik Sri Lanka

5300 Bonn-Bad Godesberg,
Rolandstraße 52
Telefon: 35 30 51 — 3

Botschaft der Demokratischen Republik Sudan

5300 Bonn-Bad Godesberg,
Habsburgerstraße 8
Telefon: 36 30 74 / 75

Botschaft der Republik Südafrika

5000 Köln,
Heumarkt 1
Telefon: (02 21) 23 68 71 / 75

Botschaft des Königreichs Swasiland

London S.W. 1,
58, Pont Street
Telefon: 01-589 54 47

Botschaft der Vereinigten Republik Tansania

5300 Bonn-Bad Godesberg,
Theaterstraße 2
Telefon: 35 34 77, 35 60 95 / 96

Königlich Thailändische Botschaft

53 Bonn-Bad Godesberg,
Ubiestraße 65
Telefon: 36 60 24 / 5

Botschaft der Republik Togo

53 Bonn-Bad Godesberg,
Beethovenstraße 13
Telefon: 36 60 77 / 78 / 79

Botschaft von Trinidad und Tobago

London S.W. 1,
42, Belgrave Square
Telefon: 01-245 93 51

Botschaft der Republik Tschad

53 Bonn-Bad Godesberg,
Rheinallee 34
Telefon: 36 30 55, 35 69 83

Botschaft der Tschechoslowakischen Sozialistischen Republik

5300 Bonn-Beuel
Zum Rheingarten 7
Telefon: 47 10 81

Türkische Botschaft

53 Bonn Bad-Godesberg,
Utestraße 47
Telefon: 34 60 52 — 56

Tunesische Botschaft

53 Bonn-Bad Godesberg,
Kölner Straße 103
Telefon: 37 69 81 / 82, 37 43 17

Botschaft der Republik Uganda

53 Bonn-Bad Godesberg,
Dürenstraße 36
Telefon: 36 60 66 / 67 / 68

Botschaft der Ungarischen Volksrepublik

5000 Köln 1,
Hardefürststraße 7
Telefon: (02 21) 31 80 51 / 55

Botschaft der Union der Sozialistischen Sowjetrepubliken

5480 Remagen-Rolandseck
Telefon: (0 22 28) — 413

Botschaft von Uruguay

5300 Bonn-Bad Godesberg,
Heerstraße 16
Telefon: 35 65 70, 35 65 79

Botschaft von Venezuela

5300 Bonn-Bad Godesberg,
Arndtstraße 16
Telefon: 35 30 78

Botschaft der Republik Vietnam

5300 Bonn-Bad Godesberg,
Viktoriastraße 28
Telefon: 36 20 38 / 39

Botschaft der Republik Zaire

5300 Bonn-Bad Godesberg,
Im Meisengarten 133
Telefon: 34 60 71

Botschaft der Zentralafrikanischen Republik

5300 Bonn-Bad Godesberg,
Rheinallee 23
Telefon: 35 40 77

Botschaft der Republik Zypern

5300 Bonn-Bad Godesberg,
Ubiestraße 73
Telefon: 36 33 36 / 36 35 96

2. Schutzmachtvertretungen**Abt. für die Interessen
der Arabischen Republik Syrien**

Botschaft der Islamischen Republik Pakistan
5300 Bonn-Bad Godesberg,
Rheinallee 9
Telefon: 36 30 91 / 92

Abt. für Irakische Interessen

Botschaft der Republik Afghanistan
5300 Bonn,
Coburger Straße 19
Telefon: 23 30 11

**Abt. für die Interessen der Khmer Republik
(Kambodscha)**

Australische Botschaft
5300 Bonn-Bad Godesberg,
Kölner Straße 107
Telefon: 37 69 41 / 7

2. Zu Anlage II**Abschnitt A**

In Nr. 2 (Überschrift)

berichtigten „Sonderorganisation“ in „Sonderorganisationen“.

Abschnitt D

Die Nrn. 2, 14 und 16 sind zu streichen.

Abschnitt B

1. In Nr. 2 ist in der vorletzten Zeile Seite „1245“ in S. „1215“ zu berichtigen.

2. Unter Nr. 4 (Europäische Gemeinschaften) ist am Ende aufzunehmen:

„— Gesetz vom 2. Oktober 1972 zu dem Vertrag und dem Beschluß vom 22. Januar 1972 über den Beitritt des Königreichs Dänemark, Irlands, des Königreichs Norwegen und des Vereinigten Königreichs Großbritannien und Nord-Irland zur Europäischen Wirtschaftsgemeinschaft, zur Europäischen Atomgemeinschaft und zur Europäischen Gemeinschaft für Kohle und Stahl (BGBl. II S. 1125).“

3.

4. Unter Nr. 9 (Rüstungskontrollamt) ist am Ende ein Hinweiszeichen *) anzubringen.

Auf der Seite ist unten einzutragen:

*) Übereinkommen noch nicht in Kraft.

5. Unter Nr. 12 (Eurocontrol) ist am Ende anzufügen: Verordnung vom 26. Juli 1972 über die Gewährung von Vorrechten und Befreiungen an die Europäische Organisation zur Sicherung der Luftfahrt „Eurocontrol“ in Brüssel (BGBl. II S. 814).

6.

3. Zu Anlage III

1.

2. Neuerdings gibt das Auswärtige Amt — Protokoll — Ausweise für bevorrechtigte Personen mit einem Text heraus, in dem es alternativ heißt: „genießt Vorrechte und Befreiungen als Mitglied des Verw.- und technischen Personals dienstlichen Hauspersonals“.

Das Nichtzutreffende ist zu streichen.

Das Muster des Ausweises ist als Anlage abgedruckt.

Ausweis für bevorrechtigte Personen

(Abschnitt VIII Nr. 1 Buchst. b)

Der Inhaber — Die Inhaberin dieses Ausweises genießt in der Bundesrepublik Deutschland Vorrechte und Befreiungen als Mitglied des Verw. und technischen Personals dienstlichen Hauspersonals.

Alle Behörden werden gebeten, ihm — ihr nötigenfalls Schutz und Hilfe zu gewähren.

Bonn, den 197.....

Auswärtiges Amt
Der Chef des Protokolls
Im Auftrag

Stempel

© Bundesdruckerei

Seite 4

BUNDESREPUBLIK DEUTSCHLAND



AUSWEIS FÜR BEVORRECHTIGTE PERSONEN

Seite 1

Nr. 00000

Gültig bis

Ausweisinhaber-in:

.....

.....

.....

.....

.....

.....

.....

.....

.....

Verlängert bis

Bonn, den

Auswärtiges Amt

Stempel

.....
(Unterschrift)

Seite 2

Lichtbild

.....
(Eigenhändige Unterschrift)

Seite 3

Handwritten: Minister Tanbezeitbau

380

Kostenansatz der Vollzugspolizei in Straf- und Ordnungswidrigkeitenverfahren

Im Einvernehmen mit dem Hessischen Minister der Justiz und dem Hessischen Minister der Finanzen bestimme ich folgendes:

Kostenansatz in Strafverfahren

1 — Im Strafverfahren (einschließlich der Verfahren nach dem Jugendgerichtsgesetz) können die Kosten des Verfahrens dem zur Kostentragung Verurteilten (§§ 465 ff. StPO, 2, 74 JGG) insoweit auferlegt werden, als das Gerichtskostengesetz (GKG) dies vorsieht.

Kosten des Verfahrens sind die Gebühren und Auslagen der Staatskasse (§ 464 a StPO). Dazu gehören auch die durch die Vorbereitung der öffentlichen Klage durch Polizeivollzugsbeamte als Hilfsbeamte der Staatsanwaltschaft entstandenen Kosten, wenn die Vollzugspolizei

1. aus eigenem Entschluß gemäß § 163 StPO tätig wird,
2. Ersuchen des Gerichts oder der Staatsanwaltschaft ausführt.

Die Vorschriften über den Gefangenentransport bleiben hiervon unberührt.

2 — Für den Kostenersatz der Vollzugspolizei kommen nach §§ 91 ff. GKG nur folgende Arten von Auslagen in Betracht:

1. Schreibgebühren für Ausfertigungen und Abschriften sowie Gebühren für Ablichtungen (§ 91 GKG)

In der Regel wird es sich um Ausfertigungen, Abschriften und Ablichtungen handeln, die auf Antrag erteilt werden. Gebühren werden in den Fällen nicht erhoben, in denen Ausfertigungen, Abschriften oder Ablichtungen Behörden, öffentlichen Einrichtungen oder Beamten erteilt werden.

2. Telegraf- und Fernschreibgebühren (§ 92 Nr. 1 GKG)
- Hierunter fallen nur die baren Auslagen der Dienststellen für Telegraf- und Fernschreibgebühren (Post), also keine Benutzungsentgelte für behördeneigene Fernmeldeeinrichtungen.

3. Kosten für Bekanntmachungen in Tageszeitungen und Zeitschriften, für Plakatveröffentlichungen sowie für Rundfunk- und Fernsehdurchsagen (§ 92 Nr. 3 GKG)

4. Entschädigungen für von Polizeidienststellen vernommene Zeugen (§ 92 Nr. 4 GKG)

Den von Polizeidienststellen vernommenen Zeugen werden aus Gründen der Gleichbehandlung mit den von den Justizbehörden vernommenen Zeugen ohne Anerkennung eines Rechtsanspruchs Entschädigungen in entsprechender Anwendung des Gesetzes über die Entschädigung von Zeugen und Sachverständigen (ZuSEG) gezahlt.

5. Entschädigung für von Polizeidienststellen herangezogene Sachverständige, Dolmetscher und Übersetzer (§ 92 Nr. 4 GKG)

Den von Polizeidienststellen herangezogenen Sachverständigen, Dolmetschern und Übersetzern werden Entschädigungen gezahlt. Ihre Ansetzbarkeit ist auf die Höchstsätze des ZuSEG begrenzt. Darüber hinausgehende Forderungen sind mir durch das Wirtschaftsverwaltungsamt der Hessischen Polizei (WVA) vorzulegen.

Zu den Kosten für Sachverständige gehören beispielsweise:

- a) Kosten der Blutentnahme und Blutuntersuchung unter Beachtung der Runderlasse über die Feststellung von Alkohol im Blut bei strafbaren Handlungen,
 - b) Kosten der Auswertung von Fahrtenschreibern,
 - c) Kosten für Gewichtsmessungen von Straßenfahrzeugen und ihre Auswertung, wenn dafür Auslagen aus dem Polizeihaushalt erbracht wurden (§§ 34 Abs. 5, 49 Abs. 2, 63 StVZO),
 - d) Kosten für Lichtbilder (z. B. in Verkehrsstrafsachen), soweit diese nicht durch Behörden, öffentliche Einrichtungen oder Beamte durchgeführt werden.
6. Beträge, die anderen von der Vollzugspolizei in Ermittlungsverfahren in Anspruch genommenen in- oder ausländischen Behörden, öffentlichen Einrichtungen oder Beamten zustehen. Dies gilt auch, wenn aus Gründen der Ge-

genseitigkeit, der Verwaltungsvereinfachung oder aus anderen Gründen keine Zahlungen an diese geleistet werden (§ 92 Nr. 6 GKG)

In Betracht kommen beispielsweise:

- a) Kosten der Blutentnahme und Blutuntersuchung unter Beachtung der Runderlasse über die Feststellung von Alkohol im Blut bei strafbaren Handlungen,
 - b) Kosten für Gewichts- und Geräuschemessungen von Straßenfahrzeugen und ihre Auswertung, wenn dafür Auslagen aus dem Polizeihaushalt erbracht wurden (§§ 34 Abs. 5, 49 Abs. 2, 63 StVZO),
 - c) Kosten der Untersuchung von Wasserproben.
7. Kosten für die Beförderung von Personen (§ 92 Nr. 9 GKG)
- Hierunter fallen nur die baren Auslagen für die Anmietung von Fahrzeugen oder die Bezahlung von Fahrkarten (Flugscheinen), wenn Personen für Ermittlungszwecke mit fremden Transportmitteln befördert werden mußten. Bei Verwendung von Polizeifahrzeugen sind keine Kosten anzusetzen.
8. Kosten für die Beförderung von Tieren und sonstigen Sachen, mit Ausnahme der hierbei erwachsenen Postgebühren, sowie Kosten für die Verwahrung von Sachen, die Bewachung von Schiffen sowie die Verwahrung und Fütterung von Tieren (§ 92 Nr. 10 GKG); als Sachen im Rechtsinne gelten auch Leichen.

3 — Die zu Nr. 2 anfallenden Kosten sind von der Vollzugspolizei im Kostenbeiblatt zu vermerken, das den Ermittlungsakten beizufügen und den zuständigen Justizbehörden zu übersenden ist. Kosten, die nach Abgabe der Ermittlungsakten anfallen, sind den Justizbehörden nachzumelden.

Dem WVA sind die den Kosten zugrunde liegenden Rechnungen vorzulegen. Es überprüft die Kostenansätze und weist die entsprechenden Beträge an. Soweit die Überprüfung Abweichungen von den im Kostenbeiblatt vermerkten Kosten ergibt, teilt das WVA den Polizeidienststellen die geänderten Kostenansätze mit. Diese veranlassen die Änderung im Kostenbeiblatt.

Form und Inhalt des Kostenbeiblatts sind durch besonderen Erlaß geregelt.

4 — Für den Ansatz und die Einziehung der den Polizeidienststellen nach Nr. 2 erwachsenden Auslagen in Strafsachen sind die Justizbehörden zuständig. Die Vollzugspolizei ist nicht berechtigt, die Auslagen selbst zu fordern oder einzubehalten.

5 — Auslagen der Vollzugspolizei in Strafverfahren werden zwischen Justizbehörden und Polizeidienststellen nicht erstattet, sondern zusammen mit den sonstigen Kosten des Verfahrens im Justizhaushalt vereinnahmt.

6 — Im Kostenbeiblatt können nicht vermerkt werden

1. die laufenden persönlichen und sächlichen Ausgaben der Vollzugspolizei,
2. die in § 92 GKG nicht ausdrücklich aufgeführten Auslagen.

Insbesondere sind folgende Auslagen nicht anzusetzen:

- Porto- und Fernspreckgebühren,
- Aufwendungen für die Benutzung von Dienstkraftfahrzeugen,
- Aufwendungen für Dienstboten,
- Kosten für allgemeine Geschäftsbedürfnisse (z. B. Schreib- und Zeichenbedarf, Foto- und Kartenmaterial),
- Kosten für die Unterhaltung und den Ersatz von Geräten und Ausrüstungsgegenständen,
- Unfallfürsorgekosten einschließlich der Aufwendungen für das Reinigen von Dienstkleidungsstücken,
- Besondere Ermittlungs- und Fahndungskosten,
- Unterbringungs- und Verpflegungskosten für Personen, die durch die Vollzugspolizei vorläufig festgenommen oder in Verwahrung genommen sind,
- Reisekosten für Polizeivollzugsbeamte in Ermittlungsverfahren.

Kostenansatz in Ordnungswidrigkeitenverfahren

7 — Im Ordnungswidrigkeitenverfahren werden Kosten des Verfahrens dem Betroffenen insoweit auferlegt, als §§ 105 ff. des Gesetzes über Ordnungswidrigkeiten (OWiG) die Erhebung von Auslagen vorsehen.

8 — Von den der Staatskasse bei der Verfolgung von Ordnungswidrigkeiten durch die Vollzugspolizei entstehenden Auslagen können dem Betroffenen nur die in § 107 Abs. 3 OWiG aufgeführten Auslagen auferlegt werden. Die Nr. 2 und 6 dieses Erlasses gelten entsprechend. Die Vorschriften über die Verfolgung von Ordnungswidrigkeiten bleiben unberührt.

9 — Die zu Nr. 8 anfallenden Kosten sind von der Vollzugspolizei im Kostenbeiblatt zu vermerken, das der zuständigen Bußgeldbehörde zu übersenden ist. Evtl. noch später anfallende Kosten sind den Bußgeldbehörden nachzumelden.

Dem WVA sind die den Kosten zugrunde liegenden Rechnungen vorzulegen. Es überprüft die Kostenansätze und weist die entsprechenden Beträge an.

Soweit die Überprüfung Abweichungen von den im Kostenbeiblatt vermerkten Kosten ergibt, teilt das WVA den Polizeidienststellen die geänderten Kostenansätze mit. Diese veranlassen die Änderung im Kostenbeiblatt.

10 — Für den Ansatz und die Einziehung der den Polizeidienststellen erwachsenden Auslagen in Ordnungswidrigkeitenverfahren sind die Bußgeldbehörden, bei gerichtlichen Verfahren die Justizbehörden, zuständig. Die erstattungsfähigen Auslagen sind von den Bußgeldbehörden bzw. den Justizbehörden zugleich mit den Gebühren anzusetzen und vom Betroffenen einzuziehen.

Die Vollzugspolizei ist nicht berechtigt, die Auslagen selbst zu fordern oder einzubehalten.

11 — Bei der Erstattung der der Vollzugspolizei in Ordnungswidrigkeitenverfahren entstandenen Kosten ist nach § 40 b Finanzausgleichsgesetz (FAG) zu verfahren. Hiernach hat die Gemeinde bzw. der Landkreis dem Land in den Fällen des § 40 b Abs. 1 bis 4 FAG Auslagen im Sinne des § 107 Abs. 3 Nr. 4 und Nr. 6 bis Nr. 9 OWiG, die der Vollzugspolizei erwachsen, zu erstatten.

12 — Zwischen Justizbehörden und Polizeidienststellen werden die Auslagen der Vollzugspolizei in Ordnungswidrigkeitenverfahren nicht erstattet, sondern zusammen mit den sonstigen Kosten des Verfahrens im Justizhaushalt vereinnahmt.

Aufhebung von Vorschriften, Inkrafttreten

13 —

1. Mein Erlaß vom 8. August 1963 (StAnz. S. 970) in der Fassung meines Erlasses vom 6. März 1964 (StAnz. S. 380) ist nach Abschnitt V der „Gemeinsamen Anordnung der Landesregierung, des Ministerpräsidenten, der Minister und des Direktors des Landespersonalamtes über die Herausgabe eines Verzeichnisses hessischer Verwaltungsvorschriften und über weitere Maßnahmen der Erlaßbereinigung“ vom 29. September 1970 (StAnz. S. 1901) mit Ablauf des 31. Dezember 1973 außer Kraft getreten.

2. Der Runderlaß des Reichsministers des Innern vom 14. Mai 1940 (RMBliV S. 1456) betreffend Entschädigung der in Strafsachen von den Polizeibeamten vernommenen Zeugen ist — soweit er Vorschriften für die hessische Vollzugspolizei enthält — aufgehoben.

3. Dieser Erlaß tritt mit Wirkung vom 1. Januar 1974 in Kraft.

Wiesbaden, 1. 3. 1974

Der Hessische Minister des Innern
III B 53 — 21 a 04 03
StAnz. 11/1974 S. 542

381

Baurechtliche Behandlung der Preisauszeichnungen an Tankstellen

Bezug: Mein Erlaß vom 28. September 1973 (StAnz. S. 1843)

Nach § 5 Abs. 1 der Verordnung über Preisangaben (Verordnung PR Nr. 3/73) vom 10. Mai 1973 (BGBl. I S. 461) haben die Inhaber von Tankstellen ihre Kraftstoffpreise so auszuzeichnen, daß sie

- innerhalb geschlossener Ortschaften für den auf der Straße heranfahrenden Kraftfahrer,
- außerhalb geschlossener Ortschaften für den in den Tankstellenbereich einfahrenden Kraftfahrer

deutlich lesbar sind. Dies gilt nicht für Kraftstoffmischungen, die erst von der Tankstelle hergestellt werden.

Dieser Forderung entsprechen Preisauszeichnungen innerhalb geschlossener Ortschaften, die nach dem hier zugrunde zu legenden Straßenverkehrsrecht durch die Ortstafeln (§ 42 Abs. 3 StVO) begrenzt werden, nur, wenn ein Kraftfahrer von seinem in angemessener Geschwindigkeit fahrenden Fahrzeug aus die Preisauszeichnung so rechtzeitig erkennen kann, daß er sich ohne Störung des Verkehrsflusses noch auf die Einfahrt in die Tankstelle einrichten kann, gleichgültig von welcher Seite er sich der Tankstelle nähert. Daher muß die Preisauszeichnung gut lesbar angebracht oder aufgestellt sein. Welche Zifferngröße zu wählen ist, bemißt sich nach den Umständen des Einzelfalles. Bei standardisierten Preisschildern wird sie 40 cm betragen müssen, um regelmäßig den Anforderungen der Verordnung zu genügen. Im Einzelfall wird eine Zifferngröße von 25 cm nicht unterschritten werden können. Vgl. hierzu auch OLG Frankfurt, Beschl. v. 23. 4. 1971 — 2 Ws (3) 28/71; Bay. OLG, Beschl. v. 12. 4. 1972 — JZ 1972 S. 411.

In der Regel wird das Schild, die Tafel oder der sonstige Träger der Preisauszeichnung ein Bauwerk, Bauteil oder Bauzubehör im Sinne des § 2 der Hessischen Bauordnung bzw. eine bauliche Anlage im Sinne der §§ 29 ff. des Bundesbaugesetzes sein und daher den baurechtlichen Vorschriften unterliegen. Da die Preisauszeichnungen auf gesetzlicher Verpflichtung beruhen, sind sie für sich selbst nicht als Anlagen der Außenwerbung anzusehen. Sind sie jedoch auf demselben Träger mit Angaben der Werbung oder sonst räumlich mit diesen verbunden, z. B. mit Angaben über die Kraftstoffmarke, über den Tankstelleneinhaber oder über die Eigenschaft als freie Tankstelle, so nehmen sie an der Außenwerbung teil und unterliegen den hierfür geltenden Vorschriften, insbesondere § 63 Abs. 2 und § 65 Abs. 1 Nr. 8 und 9 sowie § 29 Abs. 3 und 4 HBO.

Materiell-rechtlich können die Preisauszeichnungen insbesondere gegen § 29 Abs. 3 HBO oder gegen Satzungen auf Grund des § 29 Abs. 4 HBO verstoßen. In diesen Fällen ist grundsätzlich auf eine Anpassung an die baurechtlichen Forderungen hinzuwirken. Sollte dies unter Berücksichtigung des § 5 Abs. 1 der Verordnung über Preisangaben nicht erreichbar sein, so ist der Erforderlichkeit der Preisauszeichnung Vorrang zu geben.

Dieser Erlaß ersetzt meinen Erlaß vom 28. September 1973 (StAnz. S. 1843).

Wiesbaden, 26. 2. 1974

Der Hessische Minister des Innern
VA 4 — 64 c 14/03 — 1/74
StAnz. 11/1974 S. 543

382

Winterbau / Arbeitsförderungsgesetz;

hier: Bericht über die Winterbautätigkeit

Bezug: Mein Erlaß vom 16. November 1973 (StAnz. S. 2187)

In Abänderung des in meinem Erlaß vom 16. November 1973 unter Ziff. 4 genannten Berichtstermins (1. Juli) bitte ich die Regierungspräsidenten und die Magistrate der Städte Frankfurt am Main und Wiesbaden — in Angleichung an die für die Staatsbauverwaltung eingeführten Berichtstermine —, mir bereits bis zum

10. Mai eines jeden Jahres

die Erfahrungsberichte für die letzte Winterperiode vorzulegen. Ich bitte, die Berichte unter Verwendung des nachstehenden Mustervordrucks abzugeben.

Die Erfahrungsberichte sollen über den Umfang der Bautätigkeit in den Schlechtwettermonaten (1. November bis 31. März) Auskunft geben, soweit sie kommunale oder mit öffentlichen Mitteln geförderte Bauvorhaben betreffen. Die Berichte sollen alle in diesem Zeitraum ausgeführten oder fortgeführten entsprechenden Baumaßnahmen mit Gesamtbaukosten über 150 000,— DM erfassen. Sofern für die vorgesehenen Kostenangaben noch keine genauen Werte vorliegen, sind die Kosten wirklichkeitsnahe zu schätzen.

Wiesbaden, 1. 3. 1974

Der Hessische Minister des Innern
VA 5 — 61 c 06 — 1/74
StAnz. 11/1974 S. 543

Muster

Kontinuierliches Bauen im Winter 19.....

(1. November 19..... / 31. März 19.....)

Zusammenstellung der Ergebnisse der Winterbauerhebungen im Bereich des Regierungsbezirks Darmstadt/Kassel, im Bereich der Stadt Frankfurt am Main/Wiesbaden
(Nichtzutreffendes streichen)

1. Winterbaustellen	Anzahl
vorbereitet für	
a) Schlechtwetterbau ¹⁾
b) Frostbau ²⁾
nicht vorbereitet
zusammen:

2. Für Arbeiten in der Winterperiode 19...../.....

	vorges. Leistungen ³⁾	ausgef. Leistungen ³⁾
a) Erd- und Grundbau DM DM
b) Rohbau DM DM
c) Ausbau DM DM
d) Haustechn. Anlagen DM DM
e) Straßenbau und sonstiger Tiefbau DM DM
insgesamt DM DM

3. Wert der verwendeten Fertigbauteile (einschl. Einbau- und Montagekosten) DM⁴⁾

4. Zusätzliche Kosten für Winterbau (abzögl. der nach dem Arbeitsförderungsgesetz gewährten Zuschüsse):

vorgesehen	angefallen
..... DM ⁴⁾ DM ⁴⁾

5. Wert der während des Winters 19...../..... insgesamt erbrachten Bauleistungen DM⁴⁾

6. Wert der während der Frostzeit erbrachten Bauleistungen DM⁴⁾

7. Die Haltung der Unternehmer zum Winterbau:
zustimmend
ablehnend
ohne Meinung

8. Welche Anregungen können zum Winterbau gegeben werden?

....., den 19

(Ort)

(Dienststelle)

(Unterschrift, Amtsbezeichnung)

Erläuterungen:

¹⁾ Schlechtwetterbau: Ausführung von Bauleistungen in der winterlichen Jahreszeit unter Witterungsbedingungen, die noch keine Maßnahmen oder solche geringeren Umfangs zum Schutz der Arbeiten gegen die Einwirkungen von Kälte, Nässe und Schnee erfordern.

²⁾ Frostbau: Ausführung von Bauleistungen unter Witterungsbedingungen, die über Schlechtwetterbau hinausgehende Maßnahmen, insbesondere gegen die Einwirkungen des Frostes, erfordern. Bei Frostbau ist vorauszusetzen, daß entsprechende Maßnahmen in den Verdingungsunterlagen enthalten sind.

³⁾ Geschätzter Wert der nach Bauzeitplan für die Ausführung in der Winterbauperiode 19...../..... vorgesehenen Leistungen; Betrag auf DM 1 000,— gerundet.

⁴⁾ Geschätzter Wert; Betrag auf DM 1 000,— gerundet.

383

Der Hessische Minister der Justiz

Organisation der Ortsgerichte

I.

Auf Grund des § 1 Abs. 2 des Ortsgerichtsgesetzes vom 6. Juli 1952 (GVBl. S. 124), zuletzt geändert durch Gesetz vom 2. Mai 1972 (GVBl. I S. 102), wird im Einvernehmen mit dem Minister des Innern bestimmt:

Landgericht Darmstadt

III. Amtsgericht Dieburg

1. Auf Grund der Eingliederungen und Zusammenschlüsse von Gemeinden im Rahmen der Gemeindegebietsreform werden die Ortsgerichte der früheren Gemeinden Babenhäuser, Groß-Bieberau, Groß-Umstadt, Harpertshäuser, Harreshäuser, Hering, Langstadt, Lichtenberg, Nieder-Klingen, Niedernhausen, Ober-Klingen, Ober-Nauses, Raibach, Reinheim, Rodau, Schaafeim, Schlierbach, Spachbrücken, Steinau, Überau, Wiebelsbach, Zeilhard sowie das gemeinsame Ortsgericht der früheren Gemeinden Billings, Meßbach und Naurod aufgehoben.

2. Es werden errichtet:

- In der Stadt Babenhäuser das Ortsgericht Babenhäuser I für die Stadtteile Babenhäuser und Harreshäuser; das Ortsgericht Babenhäuser II für die Stadtteile Langstadt und Harpertshäuser.
- Für die Gemeinde Fischbachtal das Ortsgericht Fischbachtal (frühere Gemeinden: Billings, Lichtenberg, Meßbach, Niedernhausen, Naurod, Steinau).

- Für die Gemeinde Groß-Bieberau das Ortsgericht Groß-Bieberau (frühere Gemeinden: Groß-Bieberau, Rodau).
- Für die Stadt Groß-Umstadt das Ortsgericht Groß-Umstadt (frühere Gemeinden: Groß-Umstadt, Raibach, Wiebelsbach).
- In der Gemeinde Otzberg das Ortsgericht Otzberg II für die Ortsteile Nieder-Klingen und Ober-Klingen; das Ortsgericht Otzberg IV für die Ortsteile Hering und Ober-Nauses;
- Für die Stadt Reinheim das Ortsgericht Reinheim (frühere Gemeinden: Reinheim, Spachbrücken, Überau, Zeilhard).
- Für die Gemeinde Schaafeim das Ortsgericht Schaafeim (frühere Gemeinden: Schaafeim, Schlierbach).

2. Es werden umbenannt:

- das bisherige Ortsgericht Hergershausen in Ortsgericht Babenhäuser III,
- das bisherige Ortsgericht Münster in Ortsgericht Münster I und das bisherige Ortsgericht Altheim in Ortsgericht Münster II,
- das bisherige Ortsgericht Lengfeld in Ortsgericht Otzberg I und das bisherige Ortsgericht Habitzheim in Ortsgericht Otzberg III.

II.

Das Verzeichnis der Ortsgerichte vom 20. Juni 1968 (JMBl. S. 250 = StAnz. S. 1059) wird auf Grund des Abschnitts I wie folgt geändert:

„Landgericht Darmstadt

III. Amtsgericht Dieburg

1. Babenhausen I
(Stadt Babenhausen außer Ortsgerichtsbezirke Babenhausen II, III)
2. Babenhausen II
(Stadtteile Langstadt, Harpertshausen)
3. Babenhausen III
(Stadtteil Hergershausen)
4. Dieburg
5. Dorndiel
6. Eppertshausen
7. Fischbachtal
8. Georgenhausen
9. Groß-Bieberau
10. Groß-Umstadt
11. Groß-Zimmern
12. Gundernhausen
13. Heubach
14. Kleestadt
15. Klein-Umstadt
16. Klein-Zimmern
17. Mosbach
18. Münster I
(Gemeinde Münster außer Ortsgerichtsbezirk Münster II)
19. Münster II (Ortsteil Altheim)
20. Nieder-Roden
21. Ober-Roden
22. Otzberg I (Ortsteil Lengfeld)
23. Otzberg II (Ortsteile Nieder-Klingen, Ober-Klingen)
24. Otzberg III (Ortsteil Habitzheim)
25. Otzberg IV (Ortsteil Hering, Ober-Nauses)
26. Radheim
27. Reinheim
28. Richen
29. Schaafheim
30. Semd
31. Sickenhofen
32. Urberach.“

III.

Dieser Erlaß tritt am 1. Mai 1974 in Kraft.

Wiesbaden, 14. 2. 1974 **Der Hessische Minister der Justiz**
3842/2 — II/7 — 260/73
StAnz. 11/1974 S. 544

384

Organisation der Ortsgerichte

Auf Grund des § 1 Abs. 2 des Ortsgerichtsgesetzes vom 6. Juli 1952 (GVBl. S. 124), zuletzt geändert durch Gesetz vom 2. Mai 1972 (GVBl. I S. 102), wird im Einvernehmen mit dem Minister des Innern bestimmt:

Landgericht Darmstadt**V. Amtsgericht Groß-Gerau**

1. Auf Grund verschiedener Maßnahmen im Rahmen der Gemeindegebietsreform werden die Ortsgerichte der früheren Gemeinden Berkach, Gernsheim, Groß-Gerau und Klein-Rohrheim aufgehoben.
2. Es werden neu errichtet:
 - a) für die Stadt Gernsheim
das Ortsgericht Gernsheim I
für die früheren Gemeinden Gernsheim und Klein-Rohrheim nach dem Gebietsstand am Tage der Eingliederung;

- b) für die Stadt Groß-Gerau
das Ortsgericht Groß-Gerau
für das Gebiet der früheren Stadt Groß-Gerau und der früheren Gemeinde Berkach nach dem Gebietsstand am Tage der Eingliederung.

3. Es werden umbenannt:

- a) das bisherige Ortsgericht Allmendfeld in Ortsgericht Gernsheim II;
- b) das bisherige Ortsgericht Ginsheim in Ortsgericht Ginsheim-Gustavsburg I
und das bisherige Ortsgericht Gustavsburg in Ortsgericht Ginsheim-Gustavsburg II;
- c) das bisherige Ortsgericht Goddelau in Ortsgericht Goddelau-Wolfskehlen I
und das bisherige Ortsgericht Wolfskehlen in Ortsgericht Goddelau-Wolfskehlen II;
- d) das bisherige Ortsgericht Rüsselsheim in Ortsgericht Rüsselsheim I,
das bisherige Ortsgericht Rüsselsheim-Königstädten in Ortsgericht Rüsselsheim II
und das bisherige Ortsgericht Rüsselsheim-Bauschheim in Ortsgericht Rüsselsheim III.

II.

Das Verzeichnis der Ortsgerichte vom 20. Juni 1968 (JMBl. S. 250 = StAnz. S. 1059) wird im Landgerichtsbezirk Darmstadt wie folgt geändert:

Der Abschnitt V. Amtsgericht Groß-Gerau erhält folgende Fassung:

„V. Amtsgericht Groß-Gerau

1. Astheim
2. Biebesheim
3. Bischofsheim
4. Büttelborn
5. Crumstadt
6. Dornheim
7. Erfelden
8. Geinsheim
9. Gernsheim I (Stadt Gernsheim außer Ortsgerichtsbezirk Gernsheim II)
10. Gernsheim II (Stadtteil Allmendfeld)
11. Ginsheim-Gustavsburg I (Ortsteil Ginsheim)
12. Ginsheim-Gustavsburg II (Ortsteil Gustavsburg)
13. Goddelau-Wolfskehlen I (Ortsteil Goddelau)
14. Goddelau-Wolfskehlen II (Ortsteil Wolfskehlen)
15. Groß-Gerau
16. Hessenaue
17. Klein-Gerau
18. Leeheim
19. Mörfelden
20. Nauheim
21. Raunheim
22. Rüsselsheim I (Stadt Rüsselsheim außer Ortsgerichtsbezirke Rüsselsheim II, III)
23. Rüsselsheim II (Stadtteil Königstädten)
24. Rüsselsheim III (Stadtteil Bauschheim)
25. Stockstadt am Rhein
26. Trebur
27. Walldorf
28. Wallerstädten
29. Worfelden.“

III.

Dieser Erlaß tritt am 1. April 1974 in Kraft.

Wiesbaden, 14. 2. 1974

Der Hessische Minister der Justiz
3842/2 — II/7 — 260/73
StAnz. 11/1974 S. 545

385**Organisation der Ortsgerichte**

Auf Grund des § 1 Abs. 2 des Ortsgerichtsgesetzes vom 6. Juli 1952 (GVBl. S. 124), zuletzt geändert durch Gesetz vom 2. Mai 1972 (GVBl. I S. 102), wird im Einvernehmen mit dem Hessischen Minister des Innern bestimmt:

I.

Der RdErl. vom 6. Dezember 1973 (JMBl. 1974 S. 2 = StAnz. 1974 S. 24) wird wie folgt geändert:

1. In Abschnitt I Nr. 2 erhält der Buchst. f folgende Fassung:
„In der Gemeinde Kaufungen
das Ortsgericht Kaufungen I für den Ortsteil Oberkaufungen;
gen;

das Ortsgericht Kaufungen II für den Ortsteil Niederkaufungen.“

2. In Abschnitt II Nr. 2 wird die lfd. Nr. 11 neu gefaßt:

- „11. Kaufungen
(a) Kaufungen I
(Ortsteil Oberkaufungen),
(b) Kaufungen II
(Ortsteil Niederkaufungen).“

II.

Dieser Erlaß tritt am 1. März 1974 in Kraft.

Wiesbaden, 20. 2. 1974

Der Hessische Minister der Justiz
3842/2 — II/7 — 260/73
StAnz. 11/1974 S. 546

Der Hessische Kultusminister**386****Studentenschaftsbeiträge der Philipps-Universität Marburg**

Mit Erlaß vom 27. März 1969 — H II — 436/24 — 273 — (n. v.) habe ich die von der Vertreterversammlung der Studentenschaft (§ 38 Abs. 1 HHG 1966) festgesetzten Studentenschaftsbeiträge in Höhe von 9,50 DM je Student und Semester ab Sommersemester 1969 genehmigt.

Wiesbaden, 8. 3. 1974

Der Hessische Kultusminister
V B 4.3 — 436/24 — 529 —
StAnz. 11/1974 S. 546

Der Hessische Sozialminister**387****Richtlinien zur Ausführung der Anlage 4 der Hessischen Vergabeverordnung vom 3. 7. 1973 (GVBl. I S. 215) — Bewerber für den Öffentlichen Gesundheitsdienst —****1. Antragsunterlagen**

Dem Antrag auf Zulassung zur Auswahl als Bewerber für den Öffentlichen Gesundheitsdienst (Medizin und Zahnmedizin) gemäß Anlage 4 der Vergabeverordnung sind beizufügen:

- 1.1 Geburtsurkunde,
- 1.2 Erklärung des Antragstellers, daß er Deutscher im Sinne des Art. 116 GG ist,
- 1.3 Zeugnis über die allgemeine oder fachgebundene Hochschulreife,
- 1.4 Zeugnisse über eine etwaige bisherige Tätigkeit seit dem Schulabschluß.
- 1.5 Erklärung des Antragstellers darüber, ob er vorbestraft ist oder ob gegen ihn ein staatsanwaltschaftliches Ermittlungsverfahren oder ein gerichtliches Strafverfahren wegen eines Verbrechens oder Vergehens anhängig ist.
- 1.6 der ausgefüllte Fragebogen der Zentralen Vergabestelle, Dortmund,
- 1.7 der ausgefüllte Fragebogen zur Bewerbung für eine Tätigkeit im Öffentlichen Gesundheitsdienst,
- 1.8 Erklärung des Antragstellers, ob er ein Ausbildungsförderungsdarlehen in Anspruch nehmen möchte.
Die Fragebogen zu 1.6 und 1.7 versendet auf Anforderung der Hessische Sozialminister.

2. Auswahlverfahren

- 2.1 Die Auswahlkommission begutachtet gemäß Nr. 3.1 ff. der Anlage 4 zur Vergabeverordnung die Eignung und Bereitschaft des Antragstellers für eine Tätigkeit im Öffentlichen Gesundheitsdienst.
 - 2.2 Die Auswahlkommission kann dazu eine Eignungsprüfung unter fachpsychologischer Leitung vornehmen.
- 3. Bedingungen**
- 3.1 Verpflichtung zu mindestens 8jähriger Tätigkeit im Öffentlichen Gesundheitsdienst im Lande Hessen unmittelbar nach erfolgreichem Abschluß des Studiums der Humanmedizin oder der Zahnmedizin,
 - 3.2 Ausschluß eines Zweitstudiums,
 - 3.3 Verpflichtung zur Ableistung von Praktika gemäß Anlage 1 vor Beginn des Studiums von in der Regel dreimonatiger Dauer,
 - 3.4 Verpflichtung zur Ableistung studienbegleitender Praktika gemäß Anlage 2 von in der Regel achtmonatiger Dauer,
 - 3.5 Verpflichtung zur regelmäßigen Berichterstattung über den Studien- und den Praktikumsverlauf.
Vor Meldung der ausgewählten Bewerber gemäß Nr. 5.2 der Anlage 4 der Vergabeverordnung wird zwischen dem Land Hessen und dem Bewerber ein Vertrag unter den Bedingungen 3.1 bis 3.5 abgeschlossen.

4. Ausbildungsförderung

Dem Antragsteller kann ein Ausbildungsförderungsdarlehen mit monatlich fälligen Förderbeträgen gewährt werden, auf deren Rückzahlung nach Maßgabe vertrag-

licher Regelung verzichtet wird. Näheres hierüber und über die Bedingungen 3.1 bis 3.5 regelt der vor der Meldung an die Zentralstelle für die Vergabe von Studienplätzen mit dem anerkannten Bewerber abzuschließende Vertrag.

5. Aufsicht

Die Aufsicht über den Ablauf des Studiums und der Praktika liegt beim HSM. Sie wird wahrgenommen von dem Regierungspräsidenten, in dessen Bezirk die Universität, an der der Bewerber studiert, ihren Sitz hat. Dem Regierungspräsidenten obliegt auch die Auszahlung der Förderbeträge (Nr. 4).

Wiesbaden, 5. 3. 1974

Der Hessische Sozialminister
M — III A 3 — 18 a 08/05
(Dr. Schmidt)

StAnz. 11/1974 S. 546

*

Anlage 1

Gestaltung des Vorpraktikums (Dauer 3 Monate)

- Das Vorpraktikum soll den Praktikanten in den einzelnen Ausbildungsabschnitten unter Berücksichtigung der Ausgaben und Arbeitsweisen des Öffentlichen Gesundheitswesens auf das Studium der Medizin/Zahnmedizin vorbereiten.
- Der Sozialminister überträgt die Ausbildung der Praktikanten den dafür geeigneten Gesundheitsämtern.
- Der Praktikant untersteht im Vorpraktikum den Weisungen des Amtsleiters und der mit der Ausbildung vom Amtsleiter Beauftragten.
Als Dienstzeit gilt für ihn die für die Bediensteten des Gesundheitsamtes vorgeschriebene Arbeitszeit.
- Der Ausbildungsplan ist unter Berücksichtigung der örtlichen Gegebenheiten wie folgt zu gestalten. Die nachstehende Reihenfolge der Ausbildungsgegenstände soll möglichst gewahrt werden.

4.1 Für Studenten der Medizin

4.1.0 eine Woche

Aufbau und Aufgaben der Verwaltung; Aufbau des Gesundheitswesens in Hessen; das Gesundheitsamt in der Verwaltung; die Zusammenarbeit mit anderen Behörden und Institutionen;

4.1.1 zwei Wochen

Einführung in die Umwelthygiene, Trinkwasserhygiene — Gewinnung und Aufbereitung —, Schwimmbadhygiene;

4.1.2 eine Woche

Desinfektion, Sterilisation, Krankenhaushygiene, Wohnungshygiene, Gastarbeiterunterkünfte, Wohnheime, Betreuung der Obdachlosen;

4.1.3 zwei Wochen

Seuchenhygiene einschl. Schutzimpfungen, Serologie der Infektionskrankheiten;

4.1.4 eine Woche

Wasserhygiene, aktuelle Themen aus Hygiene und Mikrobiologie;

4.1.5 eine Woche

Ortshygiene, Umwelthygiene und gesundheitlicher Umweltschutz unter besonderer Berücksichtigung der Lufthygiene und der Lärmbekämpfung, Epidemiologie;

4.1.6 zwei Wochen

Mütterberatung, Kleinkinderfürsorge, Jugendgesundheitspflege, Zahngesundheitspflege, sportärztlicher Dienst;

4.1.7 eine Woche

Lebensmittelhygiene, Untersuchung von Lebensmitteln; gesundheitliche Aufklärung und Gesundheitserziehung;

4.1.8 eine Woche

Gesundheitshilfen für Alte, Behinderte und Gesundheitsgefährdete, Organisation der psychiatrischen Betreuung, Fragestellungen der Sozialpsychiatrie.

4.2 Für Studenten der Zahnmedizin

4.2.0 eine Woche

Aufbau und Aufgaben der Verwaltung, das Gesundheitsamt in der Verwaltung, das zahnmedizinische Zentrum, die Zusammenarbeit mit anderen Behörden und Institutionen;

4.2.1 zwei Wochen

Zahngesundheitspflege, Untersuchungen im jugendzahnärztlichen Dienst;

4.2.2 zwei Wochen

Gesundheitsvorsorge und nachgehende Gesundheitshilfe, Methoden der medikamentösen zahnmedizinischen Prophylaxe;

4.2.3 eine Woche

Umwelthygiene, Trinkwasserhygiene, Schwimmbadhygiene;

4.2.4 eine Woche

Untersuchungen im Kindergarten und im vorschulischen Bereich;

4.2.5 eine Woche

Beratungsdienst für zahnärztliche Fragen, zahnärztliche Behandlung im öffentlichen Interesse;

4.2.6 zwei Wochen

Zahntechnisches Labor;

4.2.7 zwei Wochen

Zahngesundheitspflege, gesundheitliche Aufklärung und Gesundheitserziehung; Fachberufe und Zusammenarbeit im Gesundheitswesen; pädagogische Fragen der Betreuung von Kleinkindern, Kindern und Jugendlichen im jugendzahnärztlichen Bereich.

5. Bis zum Abschluß des Praktikums legt der Praktikant dem Gesundheitsamt einen Bericht über die Tätigkeit während des Praktikums vor. Der Bericht soll auch Aussagen über Fragen im Aufgabenbereich der Gesundheitsämter enthalten, auf die der Praktikant während des Praktikums aufmerksam geworden ist und die ihm beachtlich erscheinen.

6. Das Gesundheitsamt prüft den Bericht, ergänzt ihn erforderlichenfalls hinsichtlich des Praktikumsablaufs durch eine eigene Stellungnahme und leitet ihn dem Regierungspräsidenten (Nr. 5 der Richtlinien) zu.

Anlage 2

Gestaltung der studienbegleitenden Praktika (Dauer 8 Monate)

- Die studienbegleitenden Praktika dienen der Vertiefung und Erweiterung der im Vorpraktikum und im Studium der Medizin/Zahnmedizin erlangten Kenntnisse und Erfahrungen. Sie dauern einschließlich der nach § 1 Abs. 1 Nr. 4, § 7 der Approbationsordnung für Ärzte vorgeschriebenen Famulatur 8 Monate. Wird die Famulatur an einer anderen als den in dieser Anlage aufgeführten Stellen abgeleistet, erhöht sich der Zeitraum entsprechend.
- Die Ausbildung erfolgt an Einrichtungen, die der Regierungspräsident (Nr. 5 der Richtlinien) dem Praktikanten benennt. Der Praktikant kann eine Ausbildungsstelle auch selbst wählen. Die Ausbildung an einer solchen Stelle bedarf der Zustimmung des Regierungspräsidenten.
- Während des Praktikums untersteht der Praktikant den Weisungen des Leiters der ausbildenden Stelle und der mit der Ausbildung vom Leiter Beauftragten.
Als Dienstzeit gilt für ihn die für die Bediensteten der ausbildenden Stelle vorgeschriebene Arbeitszeit.
- Die Ausbildung erfolgt:
 - im Studienfach Medizin**
 - bei einem Sozialamt oder Einrichtungen der Sozialhilfe (z. B. Altenheime), einem Jugendamt oder Einrichtungen der Jugendhilfe (z. B. Heime, Kindergärten, Erziehungsberatungsstellen, Drogenberatungsstellen)
(nach dem 1. Semester) 4 Wochen;

- 4.1.1 in einer Sonderschule für behinderte Kinder, einer Kindertagesstätte oder einer schützenden Werkstatt für Behinderte
(nach dem 2. Semester) 4 Wochen;
- 4.1.2 bei einer Dienststelle des Landesgewerbearts, bei einem staatlichen Gewerbeaufsichtsamt oder einer werks- oder betriebsärztlichen Einrichtung
(nach dem 3. oder 4. Semester) 4 Wochen;
- 4.1.3 bei einem Gesundheitsamt oder einer anderen geeigneten Einrichtung des Öffentlichen Gesundheitsdienstes oder einem Hygieneinstitut
(zwischen der ärztlichen Vorprüfung und dem 2. Abschnitt der ärztlichen Prüfung) 8 Wochen;
- 4.1.4 in einem Medizinaluntersuchungsamt oder in einer Infektionsabteilung (Isolierabteilung eines Krankenhauses) für pathologische Anatomie
(zwischen der ärztlichen Vorprüfung und dem 2. Abschnitt der ärztlichen Prüfung) 4 Wochen;
- 4.1.5 in einem Institut für Rechtsmedizin, im ärztlichen Dienst einer Justiz-Vollzugsanstalt oder in einem Institut für pathologische Anatomie
(zwischen der ärztlichen Vorprüfung und dem 2. Abschnitt der ärztlichen Prüfung) 4 Wochen;
- 4.1.6 in einem psychiatrischen Krankenhaus mit jugendpsychiatrischer oder sozialtherapeutischer Abteilung oder in einer sozialtherapeutischen Anstalt
(zwischen dem 1. und 2. Abschnitt der ärztlichen Prüfung) 4 Wochen;
- 4.2 **im Studienfach Zahnmedizin**
- 4.2.0 bei einem Sozialamt oder Einrichtungen der Sozialhilfe (z. B. Altenheime), einem Jugendamt oder Einrichtungen der Jugendhilfe (z. B. Heime, Kindergärten, Erziehungsberatungsstellen, Drogenberatungsstellen), einer Sonderschule für behinderte Kinder, einer Kindertagesstätte oder einer schützenden Werkstatt für Behinderte
(nach dem 1. Semester) 4 Wochen;
- 4.2.1 bei einem Gesundheitsamt mit einem hauptamtlichen Jugendzahnarzt und Behandlungsmöglichkeiten
(nach dem 2., 3., 6. und 8. Semester) je 4 Wochen;
- 4.2.2 in einer kieferorthopädischen Beratungsstelle oder einer zentralen oder dezentralen Einrichtung der Gesundheitserziehung (z. B. der Hessischen Arbeitsgemeinschaft für Gesundheitserziehung — HAGE — in Marburg)
(nach dem 4. Semester) 4 Wochen;
- 4.2.3 in einem großen zahntechnischen Laboratorium, soweit nicht eine frühere Tätigkeit in einer solchen Einrichtung von mindestens dreimonatiger Dauer nachgewiesen wird — sonst wahlweise Ausbildung wie 4.2.0 bis 4.2.2 — unter besonderer Berücksichtigung sozialmedizinischer Fragestellungen und der zahnärztlichen Begutachtung
(nach dem 5. und 7. Semester) je 4 Wochen.
5. Die Ausbildungszeiten für die Ableistung der Praktika sind innerhalb der Abschnitte 4.1.0 bis 4.1.2 und 4.2.0 bis 4.2.3 zeitlich austauschbar.

6. Sonstige Abweichungen von den Vorschriften der Nr. 4 bedürfen der Zustimmung des Regierungspräsidenten (Nr. 5 der Richtlinien).
7. Nach Abschluß eines jeden Ausbildungsabschnittes legt der Praktikant dem Regierungspräsidenten (Nr. 5 der Richtlinien) einen Bericht über die Tätigkeit während des Abschnittes vor und fügt eine Bestätigung der Ausbildungsstelle über die Ableistung der Ausbildungszeit und die Richtigkeit der Angaben des Berichtes bei.

388

Durchführung des Berufsbildungsgesetzes;

hier: Einreichung von Vorschlägen für die Beauftragten der Arbeitgeber und der Arbeitnehmer im Landesaussschuß für Berufsbildung für die am 1. Juli 1974 beginnende 2. Amtsperiode

Der nach § 54 des Berufsbildungsgesetzes vom 14. August 1969 (BGBl. I S. 1112), geändert durch das Änderungsgesetz vom 12. März 1971 (BGBl. I S. 185), bei der Landesregierung zu errichtende Landesaussschuß für Berufsbildung besteht aus 18 Mitgliedern. Er setzt sich aus einer gleichen Zahl von Beauftragten der Arbeitgeber, der Arbeitnehmer und der obersten Landesbehörden zusammen.

Die Geschäfte des Landesaussschusses werden vom Hessischen Sozialminister geführt.

Die Mitglieder des Landesaussschusses und ihre Stellvertreter werden von der Hessischen Landesregierung für die Dauer von vier Jahren berufen.

Vorschlagsberechtigt für die Beauftragten der Arbeitgeber im Landesaussschuß sind die auf Landesebene bestehenden Zusammenschlüsse der Kammern, der Arbeitgeberverbände und der Unternehmerverbände. Für die Beauftragten der Arbeitnehmer sind die auf Landesebene bestehenden Gewerkschaften und selbständigen Vereinigungen von Arbeitnehmern mit sozial- und berufspolitischer Zwecksetzung vorschlagsberechtigt.

Vorschläge für die Beauftragten der Arbeitgeber und der Arbeitnehmer für die am 1. Juli 1974 beginnende 2. Amtsperiode sind bis zum 15. April 1974 bei dem Hessischen Sozialminister, 62 Wiesbaden, Adolfsallee 53, schriftlich einzureichen. Verspätet eingehende Vorschläge können nicht berücksichtigt werden.

Wiesbaden, 19. 2. 1974

Der Hessische Sozialminister
I A 2 — 2507

StAnz. 11/1974 S. 548

389

Hessischer Fachausschuß für Kurorte, Erholungsorte und Heilbrunnen

Bezug: Mein Erlaß vom 2. 1. 1973 (StAnz. S. 146)

Die Gemeinde Ringgau (nur für den Ortsteil Datterode gültig) ist vom Hessischen Fachausschuß für Kurorte, Erholungsorte und Heilbrunnen am 13. Januar 1974 als Luftkurort anerkannt worden.

Wiesbaden, 26. 2. 1974

Der Hessische Sozialminister
III B 4 b — 18 c 18/04

StAnz. 11/1974 S. 548

390

Der Hessische Minister für Landwirtschaft und Umwelt

An die Herren Regierungspräsidenten
Darmstadt und Kassel

Erklärung von Wald zu Schonwald bzw. Erholungswaldgebieten

- Bezug: 1. §§ 19 und 20 Hess. Forstgesetz i. d. F. v. 13. 5. 1970 (GVBl. I S. 344)
2. Vierte Verordnung zur Durchführung des Hess. Forstgesetzes über Maßnahmen zur Sicherstellung der Landespflege v. 14. 12. 1970 (GVBl. I S. 757)

Aus der Praxis der Landesplanung besteht der Wunsch, alle behördlichen Festsetzungen, die für Grundstücke eine bauliche oder sonstige Nutzungsbeschränkung bestimmen, in einer Form bekanntzugeben, die eine allgemeine Kenntnisnahme sicherstellt.

Hierunter fallen auch die Erklärungen zu Schonwald bzw. Erholungswaldgebieten gemäß den §§ 19 und 20 des Hessischen Forstgesetzes. Da weder das Hessische Forstgesetz i. d. F. vom 13. 5. 1970 noch die Vierte Verordnung zur Durchführung des Hessischen Forstgesetzes vom 14. 12. 1970 eine solche Form der Veröffentlichung vorschreiben, ordne ich hiermit ergänzend an, daß künftig alle durch Sie ergehenden Erklärungen gemäß den §§ 19 und 20 des Hessischen Forstgesetzes im Staatsanzeiger für das Land Hessen zu veröffentlichen sind. Weiterhin sind die nach Aufhebung der Siebenten Durchführungsanordnung zum Hessischen Forstgesetz über Schonwald vom 4. 4. 1963 (StAnz. S. 514), welche eine Veröffentlichung der damaligen Schonwalderklärungen im Staatsanzeiger für das Land Hessen vorschrieb, durch Sie ergangenen Schonwald- bzw. Erholungswaldgebietenklärungen nachträglich im Staatsanzeiger für das Land Hessen bekanntzumachen.

Der Hessischen Landesanstalt für Umwelt sind, soweit noch nicht geschehen, alle bisherigen und auch die künftigen Erklärungen von Wald zu Schonwald bzw. Erholungswaldgebieten mit den dazugehörigen Karten im Maßstab 1 : 25 000 in jeweils einer Ausfertigung zu übersenden. Diese wird die Schonwälder und Erholungswaldgebiete in die dort geführten Deckblätter über Natur- und Landschaftsschutzgebiete sowie Naturparke aufnehmen.

Wiesbaden, 21. 2. 1974

**Der Hessische Minister
für Landwirtschaft und Umwelt**
III B 4 — 3164 — F 11
StAnz. 11/1974 S. 548

391

Flurbereinigung Renda, Krs. Eschwege

Änderungsbeschuß

Auf Grund des § 4 in Verbindung mit § 8 (2) Flurbereinigungsgesetz (FlurbG) vom 14. 7. 1953 (BGBl. I S. 591) wird der Flurbereinigungsbeschuß vom 23. 7. 1969 (StAnz. S. 1597) wie folgt geändert:

1. Die in der Anlage 1 aufgeführten Grundstücke in einer Gesamtgröße von 121 ha werden hiermit nachträglich zum Verfahren zugezogen.

2. Das Flurbereinigungsgebiet vergrößert sich nach Zuziehung der in der Anlage 1 aufgeführten Flächen um 121 ha auf 1092 ha.

Das Flurbereinigungsgebiet wird nunmehr mit einer Größe von rd. 1092 ha festgestellt. Die im Flurbereinigungsgebiet befindliche Waldfläche hat eine Größe von rd. 157 ha.

3. Eine Änderung in der Bezeichnung und dem Sitz der Teilnehmergemeinschaft sowie in der Zusammensetzung des Vorstandes treten durch diesen Beschuß nicht ein.

Das zugezogene Flurbereinigungsgebiet ist in der Gebietskarte*) durch Rotfärbung der zuzuziehenden Flächen kenntlich gemacht.

Die Anlagen 1 und 2 bilden Bestandteile dieses Beschlusses.

4. Für die zugezogenen Grundstücke werden die Beteiligten nach § 14 FlurbG aufgefordert, Rechte, die aus dem Grundbuch nicht ersichtlich sind, aber zur Beteiligung am Flurbereinigungsverfahren berechtigen, innerhalb drei Monaten nach Bekanntgabe dieses Beschlusses beim Hessischen Amt für Landeskultur Bad Hersfeld, Dudenstraße 15, anzumelden. Werden Rechte nach Ablauf dieser Frist angemeldet, so kann das Hessische Amt für Landeskultur die bisherigen Verhandlungen und Festsetzungen gelten lassen.

Der Inhaber eines o. a. Rechtes muß die Wirkung eines vor der Anmeldung eingetretenen Fristablaufes ebenso gegen sich gelten lassen wie der Beteiligte, demgegenüber die Frist durch Bekanntgabe des Verwaltungsaktes zuerst in Lauf gesetzt worden ist.

5. Nach § 34 bzw. nach § 85/5 FlurbG ist von der Bekanntgabe dieses Beschlusses ab bis zur Ausführungsanordnung in folgenden Fällen die Zustimmung des Hessischen Amtes für Landeskultur erforderlich:

- wenn die Nutzungsart der Grundstücke im Flurbereinigungsgebiet geändert werden soll; dies gilt nicht für Änderungen, die zum ordnungsmäßigen Wirtschaftsbetrieb gehören,
- wenn Bauwerke, Brunnen, Gräben, Einfriedigungen, Hangterrassen und ähnliche Anlagen errichtet, hergestellt, wesentlich verändert oder beseitigt werden sollen,
- wenn Obstbäume, Beerensträucher, Rebstöcke, Hopfenstöcke, einzelne Bäume, Hecken, Feld- und Ufergehölze beseitigt werden sollen. Die Beseitigung ist nur in Ausnahmefällen möglich, soweit landeskulturelle Belange nicht beeinträchtigt werden,
- wenn Holzeinschläge vorgenommen werden sollen, die den Rahmen einer ordnungsgemäßen Bewirtschaftung übersteigen.

*) hier nicht veröffentlicht.

Sind entgegen den Absätzen a) und b) Änderungen vorgenommen, Anlagen hergestellt oder beseitigt worden, so können sie im Verfahren unberücksichtigt bleiben; das Hessische Amt für Landeskultur kann den früheren Zustand nach § 137 FlurbG wieder herstellen lassen, wenn dies der Flurbereinigung dienlich ist.

Sind Eingriffe entgegen dem Absatz c) vorgenommen worden, so muß das Hessische Amt für Landeskultur Ersatzpflanzungen anordnen.

Werden entgegen dem Absatz d) Holzeinschläge vorgenommen, so kann das Hessische Amt für Landeskultur anordnen, daß derjenige, der das Holz fällt, die abgeholzte oder verlichtete Fläche nach den Weisungen der Forstaufsichtsbehörde wieder ordnungsgemäß in Bestand zu bringen hat.

6. Der entscheidende Teil dieses Beschlusses wird in der Gemeinde Ringgau und der Nachbargemeinde Herleshausen öffentlich bekanntgemacht.

Gleichzeitig wird der Änderungsbeschuß mit Begründung und Gebietskarte zur Einsichtnahme durch die Beteiligten bei dem Bürgermeister in Ringgau und der Nachbargemeinde Herleshausen zwei Wochen lang ausgelegt.

Rechtsmittelbelehrung:

Gegen diesen Beschuß kann binnen zwei Wochen Widerspruch beim Landeskulturamt Hessen in Wiesbaden, Parkstraße 44, als oberer Flurbereinigungsbehörde erhoben werden. Der Lauf der Frist beginnt am 1. Tag der öffentlichen Bekanntmachung. Der Widerspruch ist schriftlich einzulegen oder zur Niederschrift beim Landeskulturamt Hessen in Wiesbaden zu erklären.

Wiesbaden, 19. 2. 1974

Landeskulturamt Hessen
KF 282 — Renda — Gesch.-Nr. 3354/74
StAnz. 11/1974 S. 549

*

Anlage

Zuziehende Grundstücke:

Gemarkung Holzhausen

Flur 1, Flurstücke 1/5 tlw., 12/1 tlw., 21 tlw.
Flur 2, Flurstücke 5 tlw., 6/1 tlw., 8 tlw., 9 tlw.
Flur 3, Flurstücke 1 tlw., 2/1 tlw., 4, 5, 25.

Gemarkung Markershausen

Flur 1, Flurstücke 111, 112, 113, 114, 115, 116, 117, 118, 119/1, 119/2, 120/1, 120/2, 120/3, 120/4, 124/1, 124/2, 125, 126, 127, 128, 129, 130, 131, 132, 133, 134, 135, 136, 137, 138, 139, 140, 141, 142, 143, 144, 145, 146, 147, 148, 149, 150, 151, 152, 153, 154, 155, 156, 157.

Flur 2, Flurstück 6/3 tlw.

392

Flurbereinigung Bischoffen, Krs. Biedenkopf

Flurbereinigungsbeschuß

Auf Grund des § 4 des Flurbereinigungsgesetzes (FlurbG) vom 14. 7. 1953 (BGBl. I S. 591), zuletzt geändert durch das Gesetz vom 28. 8. 1969 (BGBl. I S. 1513), wird folgender Beschuß erlassen:

1. Die Flurbereinigung der Grundstücke der Gemarkung Bischoffen, Kreis Biedenkopf, wird hiermit angeordnet.

2. Als Flurbereinigungsgebiet wird die gesamte Gemarkung Bischoffen einschließlich des Waldes festgestellt. Es hat eine Größe von 667 ha, worin eine Waldfläche von 336 ha enthalten ist. Die Grenzen des Flurbereinigungsgebietes sind auf der Gebietskarte*), die einen Bestandteil dieses Beschlusses bildet, durch einen grünen Farbstreifen kenntlich gemacht.

3. Die Gemeinschaft der Teilnehmer am Flurbereinigungsverfahren führt den Namen:

„Teilnehmergemeinschaft der Flurbereinigung
von Bischoffen, Kreis Biedenkopf“,
mit dem Sitz in Bischoffen.

Sie ist eine Körperschaft des öffentlichen Rechtes.

*) hier nicht veröffentlicht.

4. Die Beteiligten werden nach § 14 FlurbG aufgefordert, Rechte, die aus dem Grundbuch nicht ersichtlich sind, aber zur Beteiligung am Flurbereinigungsverfahren berechtigten, innerhalb von 3 Monaten nach Bekanntgabe dieses Beschlusses beim Hess. Amt für Landeskultur in Dillenburg, Wilhelmstraße 9 II, anzumelden. Werden Rechte nach Ablauf dieser Frist angemeldet, so kann das Hess. Amt für Landeskultur die bisherigen Verhandlungen und Festsetzungen gelten lassen.

Der Inhaber eines o. a. Rechts muß die Wirkung eines vor der Anmeldung eingetretenen Fristablaufes ebenso gegen sich gelten lassen, wie der Beteiligte, dem gegenüber die Frist durch Bekanntgabe des Verwaltungsaktes zuerst in Lauf gesetzt worden ist.

5. Nach § 34 bzw. nach § 85/5 FlurbG ist von der Bekanntgabe dieses Beschlusses ab bis zur Ausführungsanordnung in folgenden Fällen die Zustimmung des Hess. Amtes für Landeskultur erforderlich:

- a) Wenn die Nutzungsart der Grundstücke im Flurbereinigungsgebiet geändert werden soll; dies gilt nicht für Änderungen, die zum ordnungsmäßigen Wirtschaftsbetrieb gehören;
- b) wenn Bauwerke, Brunnen, Gräben, Einfriedungen, Hangterrassen und ähnliche Anlagen errichtet, hergestellt, wesentlich verändert oder beseitigt werden sollen;
- c) wenn Obstbäume, Beerensträucher, Rebstöcke, Hopfenstöcke, einzelne Bäume, Hecken, Feld- und Ufergehölze beseitigt werden sollen. Die Beseitigung ist nur in Ausnahmefällen möglich, soweit landeskulturelle Belange nicht beeinträchtigt werden;
- d) wenn Holzeinschläge vorgenommen werden sollen, die den Rahmen einer ordnungsgemäßen Bewirtschaftung übersteigen.

Sind entgegen den Absätzen a) und b) Änderungen vorgenommen, Anlagen hergestellt oder beseitigt worden, so können sie im Verfahren unberücksichtigt bleiben; das Hess. Amt für Landeskultur kann den früheren Zustand nach § 137 FlurbG wieder herstellen lassen, wenn dies der Flurbereinigung dienlich ist.

Sind Eingriffe entgegen dem Absatz c) vorgenommen worden, so muß das Hess. Amt für Landeskultur Ersatzpflanzungen anordnen.

Werden entgegen dem Absatz d) Holzeinschläge vorgenommen, so kann das Hess. Amt für Landeskultur anordnen, daß derjenige, der das Holz fällt, die abgeholzte oder verlichtete Fläche nach den Weisungen der Forstaufsichtsbehörde wieder ordnungsgemäß in Bestand zu bringen hat.

6. Der entscheidende Teil dieses Beschlusses wird in der Gemeinde Bischoffen, Kreis Biedenkopf, und den Nachbargemeinden Miltenaar, Ortsteil Offenbach, und Siegbach, Ortsteile Übernthal und Eisemroth, im Dillkreis sowie Hartenrod, Endbach, Ortsteil Günterod, Niederweidbach, Kreis Bie-

denkopf, und Hohenahr, Ortsteil Ahrdt, und Altenkirchen im Kreis Wetzlar öffentlich bekanntgemacht. Gleichzeitig wird der Beschluß mit Begründung und der Gebietskarte zur Einsichtnahme durch die Beteiligten bei dem Bürgermeister in Bischoffen, Kreis Biedenkopf, und in den o. a. Nachbargemeinden zwei Wochen lang ausgelegt.

Rechtsmittelbelehrung: Gegen den Beschluß kann binnen 2 Wochen Widerspruch beim Landeskulturamt in Wiesbaden, Parkstraße 44, als oberer Flurbereinigungsbehörde erhoben werden. Der Lauf der Frist beginnt am 1. Tage der öffentlichen Bekanntmachung. Der Widerspruch ist schriftlich einzulegen oder zur Niederschrift beim Landeskulturamt Hessen zu erklären.

Wiesbaden, 12. 2. 1974

Landeskulturamt Hessen

F 641 — Bischoffen — 2167/74

StAnz. 11/1974 S. 549

393

Ungültigkeitserklärung von Dienstaussweisen für den Forstschutz für amtlich bestätigte Privatforstbedienstete als Forstschutzbedienstete

Folgende vom Regierungspräsidenten in Kassel ausgestellte Dienstaussweise für den Forstschutz für amtlich bestätigte Privatforstbedienstete als Forstschutzbedienstete sind in Verlust geraten und werden hiermit für ungültig erklärt:

Ausweis Nr. 1 vom 15. 5. 1956

für Julius S c h u l z, Privatoberförster

Ausweis Nr. 2 vom 15. 5. 1956

für Alois M i l i c k a, Privatrevierförster

Ausweis Nr. 11 vom 12. 3. 1957

für Alfred J ä h n e r t, Privatrevierförster

Ausweis Nr. 18 vom 22. 11. 1956

für Georg S c h u l z, Privatrevierförster

Ausweis Nr. 43 vom 6. 7. 1957

für Erich D a n n e k a t, Privatforstverwalter

Ausweis Nr. 55 vom 25. 9. 1975

für Werner M e u s e l, Privatrevierförster

Ausweis Nr. 57 vom 6. 12. 1957

für Otto E b e l i n g, Privatoberforstwart

Ausweis Nr. 60 vom 24. 11. 1959

für Heinrich B e c k e r, Privatforstwart

Wiesbaden, 22. 2. 1974

Der Hessische Minister
für Landwirtschaft und Umwelt
III A 1 — 239 — B 15

StAnz. 11/1974 S. 550

Der Landeswahlleiter für Hessen

394

**Nachfolge für den Abgeordneten des Hessischen Landtags
Hans-Otto Weber (SPD)**

Der Abgeordnete Hans-Otto W e b e r hat auf sein Mandat im Hessischen Landtag verzichtet. An seiner Stelle ist

Herr E r n s t S c h m a d e l

Studienrat

geboren am 27. März 1938

354 K o r b a c h

Straße von Avranches 12

gemäß § 40 Abs. 2 des Landtagswahlgesetzes in der Fassung vom 10. Januar 1974 (GVBl. I S. 42) Abgeordneter des Hessischen Landtags geworden.

Wiesbaden, 5. 3. 1974

Der Landeswahlleiter für Hessen

II 41 — 3 e 34/17 — 14/74 — 2

StAnz. 11/1974 S. 550

395

Personalnachrichten

Es sind

C. im Bereich des Hessischen Ministers des Innern**Der Polizeipräsident in Frankfurt am Main**

berufen in das Beamtenverhältnis auf Lebenszeit:

Polizeioberkommissar Jürgen Schade (23. 1. 1974), die Kriminalhauptmeister (BaP) Heinz Meurer, Helmut Rösner, Kriminalobermeister (BaP) Rolf Schuhmann, die Polizeiobermeister (BaP) Wolfgang Kunkel, Hans Jürgen Seibel, Günther Wimber (sämtlich 22. 1. 1974), Rainer Neusüss (23. 1. 1974), Klaus-Dieter Debus, Lienhard Götting, Volker Roeder, Eckhardt Rziha (sämtlich 24. 1. 1974), Wolfgang Rinn (25. 1. 1974), Reinhold Wötzold (28. 1. 1974), die Polizeimeister (BaP) Hans-Jürgen Hassner (25. 1. 1974), Ulrich Klein (24. 1. 1974).

Frankfurt/Main, 27. 2. 1974

Der Polizeipräsident

P III

StAnz. 11/1974 S. 551

Der Polizeipräsident in Offenbach am Main

ernannt:

zu **Polizeimeistern** die Polizeihauptwachtmeister (BaP) Artur Funk (8. 1. 1974), Hartmut Schmidt (10. 1. 1974), Richard Tkotz (1. 2. 1974), Lothar Vogel (8. 1. 1974);

zu **Polizeihauptwachtmeistern** die Polizeiwachtmeister (BaP) Herbert Berger, Helmut Bertel, Bernhard Montzka (sämtlich 10. 1. 1974);

berufen in das Beamtenverhältnis auf Lebenszeit:

Polizeikommissar (BaP) Theodor Alexander Scholz (20. 2. 1974), Kriminalhauptmeister (BaP) Erich Hoffmann (6. 2. 1974), die Polizeiobermeister (BaP) Roland Bienmüller (5. 2. 1974), Paul-Heinz Gros (6. 2. 1974), Willi Sperzel (12. 2. 1974), die Polizeimeister (BaP) Hans Börner, Norbert Haß, Willi Nenninger (sämtlich 6. 2. 1974), Wolfgang Neumann (11. 2. 1974), Heinz-Dieter Schiebe (7. 2. 1974), Kurt Zimmer (5. 2. 1974).

Offenbach/Main, 26. 2. 1974

Der Polizeipräsident

P III

StAnz. 11/1974 S. 551

Berichtigung:

Im StAnz. 1974 S. 236 muß es unter

G. im Bereich des Hessischen Ministers für Wirtschaft und Technik— **Straßenbauverwaltung** —

richtig heißen:

ernannt: zu Bauräten (BaL) Heinz-Hermann Kirchwehm (statt Kirchwehn).

Wiesbaden, 22. 2. 1974

Hessisches Landesamt für Straßenbau

1155 — 7 h — 04

StAnz. 11/1974 S. 551

396

DARMSTADT

Regierungspräsidenten

Ungültigkeitserklärung eines Dienstsiegels

Bei der Stadt Wächtersbach ist folgendes Dienstsiegel in Verlust geraten:

Dienstsiegel der Stadt (Ø 2 cm) mit der Aufschrift „Stadt Wächtersbach“ mit Stadtwappen und der Kennziffer 9.

Das vorstehende Dienstsiegel wird hiermit für ungültig erklärt. Jede weitere Benutzung wird strafrechtlich verfolgt.

Darmstadt, 28. 2. 1974

Der Regierungspräsident

I 1 — 5 e 08/13 (45)

StAnz. 11/1974 S. 551

Buchbesprechungen

Strafgesetzbuch. Von Dr. Eduard Dreher. 34., neubearbeitete Aufl., rd. 1850 S., in Leinen 52,— DM. Verlag C. H. Beck, München und Berlin.

Die 34. Auflage bringt diesen seit Jahrzehnten in keiner juristischen Bücherei und auf keinem Schreibrüstchen fehlenden Kurzkomentar auf den neuesten Stand. Besonders erfreulich ist dabei, daß auch alle bedeutsamen Änderungen des 4. Strafrechtsreformgesetzes berücksichtigt worden sind, so vor allem die im Rahmen der Reform des Sexualstrafrechts neu gefaßten Bestimmungen des Strafgesetzbuches. Wie auch sonst, gibt die Kommentierung hierzu große Hilfen, insbesondere bei der Auslegung einzelner komplizierter Regelungen, so zum Beispiel bei der Kuppelei und Pornografie, aber auch bei dem 12. Abschnitt, der die Straftaten gegen den Personenstand, die Ehe und die Familie behandelt.

Das neue Werk berücksichtigt weiter das Gesetz vom 20. 7. 1973, das die Einführung der 0,8‰-Grenze für Kraftfahrer brachte, und zwar nicht nur bei dem im Text ergänzten § 37 Strafgesetzbuch, sondern auch in der sonstigen Erläuterung des Verkehrsstrafrechts. Im Anhang ist das Gesetz über das Auswanderungswesen ausgeschieden und statt dessen das für den Umweltschutz wichtige Abfallbeseitigungsgesetz aufgenommen worden.

Rechtsprechung und Literatur sind seit der letzten, im April 1972 erschienenen Auflage eingearbeitet, und zwar bis etwa zum 1. 8. 1973. Hierbei berücksichtigt ist auch die fast vollständig vorliegende neue Auflage des Leipziger Kommentars zum Strafgesetzbuch. Die höchst richterliche Rechtsprechung ist wie immer am rechten Ort, übersichtlich und zielstrebig wiedergegeben und wenn nötig, kurz erläutert worden.

Wie gewohnt, war der Verfasser überall bemüht, den Gehalt der bisherigen Kommentierung für die Bedürfnisse der Praxis weiter zu erhöhen. So ist die Erwartung mehr als berechtigt, daß der „Dreher“ seinen bisherigen Benutzern noch bessere Dienste leisten und über deren ohnehin schon sehr großen Kreis neue Freunde finden wird.

Staatsanwalt als Abteilungsleiter bei einer Staatsanwaltschaft bei einem Landgericht Gerhard Klein

Tabellen zum Manteltarifvertrag für Arbeiter der Länder — MTL II — Nachtrag Nr. 1 zur 19. Auflage — **Tabellen zum Bundes-Angestelltentarifvertrag — BAT** — Nachtrag Nr. 1 zur 35. Auflage — Preis je 4,20 DM (je 32 Seiten DIN A 5), Verlag für Verwaltungspraxis Franz Rehm KG, München 80, Vogelweideplatz 10.

Zu der in StAnz. 1973 S. 1496 besprochenen Broschüre Tabellen zum Manteltarifvertrag für Arbeiter der Länder wird in einem Nachtrag u. a. auf die Änderungen des

TV Lohngruppenverzeichnis durch den Tarifvertrag vom 7. Juni 1973,

TV über die Schmutz-, Gefahren- und Erschwerniszuschläge durch den ÄndTV Nr. 5 vom 7. Juni 1973,

TV über die Gewährung einer Zuwendung an Arbeiter des Bundes und der Länder/Lehrlinge und Anlernlinge durch die Tarifverträge vom 26. September 1973 (nur maßgebend für die Zuwendung 1973) eingegangen. Des weiteren sind Neufassungen von Bekanntmachungen des Bundesinnenministers und des Bayer Staatsministeriums der Finanzen betr. den Sonderurlaub für Kuren und die Durchführung des § 5 Arbeitsplatzschutzgesetz (zusätzliche Alters- und Hinterbliebenenversorgung) abgedruckt.

Der Nachtrag zu der in StAnz. 1973 S. 765 besprochenen Broschüre Tabellen zum Bundes-Angestelltentarifvertrag enthält im wesentlichen die Änderungen der Zuwendungstarifverträge für Angestellte, Praktikanten usw., die am 26. September 1973 ausschließlich für die Zuwendung 1973 vereinbart worden sind. Darüber hinaus ist auch in diesem Nachtrag die Neufassung der Bekanntmachung des Bayer. Staatsministeriums der Finanzen zum Vollzug des § 5 Arbeitsplatzschutzgesetz enthalten

Ob die Herausgabe von Nachträgen zu den bislang in jedem Jahr neu aufgelegten Tabellen zum MTL II und zum BAT für die Bezueher der Broschüren sinnvoll ist, mag dahinstehen. Der Mühe der vorzunehmenden umfangreichen handschriftlichen Änderungen und Ergänzungen dürfte sich jedoch in Erwartung der Neuauflagen für 1974 kaum jemand unterziehen.

Oberregierungsrat R a m d o h r

ÖFFENTLICHER ANZEIGER

ZUM »STAATSANZEIGER FÜR DAS LAND HESSEN«

1974

MONTAG, 18. MÄRZ 1974

Nr. 11

Gerichtsangelegenheiten

931

Zulassung als Rechtsbeistand

Dem Hansjörg Schmidt in Ginsheim-Gustavsburg 2, Unter der Ruth 6, wurde die Zulassung als Rechtsbeistand auf dem Gebiet Beiträge und Gebühren nach dem Bundesbaugesetz und landesrechtlicher Kommunalabgabengesetze erteilt. Das Auftreten in mündlicher Verhandlung vor dem Amtsgericht wurde dem Rechtsbeistand nicht gestattet.

6100 Darmstadt, 1. 2. 1974

Der Präsident des Landgerichts

932

Zulassung als Rechtsbeistand

371 a E — 1.1297: Herr Jan Badkowski, geboren am 15. Juli 1924 in Lodz (Polen), wohnhaft 6 Frankfurt (Main), Holbeinstraße 40, wird auf Grund des Gesetzes zur Verhütung von Mißbräuchen auf dem Gebiet der Rechtsberatung vom 13. 12. 1935 (RGBl. I S. 1478) die Erlaubnis zur geschäftsmäßigen Besorgung fremder Rechtsangelegenheiten mit Ausnahme des Gebiets der gesetzlichen Sozialversicherung für den Amtsgerichtsbezirk Frankfurt am Main erteilt.

Die Erteilung der Erlaubnis wird mit der Auflage verbunden, jede Vermittlung von Versicherungsverträgen zu unterlassen.

Mit der Zulassung wirkt das Werbeverbot des § 1 Abs. 3 der 2. AusfVO zum Rechtsberatungsmißbrauchsgesetz vom 3. 4. 1936 (RGBl. I S. 359). Als einzige werbende Maßnahme ist die Verwendung der Berufsbezeichnung „Rechtsbeistand“ erlaubt. Alle anderen werbenden Maßnahmen sind untersagt.

Die Erlaubnis berechtigt nicht zum mündlichen Verhandeln vor Gericht. Geschäftssitz ist Frankfurt (Main).

6000 Frankfurt (Main), 26. 2. 1974

Der Präsident des Amtsgerichts

933

Widerruf einer Zulassung als Rechtsbeistand

Die durch Verfügung vom 5. 9. 1972 Herrn Juliusz Aleksander Sitkowski, geb. am 10. 3. 1917 in Michow/Polen, wohnhaft 6050 Offenbach (Main), Kaiserstr. 42, erteilte Erlaubnis zur geschäftsmäßigen Besorgung fremder Rechtsangelegenheiten wird gemäß § 14 AVO RBerMG vom 13. 12. 1935 auf Antrag des Herrn Sitkowski widerrufen, da er zwischenzeitlich zur Rechtsanwaltschaft zugelassen wurde.

6050 Offenbach, 8. 3. 1974

Der Präsident des Amtsgerichts

Güterrechtsregister

934

GR 512 — Neueintragung: Wolfgang Heinrich Lohrbach, Bergingenieur in Hohenroda, Ortsteil Ransbach, Kreis Hersfeld-Rotenburg, und Sophie Katharina Roselinde, geb. Nennstiel.

Die Ehegatten haben durch Vertrag vom 11. 12. 1973 Gütergemeinschaft vereinbart. Sie verwalten das Gesamtgut gemeinschaftlich.

6430 Bad Hersfeld, 4. 2. 1974 Amtsgericht

935

GR 513 — Neueintragung: Hans Peter Licht, Fliesenleger in Hohenroda, Ortsteil Ransbach, Kreis Hersfeld-Rotenburg, und Lieselore, geb. Rosenthal.

Die Eheleute haben durch Vertrag vom 6. Dezember 1973 Gütergemeinschaft vereinbart. Sie verwalten das Gesamtgut gemeinsam.

6430 Bad Hersfeld, 4. 2. 1974 Amtsgericht

936

GR 514 — Neueintragung: Hans Weber, Anstreicher in Schenkklengsfeld, Ortsteil Landershausen, Kreis Hersfeld-Rotenburg, und Frieda, geb. Göbel.

Die Ehegatten haben durch Vertrag vom 19. Dezember 1973 Gütergemeinschaft vereinbart. Sie verwalten das Gesamtgut gemeinschaftlich.

6430 Bad Hersfeld, 4. 2. 1974 Amtsgericht

937

GR 515 — Neueintragung: Klaus-Dieter Münster, Kaufmann in Bad Hersfeld, und Marianne, geb. Siebert.

Die Ehegatten haben durch Vertrag vom 20. Dezember 1973 Gütertrennung vereinbart.

6430 Bad Hersfeld, 4. 2. 1974 Amtsgericht

938

GR 516 — Neueintragung: Karl-Heinz Börner, Diplom-Kaufmann in Bad Hersfeld, und Gisela, geb. Beckmann.

Die Ehegatten haben durch Vertrag vom 11. Dezember 1973 Gütertrennung vereinbart.

6430 Bad Hersfeld, 6. 2. 1974 Amtsgericht

939

GR 517 — Neueintragung: Gerhard Apel, Betriebschlosser-Vorarbeiter in Ludwigsau-OT, Mecklar, Kreis Hersfeld-Rotenburg, und Ilse, geb. Kranz.

Die Ehegatten haben durch Vertrag vom 18. Dezember 1973 Gütergemeinschaft vereinbart. Sie verwalten das Gesamtgut gemeinschaftlich.

6430 Bad Hersfeld, 6. 2. 1974 Amtsgericht

940

GR 302 — Veränderung: Kaufmann Johann Jakob Göbel und dessen Ehefrau Hildegard Göbel, geb. Schröder, in Bad Hersfeld, Fuldastraße 17.

Die in Gütergemeinschaft lebenden Ehegatten haben durch Vertrag vom 22. Januar 1974 den gewerblichen Betrieb (Wäscherei und Chemische Reinigung) zum Vorbehaltsgut des Ehemannes erklärt.

6430 Bad Hersfeld, 4. 2. 1974 Amtsgericht

941

GR 1606 — 27. 2. 1974: Adolf Meier, Techniker, und Magdalene Maier, geb. Faulstich, beide in Steinbach/Ts.

Durch Vertrag vom 14. 1. 1974 ist Gütertrennung vereinbart.

GR 1607 — 27. 2. 1974: Gottfried Rudolf Falkenstein und Maria Gertrud Falken-

stein, geb. Feicks, beide in Bad Homburg v. d. H.-Ober-Erlenbach.

Durch Vertrag vom 22. 12. 1973 ist Gütertrennung vereinbart.

6380 Bad Homburg, 1. 3. 1974 Amtsgericht

942

GR 312 — Neueintragung — 12. Dezember 1973: Eheleute Kaufmann Wilhelm Franz Josef Krohmann und Annemarie Elisabeth, geb. Kalkofen, beide in Taunusstein 1.

Durch notariellen Vertrag vom 26. Oktober 1973 ist der gesetzliche Güterstand der Zugewinnngemeinschaft ausgeschlossen und Gütertrennung vereinbart.

6208 Bad Schwalbach, 27. 2. 1974

Amtsgericht

943

GR 314 — Neueintragung — 4. Januar 1974: Eheleute Proben-Nehmer Karl-Heinz Schwarz und Else Gertrud, geb. Klink, beide in Taunusstein 5.

Durch notariellen Vertrag vom 14. November 1973 ist der gesetzliche Güterstand der Zugewinnngemeinschaft ausgeschlossen und Gütertrennung vereinbart.

6208 Bad Schwalbach, 27. 2. 1974

Amtsgericht

944

GR 315 — Neueintragung — 29. Januar 1974: Eheleute Wilhelm August genannt Willi Germ und Anneliese, geb. Schneider, beide in Taunusstein 4.

Durch notariellen Vertrag vom 29. Dezember 1973 ist der gesetzliche Güterstand der Zugewinnngemeinschaft ausgeschlossen und Gütertrennung vereinbart.

6208 Bad Schwalbach, 27. 2. 1974

Amtsgericht

945

GR 316 — Neueintragung — 12. Februar 1974: Eheleute Kaufmann Karl Paul Müller und Kauffrau Erika Elisabeth Charlotte, geb. Hetterich, beide in Taunusstein 2.

Durch notariellen Vertrag vom 20. Dezember 1973 ist der gesetzliche Güterstand ausgeschlossen und Gütertrennung vereinbart.

6208 Bad Schwalbach, 11. 2. 1974 Amtsgericht

946

GR 317 — Neueintragung — 12. Februar 1974: Eheleute Gastronom Francesco Liscervone und Dagmar Ute, geb. Mordziol, beide in Taunusstein 2.

Durch notariellen Vertrag vom 10. Juli 1973 ist Gütertrennung vereinbart.

6208 Bad Schwalbach, 12. 12. 1974

Amtsgericht

947

GR 400 — Neueintragung — 22. Februar 1974: Die Eheleute Kaufmann Ulf-Dietrich Burk und Ursula, geb. Wegner, Gladenbach, Kirchberstraße 1, haben durch Ehevertrag vom 13. November 1973 Gütertrennung vereinbart.

3560 Biedenkopf, 22. 2. 1974 Amtsgericht

948

GR 364 — Neueintragung — 28. Februar 1974: Durch notariellen Vertrag vom

28. Dezember 1973 haben Kaufmann Klaus Wilhelm Menzel und Lieselotte, geborene Fröschner, in Gödern Gütertrennung vereinbart.

6470 Büdingen, 28. 2. 1974 **Amtsgericht**

949

GR 365 — Neueintragung — 28. Februar 1974: Durch notariellen Vertrag vom 29. Januar 1974 haben Verwaltungsangestellter Erich Karl Walter Schneider und Heide, geb. Domay, in Büdingen Gütertrennung vereinbart.

6470 Büdingen, 28. 2. 1974 **Amtsgericht**

950

GR 610 — 6. 3. 1974: Johann Liegl, Feintäschner in Eppertshausen und Elisabeth, geb. Müller.

Durch Vertrag vom 20. 12. 1973 ist Gütertrennung ab Eheschließung vereinbart.

6110 Dieburg, 6. 3. 1974 **Amtsgericht**

951

GR 520 — Neueintragung — 5. März 1974: Bezeichnung der Ehegatten: Eheleute Techniker Hans Metz und Klara, geb. Geißler, in Dillenburg.

Durch Vertrag vom 25. Oktober 1973 — UR. Nr. 887/73 des Notars Dr. Plock in Dillenburg — ist Gütertrennung vereinbart.

6340 Dillenburg, 5. 3. 1974 **Amtsgericht**

952

GR 521 — Neueintragung — 5. März 1974: Bezeichnung der Ehegatten: Eheleute Kaufmann Heinz Peter Seefried und Ulrike Friedl, geb. Harrer, in Haiger/Dillkreis.

Durch Vertrag vom 14. Januar 1974 — UR. Nr. 13/74 des Notars Wißfeld in Siegen — ist Gütertrennung vereinbart.

6340 Dillenburg, 5. 3. 1974 **Amtsgericht**

953

GR 522 — Neueintragung — 5. März 1974: Bezeichnung der Ehegatten: Eheleute Handelsvertreter Heinz Paul Czelk und kfm. Angestellte Ingrid Johanna Ernesta Czelk, geb. Reh, gesch. Sänger, in Dillenburg, Herwigstraße 18.

Durch Vertrag vom 18. Januar 1974 — UR. Nr. 7/74 der Notarin H. Distler, Dillenburg — ist Gütertrennung vereinbart.

6340 Dillenburg, 5. 3. 1974 **Amtsgericht**

954

GR 290 — Neueintragung — 3. Dezember 1973: Wolfgang Mucke, Kaufmann in Eltville/Rh., Freienbornstraße 7, und Mathilde, geb. Hamper.

Durch Vertrag vom 22. November 1973 ist Gütertrennung vereinbart.

6228 Eltville, 3. 12. 1973 **Amtsgericht**

955

6 GR 657 — Neueintragung — 26. Febr. 1974: Eheleute Holzingenieur Dieter-Ekhard Peter und Maria Erika, geb. Narbe, Meinhard-Grebbendorf, Eschweger Straße 21.

Durch Vertrag vom 24. 9. 1973 ist Gütergemeinschaft vereinbart. Der Ehemann verwaltet das Gesamtgut.

3440 Eschwege, 26. 2. 1974 **Amtsgericht**

956

6 GR 658 — Neueintragung — 26. Febr. 1974: Eheleute Kaufmann Karl Heinrich Albert, genannt Karl-Heinz Hendrich und Marlies Martha Luise, geb. Hoch, Herleshausen-Willershausen, Hintergasse Nr. 45.

Durch Vertrag vom 17. Juli 1973 ist Gütertrennung vereinbart.

3440 Eschwege, 26. 2. 1974 **Amtsgericht**

957

73 GR 13 367: Diplom-Kaufmann Hans Deflev von Garnier und Anna Betina, geborene Schwarzkopf, Frankfurt am Main. Durch Ehevertrag vom 25. September 1973 ist Gütertrennung vereinbart.

73 GR 13 368: Maler und Lackierer Dieter Böttinger und Brigitte Sieglinde, geborene Kasten, Hattersheim am Main.

Durch Ehevertrag vom 12. November 1973 ist Gütertrennung vereinbart.

73 GR 13 369: Kaufmännischer Angestellter Klaus Dieter Rieth und Klothilde, geborene Reiner, Frankfurt am Main.

Durch Ehevertrag vom 3. Dezember 1973 ist Gütertrennung vereinbart.

73 GR 13 370: Baudekorateur Friedrich Lindemann und Marion, geborene Wengenroth, Frankfurt am Main.

Durch Ehevertrag vom 13. Dezember 1973 ist Gütertrennung vereinbart.

73 GR 13 371: Diplom-Kaufmann Dr. Karl Knebel und Renate, geborene Hoyer, Frankfurt am Main.

Durch Ehevertrag vom 14. Dezember 1973 ist Gütertrennung vereinbart.

73 GR 13 372: Prokurist Gert Franke und Renate, geborene Bandlow, Frankfurt am Main.

Durch Ehevertrag vom 4. Januar 1974 ist Gütertrennung vereinbart.

73 GR 13 373: Drogist Johannes Wagenzink und Helge, geborene Krull, Eschborn (Taunus).

Durch Ehevertrag vom 12. Dezember 1973 ist Gütertrennung vereinbart.

73 GR 13 374: Installateur Johann Gumbinger und Margot, geborene Born, Frankfurt am Main.

Durch Ehevertrag vom 28. September 1973 ist Gütertrennung vereinbart.

73 GR 13 375: Kaufmann Klaus Erwin Winterwerber und Eva Maria, geborene Schwarzer, Frankfurt am Main.

Durch Ehevertrag vom 31. August 1973 ist Gütertrennung vereinbart.

73 GR 13 376: Student Olaf Düring und Ingrid, geborene Franke, Frankfurt am Main.

Durch Ehevertrag vom 23. November 1973 ist Gütertrennung vereinbart.

73 GR 13 377: Kaufmann Günter Werner Bernhard Theodor Janz und Dora Anna, geborene Gluth, Frankfurt am Main.

Durch Ehevertrag vom 21. Januar 1974 ist Gütertrennung vereinbart.

73 GR 13 378: Kaufmann Monick Lewitan und Sarah, geborene Natan, Frankfurt am Main.

Durch Ehevertrag vom 3. Januar 1974 ist Gütertrennung vereinbart.

73 GR 13 379: Installationsmeister Hans Scherr und Helene, geborene Doppler, Frankfurt am Main.

Durch Ehevertrag vom 7. Dezember 1973 ist Gütertrennung vereinbart.

73 GR 13 380: Obergerichtsvollzieher Karl Jung und Marie-Luise, geborene Seib, Frankfurt am Main.

Durch Ehevertrag vom 21. Januar 1974 ist Gütertrennung vereinbart.

73 GR 13 381: Steuergehilfe Wernfried Wolfgang Günter Langer und Ursula Gertrud, geborene Müller, Frankfurt am Main.

Durch Ehevertrag vom 10. September 1973 ist Gütertrennung vereinbart.

73 GR 13 382: Kaufmann Fritz Göder und Irma, geborene Lehrke, Frankfurt am Main.

Durch Ehevertrag vom 21. Dezember 1973 ist Gütertrennung vereinbart.

73 GR 6729 A: Kaufmann Rolf Theile und Hede, geborene Daub, Frankfurt am Main.

Durch Ehevertrag vom 20. Dezember 1973 ist die Gütertrennung aufgehoben.

73 GR 10 880: Kaufmann Samuel Leon Knebel und Berendina Johanna, geborene Bruil, Frankfurt am Main.

Durch Ehevertrag vom 10. Dezember 1973 ist die Gütertrennung aufgehoben.

6000 Frankfurt am Main, 4. 3. 1974 **Amtsgericht, Abt. 73**

958

GR 1907 — 19. 2. 1974: Westphal, Jürgen Kurt, kaufmännischer Angestellter, Westphal geb. Störm, Christa, Sekretärin, beide Niddatal 1, Jahnstraße 12.

Gütertrennung durch Vertrag vom 22. November 1973.

6360 Friedberg/H., 19. 12. 1974 **Amtsgericht**

959

GR 1908 — 28. 2. 1974: Dr. Rupp, Heinz, Steuerberater, Diplomkaufmann, Rupp geb. Veith, Helga, beide 636 Friedberg/H., Birkenstraße 38.

Gütertrennung durch Vertrag vom 27. 12. 1973.

GR 1909 — 28. 2. 1974: Schuster, Manfred, Werkzeugmacher, Schuster, geb. König, Karin Berta, beide Niddatal 1. Bruchenerstraße 20.

Gütertrennung durch Vertrag vom 22. 11. 1973.

6360 Friedberg/H., 28. 2. 1974 **Amtsgericht**

960

GR 1910 — 6. 3. 1974: Musch Helmut Ernst August, Verkaufleiter, Musch, geb. Westerin, Ingrid Katarina, beide in Rosbach 1, Taunusblick 5.

Gütertrennung durch Vertrag v. 18. 7. 1973.

6360 Friedberg/H., 6. 3. 1974 **Amtsgericht**

961

GR 1911 — 6. 3. 1974: Lebeau, Albert Georg, Heizungsbauer, Lebeau, geb. Rohé, Luise, beide in Friedberg/Hessen 3, Wetterauer Straße 91.

Gütertrennung durch Vertrag vom 19. 10. 1973.

6360 Friedberg/H., 6. 3. 1974 **Amtsgericht**

962

GR 402 — Neueintragung: Fahrlehrer Peter Leonard Bares in Freigericht, Ortsteil Neuses, Rhönstr. 3, und Gisela Erna Maria, geb. Zutz.

Durch Vertrag vom 29. November 1973 ist Gütertrennung vereinbart.

6460 Gelnhausen, 25. 2. 1974 **Amtsgericht**

963

GR 2155 — 28. 2. 1974: Wolfgang Würtele, Automobilkaufmann und Hannelore Würtele, geb. Amann, beide in Gießen, Marburger Straße 63.

Durch Vertrag vom 4. Dez. 1973 ist Gütertrennung vereinbart.

6300 Gießen, 5. 3. 1974 **Amtsgericht**

964

GR 296: Schardt, Fridolin, Kaufmann, und Gertrud geb. Stiesy, beide wohnhaft in Dornburg-Frickhofen, Bahnhofstraße 16.

Durch Ehevertrag vom 4. Januar 1974 ist Gütertrennung vereinbart.

GR 297: Scheuer, Wilhelm, Postoberverwalter, geb. am 26. 10. 1929, und Margaretha geb. Michel, geb. am 25. 9. 1932, beide wohnhaft in Elz, Schulstraße 7.

Durch Ehevertrag vom 30. Januar 1974 ist Gütergemeinschaft vereinbart.

6253 Hadamar, 21. 2. 1974 **Amtsgericht**

965

41 GR 1501 — Neueintragung — 16. 2. 1974: Eheleute Versicherungskaufmann Karl Buttler und Alma, geb. Kircher, in

Hanau haben durch Vertrag vom 20. 12. 1973 Gütertrennung vereinbart.
6450 Hanau, 21. 2. 1974

Amtsgericht, Abt. 41

966

GR 285 — Veränderung — 27. Februar 1974: Eheleute kaufm. Angestellte Werner Breyer und Heidrun Breyer, geb. Täger, Burg/Dillkreis, Schlesische Str. 31.

Die Gütertrennung ist durch Vertrag vom 28. Dezember 1973 aufgehoben und der gesetzliche Güterstand der Zugewinnsgemeinschaft vereinbart.

6348 Herborn, 27. 2. 1974

Amtsgericht

967

GR 262 — Neueintragung — 26. 2. 1974: Eheleute Stadtammann Willibald Oehl und Elke, geb. Ernst, in Reinhardshagen I, Prof.-Weber-Str. 18.

Durch Vertrag vom 25. Januar 1974 ist Gütertrennung vereinbart.

3520 Hofgeismar, 27. 2. 1974

Amtsgericht

968

GR 263 — Neueintragung — 7. 3. 1974: Ehegatten Elektriker Erwin Reith und Helga Reith-Steinecke, geb. Steinecke, in Karlshafen, C.-D.-Stunz-Weg.

Durch Vertrag vom 6. Dezember 1973 ist Gütertrennung vereinbart.

3520 Hofgeismar, 11. 3. 1974

Amtsgericht

969

GR 556: Eheleute Maurer Hermann Dietz und Rosemarie, geb. Goldbach, beide in Hünfeld, Stadtteil Mackenzell, Klingelweg 4.

Durch Vertrag vom 15. Januar 1974 ist Gütergemeinschaft vereinbart. Die Ehegatten verwalten das Gesamtgut gemeinschaftlich.

6418 Hünfeld, 16. 2. 1974

Amtsgericht

970

GR 557: Eheleute Schlosser Stefan Hohmann und Edeltrud Anna, geb. Kiel, beide in Eiterfeld, Ortsteil Ufhausen, Haus-Nr. 72.

Durch Vertrag vom 30. Januar 1974 ist Gütergemeinschaft vereinbart. Die Ehegatten verwalten das Gesamtgut gemeinschaftlich.

6418 Hünfeld, 27. 2. 1974

Amtsgericht

971

GR 558: Eheleute Zimmermann Edgar Müller und Elfriede, geb. Koch, beide in Burghaun — OT Langenschwarz, Schlitzer Straße 4.

Durch Vertrag vom 28. 12. 1973 ist Gütergemeinschaft vereinbart. Die Ehegatten verwalten das Gesamtgut gemeinschaftlich.

6418 Hünfeld, 1. 3. 1974

Amtsgericht

972

GR 1577 — 14. 12. 1973: Oehl, Walter, Kaufmann, Kassel, und Eveline Elly Luise, geborene Gandraß.

Gütertrennung durch Vertrag vom 4. 9. 1973.

GR 1577 A — 9. 1. 1974: Beyer, Günther Horst, Sparkassenangestellter, Kassel, und Karin Luise, geborene Völker. Gütertrennung durch Vertrag vom 22. 11. 1974.

GR 1578 — 9. 1. 1974: Jäger, Horst, Schreinermeister, Fuldaabrück-Dütershausen, und Ingrid Martha, geborene Horn. Gütertrennung durch Vertrag vom 26. 10. 1973.

GR 1578 A — 9. 1. 1974: Morneweg, Kurt Ernst-Karl, Studioteiler, Kassel, und Annelie Margarete, geb. Baehr.

Gütertrennung durch Vertrag vom 15. 9. 1973.

GR 1579 — 9. 1. 1974: Kern, Günther, Euard, Ingenieur in Kassel, und Mariana Melanie Elisabeth Christine, geb. Weber.

Gütertrennung durch Vertrag vom 19. 12. 1973.

GR 1579 A — 1. 2. 1974: Unsinn, Rolf-Dieter Fritz Wilhelm, Student in Kassel, und Johanna Gertrud, geb. Ungrund.

Gütertrennung durch Vertrag vom 13. 11. 1973.

GR 1580 — 1. 2. 1974: Peters, Jürgen Werner, Kaufmann, in Fuldatal-Ihringshausen, und Ingrid Karin Elisabeth, geb. Textor.

Gütertrennung durch Vertrag vom 26. 11. 1973.

GR 1580 A — 1. 2. 1974: Müller, Heinrich Manfred, Kaufmann in Vellmar II, und Edeltraud Elise, geb. Schlieder.

Gütertrennung durch Vertrag vom 4. 12. 1973.

GR 1581 — 1. 2. 1974: Fabian, Franz, Kaufmännischer Angestellter in Kassel, und Brigitte Elfriede, geb. Neuhaus.

Gütertrennung durch Vertrag vom 29. 11. 1973.

GR 1581 A — 1. 2. 1974: Steinbach, Rolf Wilhelm Heinz, Handelsvertreter in Kassel, und Mechthild, geb. Meier.

Gütertrennung durch Vertrag vom 18. 12. 1973.

GR 1582 — 11. 2. 1974: Sippe, Rainer Rolf Peter, Maschinenschlosser, Baunatal 4, und Karin Dorothea, geb. Grasmeder. Gütertrennung durch Vertrag vom 10. 12. 1973.

GR 1582 A — 11. 2. 1974: Backhausen, Karl-Heinz, Student, Kassel, und Marla Elisabeth Backhausen-Maibach, geb. Maibach.

Gütertrennung durch Vertrag vom 14. 12. 1973.

GR 1583 — 11. 2. 1974: Zahn, Wolfgang, Kaufmann, Kassel, und Heidi Margrit Erna, geb. Hinsche.

Gütertrennung durch Vertrag vom 20. 12. 1973.

GR 1583 A — 15. 2. 1974: Iske, Jörg, kaufmännischer Angestellter in Kassel, und Marion Martha Luise, geb. Musiklak.

Gütertrennung durch Vertrag vom 19. 11. 1973.

GR 1584 — 27. 2. 1974: Spohr, Paul Martin, Landschaftsgärtner, Kassel, und Richarda Anna Elisabeth, geb. Langrock.

Gütertrennung durch Vertrag vom 21. 12. 1973.

GR 1584 A — 27. 2. 1974: Bachmann, Herbert Julius Bernhard, Maschinenschlosser, Lohfelden, und Gunda Hilde, geborene Bringe.

Gütertrennung durch Vertrag vom 26. 6. 1973.

GR 1585 — 5. 3. 1974: Seim, Horst Heinrich, Kaufmann, Kassel, und Helga, geb. Walper.

Gütertrennung durch Vertrag vom 27. 11. 1973.

GR 1585 A — 5. 3. 1974: Boese, Horst Werner, Bauingenieur, Kassel-Wilh., und Hildegund Edeltraud Boese-Schönwald, geb. Schönwald.

Gütertrennung durch Vertrag vom 28. 12. 1973.

GR 458 — 11. 1. 1974: Dr. Fenner, Kuno, Diplom-Kaufmann und Wirtschaftsprüfer, Kassel, und Gertrud, geb. Götting.

Durch Vertrag vom 5. 11. 1973 ist die Gütergemeinschaft aufgehoben und Zugewinnsgemeinschaft vereinbart.

GR 818 — 6. 2. 1974: Reiß, Hans, Dipl.-Ing., Kassel, und Hildegard, geb. Claassen.

Durch Vertrag vom 11. 12. 1973 ist die Gütertrennung aufgehoben und Zugewinnsgemeinschaft vereinbart.

3500 Kassel, 7. 3. 1974

Amtsgericht

975

8 GR 749 — Neueintragung — 18. Februar 1974: Eheleute Kaufmann Horst Stein und Ursula Stein, geb. Millhoff, beide wohnhaft in Kronberg (Taunus) — Ortsteil Schönberg.

In der notariellen Urkunde vom 13. Dezember 1973 ist Gütertrennung vereinbart.

6240 Königstein, 27. 2. 1974

Amtsgericht

974

GR 466 — Neueintragung — Manfred Helmut Hugo Gutzeit, Landwirt in Freiensteinau-Nieder-Moos, und dessen Ehefrau Hilde Gutzeit geb. Komp, daselbst.

Durch Vertrag vom 19. 10. 1973 wurde Gütertrennung vereinbart.

6420 Lauterbach/Hessen, 18. 2. 1974

Amtsgericht

975

GR 488 — 26. 2. 1974: Kremer, Günter Wilhelm, Steinmetzmeister in Brechen, und Frieda Ida, geb. Hausenblas.

Durch notariellen Vertrag vom 5. Februar 1974 ist Gütertrennung vereinbart.

GR 489 — 27. 2. 1974 — Egenolf, Joachim, Bau-Ingenieur in Limburg, und Irene, geb. Bukur.

Durch notariellen Vertrag vom 12. 2. 1974 ist Gütertrennung vereinbart.

6250 Limburg, 26. 2. 1974

Amtsgericht

976

GR 490 — 6. März 1974: Schäfer, Karl-Hermann, Dachdecker, in Limburg-Ahlbach und Marianne, geb. Silbereisen.

Durch notariellen Vertrag vom 24. Nov. 1973 ist Gütergemeinschaft — gem. §§ 1413 BGB vereinbart.

6250 Limburg/Lahn, 5. 3. 1974

Amtsgericht

977

GR IV Nr. 156 — Neueintragung: Egon Georg Saul, Zimmermann und Fuhrunternehmer, Lützelbach — Ortsteil Haingrund, und dessen Ehefrau Hildegard Saul, geb. Seitz, daselbst.

Durch Vertrag vom 9. Januar 1974 ist Gütertrennung vereinbart.

6120 Michelstadt, 7. 3. 1974

Amtsgericht

978

GR 4351 — Neueintragung — 18. 2. 1974: Eheleute Walter, Josef Ludwig, und Viktoria geb. Mayr, in Offenbach am Main.

Durch notariellen Vertrag vom 18. 12. 1973 ist Gütergemeinschaft vereinbart. Das Gesamtgut wird gemeinsam verwaltet.

6050 Offenbach, 18. 2. 1974

Amtsgericht, Abt. 5

979

Rü GR 328a — Neueintragung — 13. Februar 1974: Eheleute Erwin Kestler und Marlies, geb. Fechner, Rüsselsheim, Georg-Treber-Str. 96.

Durch Vertrag vom 9. 11. 1973 ist Gütertrennung vereinbart.

6090 Rüsselsheim, 28. 2. 1974

Amtsgericht Groß-Gerau
Zweigstelle Rüsselsheim

980

GR 313 — In St.Anz. 7/1974 S. 335 — Nr. 575 — muß es richtig heißen: und Hannelore Hartmann, geb. Paff.

6390 Usingen, 10. 3. 1974.

Anzeigenabteilung

981

Neueintragungen
GR 3412 — 5. 2. 1974: Karl Scharnagel, Kellner, und Helge, geb. Ziegler, Verkäuferin, in Wiesbaden.

Durch Ehevertrag vom 7. Januar 1974 ist Gütertrennung vereinbart.

GR 3414 — 6. 2. 1974: Bernd Rennefert und Dagmar, geb. Bernauer, in Wiesbaden.
Durch Ehevertrag vom 11. Januar 1974 ist Gütertrennung vereinbart.
6200 Wiesbaden, 20. 2. 1974 **Amtsgericht**

982

GR 736: Eheleute Lehrer Udo Volck und Sybille Volck, geb. Lahmann, 633 Wetzlar, Hohe Straße 25.

Durch notariellen Vertrag des Notars Karl Braun in Wetzlar/L. vom 26. Oktober 1972 — Urkundenrolle Nr. 507/72 — ist Gütertrennung durch Ausschluß des gesetzlichen Güterstandes der Zugewinnngemeinschaft vereinbart worden.
6330 Wetzlar, 31. 1. 1974 **Amtsgericht**

983

GR 676: Eheleute Techniker Erhard Netz und Christa Netz, geb. Peipert, 6331 Hohenahr OT Groß-Altenstädten, Erdaer Straße 19.

Durch notariellen Vertrag des Notars Theodor Schäfer in Wetzlar vom 27. November 1973 — Urkundenrolle Nr. 1491/73 — ist der Güterstand der Gütergemeinschaft aufgehoben und an ihre Stelle der gesetzliche Güterstand der Zugewinnngemeinschaft vereinbart.
6330 Wetzlar, 11. 2. 1974 **Amtsgericht**

984

1 GR 14 — 11. 2. 1974: Eheleute Edwin Thiel und Liselotte Thiel geb. Brier, beide in 3501 Emstal 1, Berliner Straße 17.

Durch notarielle Verträge vom 11. 10. 1973 und 17. 12. 1973 ist die Gütertrennung mit Wirkung vom 1. 7. 1958 aufgehoben. Es ist der Güterstand der Zugewinnngemeinschaft vereinbart.
3549 Wolfhagen, 11. 2. 1974 **Amtsgericht**

Genossenschaftsregister**985**

GnR 92 — Veränderung — 6. 3. 1974: Erzeugergemeinschaft Qualitätsgetreide eingetragene Genossenschaft mit beschränkter Haftpflicht, Reinheim. Das Statut ist hinsichtlich des Gegenstands des Unternehmens geändert. Jetzt: Zusammenfassung der gesamten Produktion zum Zwecke eines gemeinsamen Angebots.
6110 Dieburg, 6. 3. 1974 **Amtsgericht**

Vereinsregister**986**

VR 366 — Neueintragung: Deutsche Tierwacht, Bad Hersfeld.
6430 Bad Hersfeld, 21. 2. 1974 **Amtsgericht**

987

VR 539 — 27. 2. 1974: Förderverein der Freiwilligen Feuerwehr Oberursel-Oberstedten mit Sitz in Oberursel, Stadtteil Oberstedten.

VR 540 — 27. 2. 1974: Freundeskreis St. Ursulakirche e. V. Oberursel mit Sitz in Oberursel/Ts.

VR 541 — 27. 2. 1974: Tennisclub Seulberg mit Sitz in Friedrichsdorf/Ts., Stadtteil Seulberg.
6380 Bad Homburg v. d. H., 1. 3. 1974 **Amtsgericht**

988

VR 297 — Neueintragung — 27. Februar 1974: SPORTCLUB ZORN mit dem Sitz in Heidenrod-Zorn.

6208 Bad Schwalbach, 18. 2. 1974 **Amtsgericht**

989

VR 298 — Neueintragung — 27. Februar 1974: Sportgemeinschaft Laufenselden mit dem Sitz in Heidenrod 2.

6208 Bad Schwalbach, 26. 2. 1974 **Amtsgericht**

990

VR 123 — Löschungen — 5. März 1974: Unterstützungs-Einrichtung der Firma Gebrüder Holighaus KG in Eiershausen.

Durch Beschluß des zuständigen Organs vom 24. 1. 1974 ist der Verein aufgelöst. Der Verein ist erloschen.

6340 Dillenburg, 5. 3. 1974 **Amtsgericht**

991

Neueintragungen (mit dem Sitz in Frankfurt am Main):

73 VR 6478 — 4. Februar 1974: Gesellschaft für Deutsch-Chinesische Freundschaft, Frankfurt am Main.

73 VR 6480 — 4. Februar 1974: Schwannheimer Billardclub.

73 VR 6486 — 19. Februar 1974: Slowenischer kultureller Bildungsverein „Sava“.

73 VR 6488 — 19. Februar 1974: Interessengemeinschaft der Lohnsteuerzahler Hessen.

73 VR 6489 — 19. Februar 1974: Kritische Union/RCDS.

73 VR 6490 — 19. Februar 1974: Freie Verbraucher Frankfurt.

73 VR 6491 — 19. Februar 1974: Carneval- und Gesellschafts-Club „Die Fidelen Eckenheimer“.

73 VR 6479 — 4. Februar 1974: Hattersheimer Tennisclub, Sitz: Hattersheim am Main.

73 VR 6487 — 19. Februar 1974: German Blue Shark Club, Sitz: Hofheim a. Ts.

73 VR 4171 — 19. Februar 1974: Verband katholischer Religionslehrer an berufsbildenden Schulen e. V., Landesverband Hessen, Sitz: Frankfurt am Main.

Der Verein ist aufgelöst.

73 VR 4303 — 7. Februar 1974: Arbeitsgemeinschaft Christ und Öffentlichkeit (ACÖ), Sitz: Frankfurt am Main.

Der Verein ist aufgelöst.
6000 Frankfurt am Main, 4. 3. 1974 **Amtsgericht, Abt. 73**

992

VR 412 — 28. 2. 1974: Förderkreis für die ärztliche Aus- und Fortbildung auf dem Gebiet der Prävention, Rehabilitation und Sozialmedizin, Bad Nauheim, Bad Nauheim.

VR 413 — 28. 2. 1974: Angelsportverein 1957 Nieder-Wöllstadt, Wöllstadt.
6360 Friedberg/H., 28. 2. 1974 **Amtsgericht**

993

VR 216 — Neueintragung — 11. Januar 1974: Keintierzuchtverein 1906 in Birkenau/Odw.

6149 Fürth/Odw., 11. 1. 1974 **Amtsgericht**

994

VR 402 — Neueintragung: Kultur-gemeinde Eidengesäß, eingetragener Verein in Linsengericht, Ortsteil Eidengesäß.
6460 Gelnhausen, 27. 2. 1974 **Amtsgericht**

995

VR 403 — Neueintragung: Gesangverein „Cäcilia“ 1884 Somborn eingetragener Verein Freigericht, Ortsteil Somborn.

6460 Gelnhausen, 27. 2. 1974 **Amtsgericht**

996

VR 1057: Angelsportverein Langendernbach e. V. Sitz: Langendernbach, Kreis Limburg/Lahn.

6253 Hadamar, 25. 2. 1974 **Amtsgericht**

997

41 VR 611 — Neueintragung — 19. 2. 1974: Kegelklub Einigkeit Mittelbuchen, Sitz: Mittelbuchen.

6450 Hanau, 19. 2. 1974 **Amtsgericht, Abt. 41**

998

41 VR 612 — Neueintragung — 19. 2. 1974: 1. JUDO-CLUB NIEDERDORFELDEN, Sitz: Niederdorfelden.

6450 Hanau, 19. 2. 1974 **Amtsgericht, Abt. 41**

999

41 VR 613 — Neueintragung — 22. 2. 1974: ELTERNINITIATIVE DÖRNIGHEIM, Sitz: Dörnigheim.

6450 Hanau/Main, 22. 2. 1974 **Amtsgericht, Abt. 41**

1000

VR 291 — Neueintragung — 28. Februar 1974: Tennis-Club Sinn e. V. in Sinn/Dillkreis. Sitz: Sinn/Dillkreis.

Die Satzung ist am 19. Oktober 1973 erichtet.

6348 Herboren, 28. 2. 1973 **Amtsgericht**

1001

VR 1299 — 19. 12. 1973: Turn- und Sportverein 1922 Hertingshausen, Sitz Hertingshausen.

VR 1300 — 11. 1. 1974: Verein zur Förderung von Politik, Unterhaltung, Bildung, Sitz Kassel.

VR 1301 — 11. 1. 1974: SCHULFORUM, Sitz Kassel.

VR 736 — 11. 1. 1974: Bergbauverein Hessen, Sitz Kassel.

Durch Beschluß der Mitgliederversammlung vom 27. August 1973 ist der Verein aufgelöst.

VR 740 — 15. 2. 1974: Arbeitgeberverband des Hessischen Braunkohlenbergbaus, Sitz Kassel.

Die Mitgliederversammlung vom 27. August 1973 hat die Auflösung des Vereins mit Wirkung vom 31. Januar 1974 beschlossen.

VR 1156 — 11. 1. 1974: Griechischer Arbeiterverein Kassel und Umgebung, Sitz Kassel.

Dem Verein wurde durch Beschluß des Amtsgerichts Kassel vom 5. November 1973 gemäß § 73 BGB die Rechtsfähigkeit entzogen.

3500 Kassel, 8. 3. 1974 **Amtsgericht**

1002

8 VR 483 — Neueintragung — 27. Febr. 1974: Skiclub Kelkheim e. V. in Kelkheim (Taunus).

6240 Königstein, 27. 2. 1974 **Amtsgericht**

1003

5 VR 330 — Neueintragung — 11. 3. 1974: Reit- und Fahrverein Riedrode, 6842 Büstadt-Riedrode.

6840 Lampertheim, 11. 3. 1974 **Amtsgericht**

1004

5 VR 331 — Neueintragung — 11. 3. 1974: Steuerberatungsverein für Arbeitnehmer Lampertheim, 684 Lampertheim.

6840 Lampertheim, 11. 3. 1974 **Amtsgericht**

1005

VR 189 — Neueintragung: Heimat- und Verkehrsverein, 3509 Morschen, Ortsteil Wichte.

3508 Melsungen, 28. 2. 1974 **Amtsgericht**

1006

5 VR 895 und 5 VR 894. — In StAnz. 10/1974 — Nr. 854 — muß es richtig heißen:
6050 Offenbach/M., 20. 2. 1974 (statt Offenburg).
6050 Offenbach/M., 10. 3. 1974.

Anzeigenabteilung

1007

VR 1631 — Löschung — 1. 2. 1974: Wiesbadener Automobil Sport Club 1969, Wiesbaden.

Durch Beschluß der Mitgliederversammlung vom 3. Dezember 1973 ist der Verein aufgelöst.

6200 Wiesbaden, 20. 2. 1974

Amtsgericht, Abt. 22

Liquidationen

1008

Bekanntmachung:

Die IDS Informations- und Datensysteme Verwaltungsgesellschaft mbH, Frankfurt am Main, Mendelssohnstr. 53, ist aufgelöst. Die Gläubiger der Gesellschaft werden aufgefordert, sich bei ihr zu melden.

6000 Frankfurt am Main, 28. 2. 1974

Der Liquidator der IDS
Informations- und Datensysteme
Verwaltungsgesellschaft mbH
Berthold Müller

Vergleiche — Konkurse

1009

61 N 17/74 — Konkursverfahren: Über das Vermögen der Firma Autohaus Ernst Becker KG, 61 Darmstadt, Sensfelderweg Nr. 35, wird heute, am 27. Februar 1974, 12.00 Uhr, Konkurs eröffnet, da die Firma zahlungsunfähig ist.

Konkursverwalter: Rechtsanwalt Bernhard Cohausz, 61 Darmstadt-Eberstadt, Jakobstr. 1, Tel.: 5 14 79.

Konkursforderungen sind bis zum 12. April 1974 beim Gericht, zweifach, anzumelden.

Termin zur Beschlußfassung über Beibehaltung des ernannten oder Wahl eines neuen Verwalters, Wahl eines Gläubigerausschusses und eintretendenfalls über die in §§ 132, 134 und 137 der Konkursordnung bezeichneten Gegenstände: Mittwoch, den 10. April 1974, 9.00 Uhr, Zimmer 418 (Erdgeschoß) und Termin zur Prüfung angemeldeter Forderungen und evtl. zur Einstellung des Verfahrens mangels Masse (§ 204 KO): Donnerstag, den 9. Mai 1974, 9.00 Uhr, Zimmer 504 (I. Stock), vor dem Amtsgericht in 61 Darmstadt, Mathildensplatz 12.

Wer eine zur Konkursmasse gehörige Sache besitzt oder zur Konkursmasse etwas schuldet, darf nichts an den Schuldner verabfolgen oder leisten und muß den Besitz der Sache und die Forderungen, für die er aus der Sache abgesonderte Befriedigung verlangt, dem Verwalter bis zum 20. März 1974 anzeigen. Post- und Telefonsperre wird angeordnet. Zur Hinterlegungsbank wird die Deutsche Bank, Filiale Darmstadt, bestimmt.

6100 Darmstadt, 27. 2. 1974

Amtsgericht, Abt. 61

1010

81 N 210/73 — Beschluß: In dem Konkursverfahren über das Vermögen des RA Adolf F. Krzemien, 6 Frankfurt/Main, Berger Str. 48, und Klein-Ostheim, Hamburger Str. 23, wird zur Prüfung der nachträglich angemeldeten Forderungen Ter-

min auf den 29. März 1974, 10.30 Uhr, vor dem Amtsgericht in Frankfurt am Main, Gerichtsstr. 2, Geb. B, I. Stock, Saal 137, anberaumt.

6000 Frankfurt/Main, 28. 2. 1974

Amtsgericht, Abt. 81

1011

81 N 390/73 — Beschluß: Das Konkursverfahren über das Vermögen der Firma WERBEREGIE Gesellschaft mit beschränkter Haftung I. L., zuletzt Frankfurt/M., Melemstr. 12, wird nach Abhaltung des Schlußtermins hiermit aufgehoben.

6000 Frankfurt am Main, 1. 3. 1974

Amtsgericht, Abt. 81

1012

81 N 84/74 — Konkursverfahren: Über das Vermögen der Nestmann-Leuchten Gesellschaft mit beschränkter Haftung, 6 Frankfurt/M., Moselstraße 4, wird heute, am 1. März 1974, 13 Uhr, Konkurs eröffnet.

Konkursverwalter: Rechtsanwalt Harald Wamp, 6 Frankfurt/M., Roseggerstr. 10, Tel.: 56 29 71.

Konkursforderungen sind bis zum 30. März 1974, zweifach schriftlich, Zinsen mit dem bis zur Eröffnung errechneten Betrag bei Gericht anzumelden. Erste Gläubigerversammlung mit Tagesordnung nach §§ 80, 87 II, 132, 134, 137 KO am 9. April 1974, 11 Uhr, Prüfungstermin am 30. April 1974, 11 Uhr, vor dem Amtsgericht Frankfurt (Main), Gerichtsstr. 2, Gebäude B, I. Stockwerk, Zimmer Nr. 137.

Offener Arrest mit Anzeigepflicht bis 30. März 1974 ist angeordnet.

6000 Frankfurt/Main, 1. 3. 1974

Amtsgericht, Abt. 81

1013

81 N 564/73 — Konkursverfahren: Über das Vermögen der Frau Aloisia Drost, 6451 Bischofsheim, Königsberger Str. 23, alleinige Inhaberin der Firma Aloisia Drost — Automatenbetrieb —, 6451 Bischofsheim, Bahnhofstr. 37—39, wird heute, am 5. März 1974, 9.15 Uhr, Konkurs eröffnet.

Konkursverwalter: Rechtsanwalt Bernhard Hembach, 6 Frankfurt (M.), Große Bockenheimer Str. 23, Tel.: 28 53 26.

Konkursforderungen sind bis zum 2. April 1974, zweifach schriftlich, Zinsen mit dem bis zur Eröffnung errechneten Betrag bei Gericht anzumelden. Erste Gläubigerversammlung mit Tagesordnung nach §§ 80, 87 II, 132, 134, 137 KO am 9. April 1974, 12.00 Uhr, Prüfungstermin am 7. Mai 1974, 9.00 Uhr, vor dem Amtsgericht Frankfurt (Main), Gerichtsstraße 2, Gebäude B, I. Stockwerk, Zimmer Nr. 137.

Offener Arrest mit Anzeigepflicht bis 2. April 1974 ist angeordnet.

6000 Frankfurt/Main, 5. 3. 1974

Amtsgericht, Abt. 81

1014

81 N 103/74 — Konkursverfahren: Über das Vermögen der Capital Consultants Services, Vermögensberatungsgesellschaft mbH, 6 Frankfurt/M., Dreieichstr. 9, wird heute, am 5. März 1974, 9.15 Uhr, Konkurs eröffnet.

Konkursverwalter: Rechtsanwalt Dr. Peter Keller, 6 Frankfurt/M., Roßmarkt 25, Tel.: 28 49 24.

Konkursforderungen sind bis zum 10. April 1974, zweifach schriftlich, Zinsen mit dem bis zur Eröffnung errechneten Betrag bei Gericht anzumelden. Erste Gläubigerversammlung mit Tagesordnung nach §§ 80, 87 II, 132, 134, 137 KO am 2. April 1974, 10.00 Uhr, Prüfungstermin am 7. Mai 1974, 10.00 Uhr, vor dem Amts-

gericht Frankfurt (Main), Gerichtsstraße 2, Gebäude B, I. Stockwerk, Zimmer Nr. 137.

Offener Arrest mit Anzeigepflicht bis 10. April 1974 ist angeordnet.

6000 Frankfurt/Main, 5. 3. 1974

Amtsgericht, Abt. 81

1015

81 N 105/74 — Beschluß — Anschlußkonkursverfahren: Der Antrag der offenen Handelsgesellschaft in Firma Ludwig Würz & Söhne, 6 Frankfurt/Main-Niederad, Waldstr. 20—28, mit Betriebsstätte in 6843 Biblis (Hessen), Wattenheimer Str. 52, vom 6. Februar 1974, über ihr Vermögen das Vergleichsverfahren zur Anwendung des Konkurses zu eröffnen, wird abgelehnt.

Zugleich wird gemäß § 19, 102 der Vergleichsordnung heute, am 5. März 1974, 9.15 Uhr, das Anschlußkonkursverfahren über das Vermögen der Antragstellerin eröffnet.

Der Rechtsbeistand Helmut Burghardt, 6 Frankfurt am Main, Leerbachstr. 107, Tel.: 59 67 77, wird zum Konkursverwalter ernannt.

Konkursforderungen sind bis zum 3. April 1974, zweifach schriftlich, Zinsen mit dem bis zur Eröffnung errechneten Betrag bei Gericht anzumelden. Erste Gläubigerversammlung mit Tagesordnung nach §§ 80, 87 II, 132, 134, 137 KO am 9. April 1974, 14.00 Uhr, Prüfungstermin am 14. Mai 1974, 11.00 Uhr, vor dem Amtsgericht Frankfurt (Main), Gerichtsstr. 2, Gebäude B, I. Stockwerk, Zimmer Nr. 137.

Offener Arrest mit Anzeigepflicht bis 3. April 1974 ist angeordnet.

6000 Frankfurt/Main, 5. 3. 1974

Amtsgericht, Abt. 81

1016

42 N 10/74 — Beschluß: Auf Konkursantrag gegen Kauffrau Ilse Stephan, geb. Bernscheuer, 63 Gießen, persönlich haftende Gesellschafterin der Fa. H. Schaffstädt KG, Gießen-Wieseck, Teichweg 8, wird ein allgemeines Veräußerungsverbot erlassen.

6300 Gießen, 4. 2. 1974

Amtsgericht

1017

42 N 13/72 — Beschluß: In dem Konkursverfahren über das Vermögen des Kaufmanns Reinhold Sauerwein, wohnhaft in Lich, zur Zeit in Wiesbaden, Steubenstr. 3, ist Termin zur Beschlußfassung über die Abnahme der Schlußrechnung des seitherigen Konkursverwalters, die Beibehaltung des neuernannten oder die Wahl eines anderen Verwalters, zur Prüfung nachträglich angemeldeter Forderungen, zur Anhörung der Gläubigerversammlung über die Einstellung des Verfahrens mangels Masse (§ 204 KO) und gegebenenfalls Abnahme der Schlußrechnung des neuen Konkursverwalters bestimmt auf: Donnerstag, den 28. 3. 1974, 14.30 Uhr, Saal 205, 6300 Gießen, 1. 3. 1974

Amtsgericht

1018

42 N 16/72 — Beschluß: In dem Konkursverfahren über das Vermögen der Firma Maschinenbau- und Fördertechnik GmbH in Lich ist Termin zur Beschlußfassung über die Beibehaltung des neuernannten oder die Wahl eines anderen Verwalters, zur Prüfung nachträglich angemeldeter Forderungen und zur Anhörung der Gläubigerversammlung über die Einstellung des Verfahrens mangels Masse (§ 204 KO) bestimmt auf: Donnerstag, den 28. 3. 1974, 14.30 Uhr, Saal 205.

6300 Gießen, 1. 3. 1974

Amtsgericht

1019

42 VN 2/74 — Vergleichsverfahren: Fa. K. H. Backhaus KG, 63 Gießen, Klingelbachweg 12, vertreten durch Komplementärin Klima-, Heizungs- und Bautechnik GmbH in Gießen, diese vertreten durch ihren Geschäftsführer Karl-Heinz Backhaus in Gießen hat Vergleichsantrag zur Abwendung des Konkurses am 5. 3. 1974 gestellt.

Vorläufiger Vergleichsverwalter: Dipl.-Sozialwirt Egon Kretschmer, 3 Hannover, Roscherstr. 12.

Allgemeines Veräußerungsverbot seit 5. 3. 1974, 16.00 Uhr. Übergang der Kassenführung auf Verwalter. Verbindlichkeiten darf Schuldnerin nur mit Zustimmung des Verwalters eingehen.

6300 Gießen, 5. 3. 1974 **Amtsgericht**

1020

2 N 14/74 — Anschlusskonkursverfahren: Nach Ablehnung des Vergleichsverfahrens 2 VN 2/74 ist über das Vermögen der Firma **Recenia Textilwerk Max Boese KG**, 6096 Raunheim/Main, Kelsterbacher Str. Nr. 64, vertreten durch den persönlich haftenden Gesellschafter **Max Boese**, 6 Frankfurt/Main, Niederräder Landstraße 36, am 7. März 1974, 10.30 Uhr, das Anschlusskonkursverfahren eröffnet worden. Konkursverwalter: Rechtsanwalt Dr. Helmut Krausser, 6 Frankfurt/Main, Mendelssohnstraße 94. Erste Gläubigerversammlung: 4. 4. 1974, 10.00 Uhr. Prüfungstermin: 17. 5. 1974, 10.00 Uhr, im Amtsgericht — Arbeitsamtsgebäude — Oppenheimer Str. 4, Sitzungssaal. Offener Arrest ist erlassen. Anzeigepflicht bis 31. 3. 1974.

6080 Groß-Gerau, 7. 3. 1974 **Amtsgericht**

1021

42 N 17/74 — Konkursverfahren: Über das Vermögen des Steuerberaters **Wolfgang Ludwig**, 6450 Hanau, Hainstr. 28, wird heute, am 25. Februar 1974, 11.30 Uhr, Konkurs eröffnet, da der Schuldner zahlungsunfähig ist.

Konkursverwalter: Rechtsanwalt und Notar Dr. Günther Gottschlich, Hanau, Römerstraße 1.

Konkursforderungen sind bis zum 8. April 1974 beim Gericht, zweifach, anzumelden. Termin zur Beschlussfassung über Beibehaltung des ernannten oder Wahl eines neuen Verwalters, Wahl eines Gläubigerausschusses und eintretendenfalls über die in §§ 132, 134 und 137 der Konkursordnung bezeichneten Gegenstände: 10. April 1974, 14.00 Uhr, und Termin zur Prüfung angemeldeter Forderungen: 2. Mai 1974, 14.00 Uhr, vor dem Amtsgericht in Hanau, Nußallee 17, Erdgeschoß, Zimmer 18.

Wer eine zur Konkursmasse gehörige Sache besitzt oder zur Konkursmasse etwas schuldet, darf nichts an den Schuldner verabfolgen oder leisten und muß den Besitz der Sache und die Forderungen, für die er aus der Sache abgesonderte Befriedigung verlangt, dem Verwalter bis zum 8. April 1974 anzeigen. Post- und Telefonsperre wird angeordnet.

6450 Hanau, 25. 2. 1974

Amtsgericht, Abt. 42

1022

42 N 131/73: In dem Konkursverfahren über das Vermögen des **Werkzeugmachers Helmut Werner Klein**, 6451 Großkrotzenburg, Albert-Einstein-Str. 3, wird erneuter Termin zur Beschlussfassung über die Beibehaltung des ernannten oder Wahl eines neuen Verwalters, Wahl eines Gläubigerausschusses und eintretendenfalls über die in §§ 132, 134 und 137 der

Konkursordnung bezeichneten Gegenstände bestimmt auf den 16. April 1974, 14.00 Uhr (zugleich mit dem Prüfungstermin) vor dem Amtsgericht Hanau, Nußallee 17, Zimmer 18.

6450 Hanau, 27. 2. 1974

Amtsgericht, Abt. 42

1023

42 N 100/73 — Konkursverfahren: Über das Vermögen der Fa. **HOGA Bau-GmbH, Langenselbold**, Industriestraße 14 — Geschäftsführer **Robert Hartmann, Langenselbold**, Oberdorfstr. 62, wird heute, am 1. März 1974, 12.00 Uhr, Konkurs eröffnet, da die Schuldnerin zahlungsunfähig ist.

Konkursverwalter: Rechtsanwalt Dr. Gottfried Wollweber, Hanau, Hospitalstr. 2.

Konkursforderungen sind bis zum 8. April 1974 beim Gericht, zweifach, anzumelden. Termin zur Beschlussfassung über Beibehaltung des ernannten oder Wahl eines neuen Verwalters, Wahl eines Gläubigerausschusses und eintretendenfalls über die in §§ 132, 134 und 137 der Konkursordnung bezeichneten Gegenstände: 11. April 1974, 14.00 Uhr, und Termin zur Prüfung angemeldeter Forderungen: 8. Mai 1974, 14.00 Uhr, vor dem Amtsgericht in Hanau, Nußallee 17, Erdgeschoß, Zimmer Nr. 18.

Wer eine zur Konkursmasse gehörige Sache besitzt oder zur Konkursmasse etwas schuldet, darf nicht an den Schuldner verabfolgen oder leisten und muß den Besitz der Sache und die Forderungen, für die er aus der Sache abgesonderte Befriedigung verlangt, dem Verwalter bis zum 8. April 1974 anzeigen. Post- und Telefonsperre wird angeordnet.

6450 Hanau, 1. 3. 1974

Amtsgericht, Abt. 42

1024

2 N 24, 25/72: In den Konkursverfahren über das Vermögen

a) der Firma **G. Schneider KG in Herborn**.
b) der persönlich haftenden Gesellschafterin der Schuldnerin zu a), **Frau Gerda Schneider, geb. Hartwig, Herborn**, Hombergweg,

wird zur Anhörung der Gläubiger über die Anregung des Konkursverwalters auf Einstellung des Verfahrens mangels Masse (§ 204 KO), zur Prüfung der nachträglich angemeldeten Forderungen und gegebenenfalls zur Abnahme der Schlußrechnung Termin auf Freitag, den 27. September 1974, 9.00 Uhr, vor dem Amtsgericht in Herborn, Westerwaldstraße 16, Zimmer 20, bestimmt.

Der auf den 22. 3. 1974 vertagte Forderungsprüfungstermin wird aufgehoben.

6348 Herborn, 28. 2. 1974 **Amtsgericht**

1025

2 N 22/72: In dem Konkursverfahren über das Vermögen des **Kaufmanns Horst Schneider, zuletzt wohnhaft in Bischoffen, Kreis Biedenkopf**, mit gewerblicher Hauptniederlassung in Herborn wird zur Anhörung der Gläubiger über die Anregung des Konkursverwalters auf Einstellung des Verfahrens mangels Masse (§ 204 KO), zur Prüfung der nachträglich angemeldeten Forderungen und gegebenenfalls zur Abnahme der Schlußrechnung Termin auf Freitag, den 27. September 1974, 9.00 Uhr, vor dem Amtsgericht in Herborn, Westerwaldstraße 16, Zimmer 20, bestimmt.

Der auf den 22. 3. 1974 vertagte Forderungsprüfungstermin wird aufgehoben.

6348 Herborn, 8. 3. 1974 **Amtsgericht**

1026

65 N 23/73: In dem Konkursverfahren über das Vermögen der Firma **Ernst Reformhäuser Kommanditgesellschaft, Kassel**, Frankfurter Straße 69, vertreten durch den persönlich haftenden Gesellschafter **Gerhard Ernst**, ist Termin zur Prüfung der nachträglich angemeldeten Forderungen, zur Beschlussfassung der Gläubigerversammlung über die Bestellung eines Gläubigerausschusses und die Wahl seiner Mitglieder und zur Beschlussfassung über die Genehmigung der Veräußerung des Geschäfts der Gemeinschuldnerin im ganzen auf den 12. Juni 1974, 9.30 Uhr, vor dem Amtsgericht Kassel, Saal 106, bestimmt worden.

3500 Kassel, 6. 3. 1974

Amtsgericht, Abt. 65

1027

65 VN 6/73 — Vergleichsverfahren: Über das Vermögen des **Herrn Karl Heinz Schneider, Inhaber der handelsgerichtlich eingetragenen Firma Schneider-Felle, Kassel**, Die Freiheit 10, ist am 7. März 1974, 9.20 Uhr, das Vergleichsverfahren zur Abwendung des Konkurses eröffnet worden.

Vergleichsverwalter: Rechtsanwalt **Reinold Gnielinski**, 35 Kassel, Obere Königsstraße 13.

Vergleichstermin: am 23. April 1974, 9.00 Uhr, vor dem Amtsgericht in Kassel, Frankfurter Straße 9, Zimmer 143 (Saalbau).

Die Gläubiger werden aufgefordert, ihre Forderungen alsbald anzumelden. Der Antrag auf Eröffnung des Verfahrens nebst seinen Anlagen — und das Ergebnis der weiteren Ermittlungen sind auf der Geschäftsstelle zur Einsicht der Beteiligten niedergelegt.

3500 Kassel, 7. 3. 1974

Amtsgericht, Abt. 65

1028

65 N 78/73: In dem Konkursverfahren über das Vermögen des **Schreinermeisters Adolf Lauterbach, Kaufungen 2, Leipziger Str. 12**, ist Termin zur Prüfung der nachträglich angemeldeten Forderungen auf den 21. Mai 1974, 11.00 Uhr, vor dem Amtsgericht Kassel, Zimmer 143 (Saalbau), bestimmt worden.

3500 Kassel, 11. 3. 1974

Amtsgericht, Abt. 65

1029

5 N 4/67 — Beschluß: In dem Konkursverfahren über das Vermögen der handelsgerichtlich eingetragenen Firma **Franz Schmitz, Lacke — Farben — Malerwerkzeuge für Gewerbe und Industrie in Marburg/Lahn**, jetzt in Stadt Allendorf, vertreten durch ihren persönlich haftenden Gesellschafter, **Kaufmann Franz August Schmitz**, in Marburg/Lahn, Steinweg 12, ist an Stelle des verstorbenen bisherigen Konkursverwalters, Rechtsanwalt **Erwin Schullerus, Kirchhain**, die Rechtsanwältin **Gabriele Schullerus, Kirchhain**, zum Konkursverwalter ernannt worden.

Es wird zur Beschlussfassung über die Beibehaltung der Ernannten oder die Wahl eines anderen Verwalters sowie zur Prüfung der nachträglich angemeldeten Forderungen Termin auf Mittwoch, den 17. April 1974, 10.00 Uhr, in Zimmer 20 anberaumt.

3575 Kirchhain, 5. 3. 1974

Amtsgericht

1030

9 N 70/73 — Konkursverfahren: Über das Vermögen der **Frau Hannelore Treutel**, 6233 Kelkheim/Taunus, Frankfurter Straße Nr. 133, wird heute, am 1. März 1974, 12.00

Uhr, das Konkursverfahren eröffnet, da das Bankhaus J. P. Roesle u. Co., 6 Frankfurt am Main 1, Friedensstraße 11, Antrag auf Eröffnung des Konkursverfahrens gestellt und glaubhaft gemacht hat, daß ihm gegen die Gemeinschuldnerin eine Forderung aus Darlehensvertrag in Höhe von 5204,97 DM nebst Verzugszinsen zustehe. Nach den angestellten Ermittlungen ist die Schuldnerin zahlungsunfähig.

Konkursverwalter: Rechtsanwalt Bernhard Hembach, 6 Frankfurt am Main, Gr. Bockenheimer Str. 23.

Konkursforderungen sind bis zum 10. April 1974 beim Gericht in doppelter Ausfertigung anzumelden. Zinsen sind bis heute auszurechnen und ziffernmäßig anzumelden.

Termin zur Beschlußfassung über Beibehaltung des ernannten oder Wahl eines neuen Verwalters, Wahl eines Gläubigerausschusses und eintretendenfalls über die in §§ 132, 134 und 137 der Konkursordnung bezeichneten Gegenstände: Freitag, den 19. April 1974, 10.00 Uhr, und Termin zur Prüfung angemeldeter Forderungen: Donnerstag, den 25. April 1974, 10.00 Uhr, vor dem Amtsgericht in Königstein/Ts., Nebengebäude Georg-Pingler-Str. 19, Sitzungssaal.

Wer eine zur Konkursmasse gehörige Sache besitzt oder zur Konkursmasse etwas schuldet, darf nichts an die Schuldnerin verfolgen oder leisten und muß den Besitz der Sache und die Forderungen, für die er aus der Sache abgesonderte Befriedigung verlangt, dem Verwalter bis zum 1. 5. 1974 anzeigen.

6240 Königstein, 1. 3. 1974 **Amtsgericht**

1031

7 N 13 67 — **Beschluß:** In dem Konkursverfahren über das Vermögen der **Maschinenfabrik A. Sahn OHG in Lampertheim**, Moltkestr. 3—7, wird zur Anhörung der Gläubiger über die Anregung des Konkursverwalters auf Einstellung des Verfahrens mangels Masse (§ 204 KO), zur Prüfung der nachträglich angemeldeten Forderungen, gegebenenfalls zur Abnahme der Schlußrechnung, Termin auf: Freitag, 5. 4. 1974, 9.00 Uhr, Zimmer 17, vor dem unterzeichneten Gericht bestimmt.

6840 Lampertheim, 20. 2. 1974 **Amtsgericht**

1032

3 N 4 74 — **Konkursverfahren:** Über das Vermögen der Firma **E. Ferdinand Wiedmann OHG, Metallwarenfabrik mit dem Sitz in 6079 Sprendlingen, Otto-Hahn-Straße 36; pers. haft. Gesellschafter: die Kaufleute Carlo Wiedmann in 6 Frankfurt/M., Nansenweg 14, und Egon Wiedmann in 6071 Götzenhain, Am alten Berg Nr. 21**, ist am 27. Februar 1974, 12.00 Uhr, Konkurs eröffnet.

Konkursverwalter: RA Axel Mönch, 607 Langen, Bahnstr. 1.

Konkursforderungen sind bis 29. 4. 1974, zweifach schriftlich — Zinsen berechnet bis zur Eröffnung —, bei Gericht anzumelden. Termin zur Beschlußfassung über die Beibehaltung des ernannten oder Wahl eines neuen Verwalters, Wahl eines Gläubigerausschusses und eintretendenfalls die in §§ 132, 134, 137 Konkursordnung bezeichneten Gegenstände: 8. April 1974, 10.00 Uhr. Termin zur Prüfung angemeldeter Forderungen: 13. Mai 1974, 10.00 Uhr, vor dem Amtsgericht, Darmstädter Str. 27, Saal 20.

Wer eine zur Konkursmasse gehörige Sache besitzt oder zur Konkursmasse etwas schuldet, darf nichts an den Schuldner verfolgen oder leisten und muß den Besitz der Sache und die Forderungen, für

die er aus der Sache abgesonderte Befriedigung verlangt, dem Verwalter bis zum 29. April 1974 anzeigen.

6070 Langen/Hessen, 27. 2. 1974 **Amtsgericht**

1033

3 N 5/74 — **Nachlaßkonkursverfahren:** Über den Nachlaß des **Friedrich Kiefer, Dreieichenhain**, ist am 6. März 1974, 9.00 Uhr, Konkurs eröffnet.

Konkursverwalter: Rechtsbeistand Hans-Joachim Henckel, 6079 Sprendlingen, Dreieichstr. 9.

Konkursforderungen sind bis 7. 5. 1974, zweifach schriftlich — Zinsen berechnet bis zur Eröffnung —, bei Gericht anzumelden. Termin zur Beschlußfassung über die Beibehaltung des ernannten oder Wahl eines neuen Verwalters, Wahl eines Gläubigerausschusses und eintretendenfalls die in §§ 132, 134, 137 Konkursordnung bezeichneten Gegenstände: 16. April 1974, 14.30 Uhr, Termin zur Prüfung angemeldeter Forderungen: 27. Mai 1974, 10.00 Uhr, vor dem Amtsgericht, Darmstädter Str. 27, Saal 20.

Wer eine zur Konkursmasse gehörige Sache besitzt oder zur Konkursmasse etwas schuldet, darf nichts an den Schuldner verfolgen oder leisten und muß den Besitz der Sache und die Forderungen, für die er aus der Sache abgesonderte Befriedigung verlangt, dem Verwalter bis zum 7. Mai 1974 anzeigen.

6070 Langen, 6. 3. 1974 **Amtsgericht**

1034

7 VN 2/74 — **Vergleichsverfahren:** Über das Vermögen des Kaufmanns **Friedrich Bartholomae, Inhaber des Bekleidungs-geschäfts „Mutter und Kind“ in Limburg (Lahn)**, Diezer Str. 2, ist am 8. März 1974, 12.50 Uhr, das Vergleichsverfahren zur Abwendung des Konkurses eröffnet worden.

Vergleichsverwalter: Rechtsanwalt Gerd Lawall, Limburg, Werner-Senger-Straße Nr. 25.

Vergleichstermin: 11. April 1974, 14.00 Uhr, Saal 14, des Amtsgerichts Limburg in Limburg/Lahn, Schiede 14.

Die Gläubiger werden aufgefordert, ihre Forderungen alsbald zweifach anzumelden. Eröffnungsantrag nebst Anlagen und das Ermittlungsergebnis liegen auf Zimmer 18 zur Einsicht der Beteiligten auf. Über Vermögensgegenstände darf der Schuldner nur mit Zustimmung des Vergleichsverwalters verfügen. Verbindlichkeiten darf er nur mit dessen Zustimmung eingehen.

6250 Limburg, 8. 3. 1974 **Amtsgericht**

1035

7 VN 1/74 — **Vergleichsverfahren:** In der Vergleichsantragssache der Firma **G K H Grün, Betonstahlhandel KG, Offenbach (Main)**, Nordring 117—119, vertreten durch die persönlich haftende Gesellschafterin, die Firma **Grün-Betonstahlhandel GmbH**, daselbst, diese wiederum vertreten durch den Geschäftsführer, den Kaufmann **Jochen Grün, 6 Frankfurt/M., Lerchesberg-ring 43**, werden das allgemeine Veräußerungsverbot und die Verfügungsbeschränkungen vom 4. Februar 1974 sowie die Bestellung des vorläufigen Vergleichsverwalters **Karl Polkin** und die Bestellung des Gläubigerbeirats aufgehoben, da die Schuldnerin ihren Vergleichsantrag am 4. März 1974 zurückgenommen hat.

6050 Offenbach/M., 5. 3. 1974 **Amtsgericht**

1036

62 N 11/72 — **Beschluß:** In dem Konkursverfahren über das Vermögen der **Kauf-frau Anna-Luise Gantz, Inhaberin der**

Firma **Winter & Co., in Mainz-Kastel, Industriehof**, wird die Gläubigerversammlung auf Mittwoch, den 27. März 1974, 11 Uhr, auf Saal 243 des Amtsgerichts einberufen.

Tagesordnung: 1. Bericht des Konkursverwalters, 2. Prüfung nachgemeldeter Forderungen, 3. Verschiedenes.

6200 Wiesbaden, 22. 2. 1974 **Amtsgericht**

Zwangsvorsteigerungen

Sammelbekanntmachung: Ist ein Recht im Grundbuch nicht oder erst nach dem Versteigerungsvermerk eingetragen, muß der Berechtigte es anmelden, bevor das Gericht im Versteigerungstermin zum Bieten auffordert, und auch glaubhaft machen, wenn der Gläubiger widerspricht. Sonst wird das Recht im geringsten Gebot nicht berücksichtigt und erst nach dem Anspruch des Gläubigers und den übrigen Rechten befriedigt.

Die Gläubiger werden aufgefordert, alsbald, spätestens zwei Wochen vor dem Termin, eine Berechnung der Ansprüche — getrennt nach Hauptbetrag, Zinsen und Kosten — einzureichen und den beanspruchten Rang mitzuteilen. Der Berechtigte kann dies auch zur Niederschrift der Geschäftsstelle erklären.

Wer berechtigt ist, die Versteigerung des Grundstücks oder seines Zubehörs (§§ 55 ZVG) zu verhindern, kann das Verfahren aufheben oder einstweilen einstellen lassen, bevor das Gericht den Zuschlag erteilt. Versäumt er dies, tritt für ihn der Versteigerungserlös an Stelle des Grundstücks oder seines Zubehörs.

1037

K 872: Die im Grundbuch von Wohnfeld, Band 14, Blatt 530, eingetragenen Grundstücke, lfd. Nr. 1—5 und 8, 9, 11, 13 und 14 der Gemarkung Wohnfeld,

lfd. Nr. 1, Gemarkung Wohnfeld, Flur 5, Flurstück 62, Wegefläche, Bei der Rappelmühle, Größe 9,67 Ar,

lfd. Nr. 2, Gemarkung Wohnfeld, Flur 5, Flurstück 70, Wegefläche, Mühlwiesen, Größe 3,09 Ar,

lfd. Nr. 3, Gemarkung Wohnfeld, Flur 5, Flurstück 96, Wegefläche, In der Lenzenwiese, Größe 3,80 Ar,

lfd. Nr. 4, Gemarkung Wohnfeld, Flur 5, Flurstück 61, Ackerland, Grünland, Am Mühlrain, Größe 33,08 Ar,

lfd. Nr. 5, Gemarkung Wohnfeld, Flur 5, Flurstück 68, Ackerland, Grünland, Bei der Rappelmühle, Größe 28,15 Ar,

lfd. Nr. 8, Gemarkung Wohnfeld, Flur 5, Flurstück 71/1, Ackerland, Grünland, Mühlwiesen, Größe 80,00 Ar,

lfd. Nr. 9, Gemarkung Wohnfeld, Flur 5, Flurstück 71/2, Grünland, Mühlwiesen, Größe 24,76 Ar,

lfd. Nr. 11, Gemarkung Wohnfeld, Flur 5, Flurstück 67, Ackerland, Grünland, Bei der Rappelmühle, Größe 16,20 Ar,

lfd. Nr. 13, Gemarkung Wohnfeld, Flur Nr. 5, Flurstück 63, Grünland, Bei der Rappelmühle, Größe 20,98 Ar,

lfd. Nr. 14, Gemarkung Wohnfeld, Flur Nr. 5, Flurstück 71/4, Hof- und Gebäudefläche, Grünland, Mühlwiesen 2, Größe 30,00 Ar,

sollen am 30. April 1974, 9.00 Uhr, im Gerichtsgebäude Aisfeld, Amthof 12, Zimmer 5, durch Zwangsvollstreckung versteigert werden.

Eingetragener Eigentümer am 13. April 1972 (Tag des Versteigerungsvermerks): **Landwirt und Müller Heinrich Schaaf, Wohnfeld.**

Der Wert der Grundstücke ist nach § 74 a Abs. 5 ZVG festgesetzt auf:

Flur 5 Nr. 62	10,— DM,
Flur 5, Nr. 70	6,— DM,
Flur 5, Nr. 96	8,— DM,
Flur 5, Nr. 61	680,— DM,
Flur 5, Nr. 68	1410,— DM,
Flur 5, Nr. 71/1	800,— DM,
Flur 5 Nr. 71/2	1238,— DM,
Flur 5 Nr. 67	810,— DM,
Flur 5 Nr. 63	20,— DM,
Flur 5 Nr. 71/4	4000,— DM,

Insgesamt auf 8962,— DM.

Auf die Sammelbekanntmachung am Kopf der Spalte „Zwangsvolleistreibungen“ wird hingewiesen.

6320 Ailsfeld, 19. 2. 1974 **Amtsgericht**

1038

K 6/73: Die im Grundbuch von Nieder-Ohmen, Band 33, Blatt 1443, eingetragenen Grundstücke, Gemarkung Nieder-Ohmen,

lfd. Nr. 1, Flur 12, Flurstück 116, Ackerland, Vor der Lindenstrut, Größe 73,52 Ar,
lfd. Nr. 2, Flur 12, Flurstück 117, Grünland, daselbst, Größe 16,27 Ar,
lfd. Nr. 3, Flur 12, Flurstück 118, Grünland, daselbst, Größe 18,83 Ar,
lfd. Nr. 4, Flur 12, Flurstück 119, Ackerland, Grünland, daselbst, Größe 104,98 Ar,
sollen am 14. Mai 1974, 9.00 Uhr, im Gerichtsgebäude Ailsfeld, Amthof 12, Zimmer Nr. 5, durch Zwangsvollstreckung versteigert werden.

Eingetragener Eigentümer am 20. März 1973 (Tag des Versteigerungsvermerks): Dachdeckermeister Richard Becker, Wer-dohl.

Der Wert der Grundstücke ist nach § 74 a Abs. 5 ZVG festgesetzt auf:

Fl. 12 Nr. 116	302 056,— DM,
Fl. 12 Nr. 117	4 881,— DM,
Fl. 12 Nr. 118	5 649,— DM,
Fl. 12 Nr. 119	31 494,— DM.

Der Gesamtwert beträgt somit 443 630,— Deutsche Mark.

Weiter ist der Wert der Betriebseinrichtung auf 99 550,— DM festgesetzt.

Auf die Sammelbekanntmachung am Kopf der Spalte „Zwangsvolleistreibungen“ wird hingewiesen.

6320 Ailsfeld, 5. 3. 1974 **Amtsgericht**

1039

K 14/73: Das im Grundbuch von Bad Hersfeld, Band 197, Blatt 7050, eingetragene Grundstück,

lfd. Nr. 1, Gemarkung Bad Hersfeld, Flur 12, Flurstück 323/139, Hof- und Gebäudefläche, Hünfelder Str. 40, Größe 5,63 Ar,

soll am 15. Mai 1974, 9.00 Uhr, im Gerichtsgebäude Bad Hersfeld, Dudenstr. 10, Zimmer 12, durch Zwangsvollstreckung versteigert werden.

Eingetragener Eigentümer am 7. Juni 1973 (Tag des Versteigerungsvermerks): Kaufmann Rudi Schilm in Bad Hersfeld, Hünfelder Str. 40.

Der Wert des Grundstücks ist durch Beschluß vom 14. 11. 1973 nach § 74a Abs. 5 ZVG auf 75 800,— DM festgesetzt.

Auf die Sammelbekanntmachung am Kopf der Spalte „Zwangsvolleistreibungen“ wird hingewiesen.

6430 Bad Hersfeld, 14. 2. 1974 **Amtsgericht**

1040

2 K 27/73 — Beschluß: Das im Grundbuch von Steckenroth, Band 17, Blatt 483, eingetragene Grundstück,

lfd. Nr. 1, Gemarkung Steckenroth, Flur 1, Flurstück 137, Gartenland, Friedensstraße, Größe 5,17 Ar,

soll am 13. Mai 1974, 10 Uhr, im Ge-

richtsgebäude, Bad Schwalbach, Am Kurpark 12, Saal 10, durch Zwangsvollstreckung versteigert werden.

Eingetragener Eigentümer am 2. 10. 1973 (Tag des Versteigerungsvermerks): Autolackierer Wilhelm Hensing, Wiesbaden.

Der Wert des Grundstücks wird nach § 74a Abs. 5 ZVG festgesetzt auf 58 000,— DM.

Auf die Sammelbekanntmachung am Kopf der Spalte „Zwangsvolleistreibungen“ wird hingewiesen.

6208 Bad Schwalbach, 5. 3. 1974 **Amtsgericht**

1041

2 K 28/73 — Beschluß: Das im Grundbuch von Hohenstein, Band 11, Blatt 299, eingetragene Grundstück,

lfd. Nr. 4, Gemarkung Hohenstein, Flur Nr. 6, Flurstück 66/13, Bauplatz, Hartgesfeld, Größe 5,71 Ar,

soll am 13. Mai 1974, 8.30 Uhr, im Gerichtsgebäude, Bad Schwalbach, Am Kurpark 12, Saal 10, zur Aufhebung der Gemeinschaft versteigert werden.

Eingetragene Eigentümer am 30. 10. 1973 (Tag des Versteigerungsvermerks):

a) Angestellter Erich Mühlnickel, 6501 Saulheim 1,
b) Hilma Mühlnickel, geb. Zipfel, Hohenstein 2,

Miteigentümer je zur Hälfte.

Auf die Sammelbekanntmachung am Kopf der Spalte „Zwangsvolleistreibungen“ wird hingewiesen.

6208 Bad Schwalbach, 5. 3. 1974 **Amtsgericht**

1042

K 16/71: Die dem Hans Schimanowski gehörende ideelle Hälfte des im Grundbuch von Bad Vilbel, Band 151, Blatt 6381, eingetragenen Grundstücks,

lfd. Nr. 3, Gemarkung Bad Vilbel, Flur Nr. 16, Flurstück 137/18, Hof- und Gebäudefläche, Am Hang, Größe 4,29 Ar,

soll am 30. Mai 1974, 9.00 Uhr, im Gerichtsgebäude, Frankfurter Straße 132, Zimmer 1, durch Zwangsvollstreckung versteigert werden.

Eingetragener Eigentümer am 5. Mai 1971 (Tag des Versteigerungsvermerks): Hans Schimanowski in Bad Vilbel.

Der Wert des Grundstücks ist nach § 74a Abs. 5 ZVG festgesetzt auf 30 000,— DM.

Auf die Sammelbekanntmachung am Kopf der Spalte „Zwangsvolleistreibungen“ wird hingewiesen.

6368 Bad Vilbel, 1. 3. 1974 **Amtsgericht**

1043

K 45/73: Das im Grundbuch von Bischoffen, Band 33, Blatt 1293, eingetragene Grundstück,

lfd. Nr. 1, Gemarkung Bischoffen, Flur 7, Flurstück 74/3, Hof- und Gebäudefläche, Bergstraße 47, Größe 5,62 Ar,

soll am Dienstag, dem 14. Mai 1974, 10.00 Uhr, im Gerichtsgebäude Biedenkopf/L., Hainstr. 72, Zimmer 110, durch Zwangsvollstreckung versteigert werden.

Eingetragene Eigentümer am 4. Oktober 1973 (Tag des Versteigerungsvermerks):

a) Dreher Kurt Weisgerber,
b) dessen Ehefrau Inge Weisgerber, geb. Georg,
c) Witwe des Maurers Franz Heinrich Georg, Elisabeth Georg, geb. Claas, alle in Bischoffen,
zu a): zur Hälfte,
zu b): zu einem Viertel,
zu c): zu einem Viertel.

Auf die Sammelbekanntmachung am Kopf der Spalte „Zwangsvolleistreibungen“ wird hingewiesen.

3560 Biedenkopf, 27. 2. 1974 **Amtsgericht**

1044

K 64/73 und K 31/73: Das im Grundbuch von Herzhausen, Band 12, Blatt 442, eingetragene Grundstück,

lfd. Nr. 6, Gemarkung Herzhausen, Flur 16, Flurstück 37, Hof- und Gebäudefläche, Hauptstraße 15, Größe 4,42 Ar,

soll am Dienstag, dem 21. Mai 1974, 10.00 Uhr, im Gerichtsgebäude Biedenkopf/Lahn, Hainstraße 72, Zimmer 110, durch Zwangsvollstreckung versteigert werden.

Eingetragene Eigentümer am 7. August/12. Dezember 1973 (Tage des Versteigerungsvermerks): Versicherungsangestellter Erich Ernst Rein und dessen Ehefrau Edith Rein, geb. Badziong, beide in Herzhausen — je zu 1/2.

Auf die Sammelbekanntmachung am Kopf der Spalte „Zwangsvolleistreibungen“ wird hingewiesen.

3560 Biedenkopf, 27. 2. 1974 **Amtsgericht**

1045

31 K 94/71: Das im Grundbuch von Groß-Zimmern, Band 113, Blatt 4388, eingetragene Grundstück,

lfd. Nr. 4, Gemarkung Groß-Zimmern, Flur 15, Flurstück 34/1, Hof- und Gebäudefläche, Friedrich-Ebert-Str. 29, Größe 4,81 Ar,

soll am Mittwoch, 22. 5. 1974, 8.30 Uhr, im Gerichtsgebäude, Dieburg, Marienstr. 31, Zimmer 12, durch Zwangsvollstreckung versteigert werden.

Eingetragener Eigentümer am 27. 12. 1971 (Tag des Versteigerungsvermerks): Franz Haas, Groß-Zimmern.

Der Wert des Grundstücks wurde nach § 74a Abs. 5 ZVG festgesetzt auf 110 000,— Deutsche Mark.

Bieter müssen damit rechnen, im Termin 1/10 ihres Bargesbots als Sicherheit in barem Geld zu hinterlegen.

Auf die Sammelbekanntmachung am Kopf der Spalte „Zwangsvolleistreibungen“ wird hingewiesen.

6110 Dieburg, 22. 2. 1974 **Amtsgericht**

1046

31 K 18/73: Die im Grundbuch von Lengfeld, Band 16, Blatt 990 A, eingetragene ideelle Hälfte an dem Grundstück,

lfd. Nr. 2, Gemarkung Lengfeld, Flur 1, Flurstück 168, Hof- und Gebäudefläche, Bismarckstr. 14, mit 5,31 Ar,

soll am Mittwoch, 22. 5. 1974, 10.30 Uhr, im Gerichtsgebäude Dieburg, Marienstraße 31, Zimmer 12, durch Zwangsvollstreckung versteigert werden.

Eingetragene Eigentümerin am 15. 11. 1971 (Tag des Versteigerungsvermerks): Margarete Werner, geb. Horneff, in Lengfeld, zu 1/2.

Der Wert der Grundstückshälfte ist nach § 74a Abs. 5 ZVG festgesetzt auf 15 000,— DM.

Auf die Sammelbekanntmachung am Kopf der Spalte „Zwangsvolleistreibungen“ wird hingewiesen.

6110 Dieburg, 5. 3. 1974 **Amtsgericht**

1047

8 K 1/74 — Beschluß: Die im Grundbuch von Eibelshausen, a) Band 73, Blatt 2462, b) Band 73, Blatt 2463, eingetragenen Grundstücke,

zu a):
lfd. Nr. 1, Flur 9, Flurstück 26, Ackerland, Am Habachsrain, 3. Gew., Größe 1,62 Ar,

lfd. Nr. 2, Flur 3, Flurstück 53, Ackerland, Vor der Burg, 5. Gew., Größe 9,00 Ar,
lfd. Nr. 3, Flur 11, Flurstück 296, Ackerland, Hinter den Baldusacker, 2. Gew., Größe 4,52 Ar,

lfd. Nr. 4, Flur 7, Flurstück 422, Acker-

land, Auf der Rüttsche, 4. Gew., Größe 5,88 Ar,

Ifd. Nr. 5, Flur 3, Flurstück 275, Grünland, Unterm Gemeindeweg, 3. Gew., Größe 4,66 Ar,

Ifd. Nr. 6, Flur 14, Flurstück 9, Grünland (Obstb.), Im Haingründchen, Größe 3,29 Ar,

Ifd. Nr. 7, Flur 2, Flurstück 54, Ackerland, An der Nörr, 3. Gew., Größe 4,67 Ar, Ifd. Nr. 8, Flur 14, Flurstück 10, Grünland (Obstb.), Im Haingründchen, Größe 2,85 Ar,

Ifd. Nr. 9, Flur 18, Flurstück 65/1, Hof- und Gebäudefläche, Eiershäuser Weg 4, Größe 2,55 Ar,

zu b): Ifd. Nr. 1, Flur 7, Flurstück 12, Ackerland, Ober der Rüttsche, 2. Gew., Größe 4,69 Ar,

Ifd. Nr. 2, Flur 18, Flurstück 324/63, Hof- und Gebäudefläche, Eiershäuser Weg, Größe 0,16 Ar,

Ifd. Nr. 3, Flur 18, Flurstück 326/62, Hof- und Gebäudefläche, Eiershäuser Weg, Größe 0,14 Ar,

sollen am 22. Mai 1974, 10.00 Uhr, im Gerichtsgebäude Dillenburg, Wilhelmstr. 7, Zimmer 18, zur Aufhebung der Gemeinschaft versteigert werden.

Eingetragene Eigentümer am 9. Januar 1974 (Tag des Versteigerungsvermerks): zu a)

1. a) Emmi Herta Ortman in Eschenburg-Eibelshausen (Dillkreis), Eiershäuser Weg 4,

c) Witwe des Fachlehrers Otto Helmut Ortman, Marie Elisabeth, geborene Thorn, in Dillenburg, Hohl 2,

d) Gerd Ortman, geb. am 29. 11. 1949, in Dillenburg, Hohl 2,

e) Dieter Ortman, geb. am 9. 4. 1954, in Dillenburg, Hohl 2
— zu 1. a) bis e) in ungeteilter Erben-gemeinschaft —,

2. anstelle von 1. a): Emmi Herta Ortman in Eschenburg-Eibelshausen, Eiershäuser Weg 4
— als befreite Vorerbin —,

zu b) 1. Emmi Herta Ortman, ledig, in Eschenburg-Eibelshausen (Dillkreis), Eiershäuser Weg 4

— als befreite Vorerbin — zur ideellen Hälfte —,

2. a) Emmi Herta Ortman, ledig, in Eschenburg-Eibelshausen (Dillkreis), Eiershäuser Weg 4,

c) Witwe des Fachlehrers Otto Helmut Ortman, Marie Elisabeth, geborene Thorn, in Dillenburg, Hohl 2,

d) Gerd Ortman, geb. am 29. 11. 1949, in Dillenburg, Hohl 2,

e) Dieter Ortman, geb. am 9. 4. 1954, in Dillenburg, Hohl 2
— zu 2. a) bis e) in ungeteilter Erben-gemeinschaft — zur ideellen Hälfte —,

3. an Stelle von 2. a): Emmi Herta Ortman, ledig, in Eschenburg-Eibelshausen (Dillkreis), Eiershäuser Weg 4

— als befreite Vorerbin.

Auf die Sammelbekanntmachung am Kopf der Spalte „Zwangsvolleistungen“ wird hingewiesen.

6340 Dillenburg, 13. 2. 1974 **Amtsgericht**

1048

3 K 22/73: Das im Grundbuch von Wanfried, Band 69, Blatt 2535, eingetragene Grundstück,

Ifd. Nr. 1, Gemarkung Wanfried, Flur 13, Flurstück 160/2, Bauplatz, Kirchgraben, 11,87 Ar,

soll am 20. Mai 1974, 9.00 Uhr, im Gerichtsgebäude Eschwege, Bahnhofstr. 30, Zimmer 121, durch Zwangsvolleistungen versteigert werden.

Eingetragene Eigentümer am 17. August 1973 (Tag des Versteigerungsvermerks):

1. Bau- und Möbelschreiner Dieter Schumann, zu 1/2,

2. a) Bau- und Möbelschreiner Dieter Schumann,

b) Axel Schumann, geb. 19. 9. 1958,

c) Manuela Schumann, geb. 15. 10. 1961, zu 2a-c zu 1/2 in Erbengemeinschaft, sämtlich wohnhaft in Frankenberg/Eder, Adalbert-Stifter-Str. 16.

Auf die Sammelbekanntmachung am Kopf der Spalte „Zwangsvolleistungen“ wird hingewiesen.

3440 Eschwege, 21. 2. 1974 **Amtsgericht**

1049

84 K 110, 112 72 — Zwangsvolleistungen: Zur Aufhebung der Gemeinschaft sollen die im Grundbuch von Frankfurt am Main, Bezirk 26, eingetragenen Grundstücke

a) Band 8, Blatt 270 Ifd. Nr. 1, Gemarkung 26, Flur 417, Flurstück 58/11, Bauplatz, Hanauer Landstraße, Größe 6,25 Ar,

b) Band 20, Blatt 672 Ifd. Nr. 1, Gemarkung 26, Flur 417, Flurstück 12, Hof- und Gebäudefläche, Leibbrandstraße 14—16, Größe 32,00 Ar,

am 6. Juni 1974, 9.00 Uhr, im Gerichtsgebäude B, Frankfurt am Main, Gerichtsstraße 2, Zimmer 137, I. Stock, versteigert werden.

Eingetragene Eigentümer: 1. Richard Strauß-Ruppel in New York zu 1/2, 2. Professor Alfred Wilhelm Julian Adler in New York zu 1/2, 3. Importkaufmann Emil Stephen Adler in New York zu 1/2, 4. Redakteurin Renate Adler in New York zu 1/2.

Der Wert der Grundstücke ist nach § 74a Abs. 5 ZVG festgesetzt: zu a) 215 000,— DM, zu b) 2 080 000,— DM.

Auf die Sammelbekanntmachung am Kopf der Spalte „Zwangsvolleistungen“ wird hingewiesen.

6000 Frankfurt am Main, 6. 3. 1974 **Amtsgericht, Abt. 84**

1050

84 K 74/72 — Zwangsvolleistungen: Im Wege der Zwangsvolleistungen sollen die im Grundbuch von Frankfurt (Main), Bezirk 19, Band 22, Blatt 772, eingetragenen Grundstücke,

Ifd. Nr. 1, Gemarkung 1, Flur 288, Flurstück 20, Hof- und Gebäudefläche, Vogtstraße 82, Größe 5,87 Ar,

Ifd. Nr. 2, Gemarkung 1, Flur 288, Flurstück 32/7, Hof- u. Gebäudefläche, Vogtstraße 82, Größe 0,63 Ar,

am 10. Juni 1974, 9.00 Uhr, im Gerichtsgebäude B, Frankfurt/M., Gerichtsstr. 2, Zimmer 137, I. Stock, versteigert werden.

Eingetragene Eigentümerin am 29. 8. 1972 (Tag der Eintragung des Versteigerungsvermerks): Anna Elisabeth, gen. Anneliese Bodanowski, geb. Böker, in Frankfurt (M.).

Der Wert der Grundstücke ist nach § 74a Abs. 5 ZVG festgesetzt auf: 653 500,— DM für Nr. 1, 31 500,— DM für Nr. 2.

Auf die Sammelbekanntmachung am Kopf der Spalte „Zwangsvolleistungen“ wird hingewiesen.

6000 Frankfurt am Main, 7. 3. 1974 **Amtsgericht, Abt. 84**

1051

84 K 105/73 — Zwangsvolleistungen: Im Wege der Zwangsvolleistungen soll das im Grundbuch von Niederhöhnstadt des Amts-

gerichts Frankfurt am Main, Abt. Höchst, Band 44, Blatt 1504, eingetragene Grundstück,

Ifd. Nr. 1, Niederhöhnstadt, Flur 7, Flurstück 356, Hof- und Gebäudefläche, Filderweg 30, Größe 2,57 Ar,

am 20. Juni 1974, 9.00 Uhr, im Gerichtsgebäude B des Amtsgerichts Frankfurt am Main, Gerichtsstraße 2, Zimmer 137, I. Stock, versteigert werden.

Eingetragene Eigentümerin am 8. Oktober 1973 (Tag der Eintragung des Versteigerungsvermerks): Fa. Werner Freitag KG in Bad Homburg v. d. H.

Der Wert des Grundstücks ist nach § 74a Abs. 5 ZVG festgesetzt auf 180 700,— Deutsche Mark.

Auf die Sammelbekanntmachung am Kopf der Spalte „Zwangsvolleistungen“ wird hingewiesen.

6000 Frankfurt am Main, 7. 3. 1974 **Amtsgericht, Abt. 84**

1052

84 K 129/73 — Zwangsvolleistungen: Durch Zwangsvolleistungen soll das im Wohnungsgrundbuch von Bischofsheim, Band 97, Blatt 3342, eingetragene Wohnungseigentum = 32,38/1000 Miteigentumsanteile an dem Grundstück,

Ifd. Nr. 1, 2, Gemarkung Bischofsheim, Flur 14, Flurstück 171/1, Hof- und Gebäudefläche, Adalbert-Stifter-Str. 6, 8, 10, 12, Größe 29,20 Ar,

verbunden mit dem Sondereigentum an der im Eingangsgeschoß gelegenen Wohnung — im Aufteilungsplan mit Nr. 023 bezeichnet — bestehend aus 3 Zimmern, Küche, Bad, WC, Diele, Flur, Abstell-sche, Loggia und dem Abstellraum Nr. 023 im Keller,

am 1. Juli 1974, 9.00 Uhr, im Gerichtsgebäude B des Amtsgerichts Frankfurt am Main, Gerichtsstraße 2, Zimmer 137, I. Stock, versteigert werden.

Eingetragene Eigentümer am 29. November 1973 (Tag der Eintragung des Versteigerungsvermerks): Kaufmann Jürgen Ulrich und Melitta Ullrich, Bischofsheim, zu je 1/2.

Der Wert des Wohnungseigentums ist nach § 74a Abs. 5 ZVG festgesetzt auf 122 000,— DM

Auf die Sammelbekanntmachung am Kopf der Spalte „Zwangsvolleistungen“ wird hingewiesen.

6000 Frankfurt (Main), 8. 3. 1974 **Amtsgericht, Abt. 84**

1053

5 K 34/72: Die im Grundbuch von Friesenhausen, Band 7, Blatt 196, eingetragenen Grundstücke,

Ifd. Nr. 2, Gemarkung Friesenhausen, Flur 1, Flurstück 3/1, Hof- und Gebäudefläche, Am Sand, Größe 4,21 Ar,

Ifd. Nr. 3, Gemarkung Friesenhausen, Flur 1, Flurstück 3/2, Hof- und Gebäudefläche, Am Sand 20, Größe 4,25 Ar,

sollen am 2. Mai 1974, 9.30 Uhr, im Gerichtsgebäude, Königstr. 38, Zimmer 210, durch Zwangsvolleistungen versteigert werden.

Eingetragene Eigentümer am 12. Juli 1972 (Tag des Versteigerungsvermerks): Raupenfahrer Oskar Baier und seine Ehefrau Gertrud Baier, geb. Menz, in Gackenhof, jetzt in Friesenhausen, in Gütergemeinschaft.

Der Verkehrswert der Grundstücke ist, wie folgt, festgesetzt worden:

Ifd. Nr. 2 auf 8 000,— DM,
Ifd. Nr. 3 auf 12 000,— DM.

Auf die Sammelbekanntmachung am Kopf der Spalte „Zwangsvolleistungen“ wird hingewiesen.

6400 Fulda, 4. 3. 1974 **Amtsgericht**

1054

K 43 73 — **Beschluß:** Das im Grundbuch von Altenmittlau, Band 43, Blatt 1129, eingetragene Grundstück,
lfd. Nr. 1, Gemarkung Altenmittlau, Flur Nr. 14, Flurstück 76, Hof- und Gebäudefläche, Kegelbahnstraße 34, Größe 4,54 Ar, soll am Freitag, dem 10. Mai 1974, 9.00 Uhr, im Gerichtsgebäude Gelnhausen, Philipp-Reis-Straße 9, Zimmer 11, durch Zwangsvollstreckung versteigert werden.

Eingetragener Eigentümer am 12. September 1973 (Tag des Versteigerungsvermerks): Arbeiter Karl Haas in Freigericht-Altenmittlau, Kegelbahnstraße 34.

Der Wert des Grundstücks ist nach § 74 a Abs. 5 ZVG festgesetzt auf 56 520,— Deutsche Mark.

Auf die Sammelbekanntmachung am Kopf der Spalte „Zwangsvollstreckungen“ wird hingewiesen.

6460 Gelnhausen, 25. 2. 1974 **Amtsgericht**

1055

K 44/73 — **Beschluß:** Die im Grundbuch von Streitberg, Band 17, Blatt 352, eingetragenen Grundstücke,

lfd. Nr. 1, Gemarkung Streitberg, Flur Nr. 12, Flurstück 24, Ackerland, Auf'm Trom, Größe 20,18 Ar,

lfd. Nr. 2, Gemarkung Streitberg, Flur Nr. 12, Flurstück 25, Ackerland, daselbst, Größe 21,75 Ar,

lfd. Nr. 3, Gemarkung Streitberg, Flur Nr. 12, Flurstück 23, Ackerland, daselbst, Größe 13,87 Ar,

sollen am Freitag, dem 10. Mai 1974, 14.00 Uhr, im Gerichtsgebäude Gelnhausen, Philipp-Reis-Straße 9, Zimmer 11, durch Zwangsvollstreckung versteigert werden.

Eingetragene Eigentümerin am 24. Sept. 1973 (Tag des Versteigerungsvermerks): Näherin Edelgard Naumann in Leisenwald.

Der Wert der Grundstücke ist nach § 74 a Abs. 5 ZVG festgesetzt auf

für Flur 12 Flurstück 24	1 210,80 DM,
für Flur 12 Flurstück 25	1 305,00 DM,
für Flur 12 Flurstück 23	832,20 DM.

Auf die Sammelbekanntmachung am Kopf der Spalte „Zwangsvollstreckungen“ wird hingewiesen.

6460 Gelnhausen, 28. 2. 1974 **Amtsgericht**

1056

K 64 73 — **Beschluß:** Das im Grundbuch von Bad Orb, Band 62, Blatt 2865, eingetragene Grundstück,

lfd. Nr. 8, Gemarkung Bad Orb, Flur 16, Flurstück 142, Lieg.-B. 3588, Mischwald Frauenberg, Größe 36,36 Ar,

soll am Freitag, dem 17. Mai 1974, 9.00 Uhr, im Gerichtsgebäude Gelnhausen, Philipp-Reis-Straße 9, Zimmer 11, zur Aufhebung der Gemeinschaft versteigert werden.

Eingetragene Eigentümerin am 4. Januar 1974 (Tag des Versteigerungsvermerks): Ehefrau des Arbeiters Anton Edel, Mathilde, geb. Jockel, in Bad Orb.

Der Wert des Grundstücks ist nach § 74 a Abs. 5 ZVG festgesetzt auf 3636,— Deutsche Mark.

Auf die Sammelbekanntmachung am Kopf der Spalte „Zwangsvollstreckungen“ wird hingewiesen.

6460 Gelnhausen, 5. 3. 1974 **Amtsgericht**

1057

42 K 17/70 — **Beschluß:** Die im Grundbuch von Großen-Linden, Band 67, Blatt 3215, eingetragenen Grundstücke,

lfd. Nr. 1, Gemarkung Großen-Linden, Flur 8, Flurstück 125/2, Lieg.-B. 1807, Gartenland, In der Lach, Größe 3,29 Ar,

lfd. Nr. 2, Großen-Linden, Flur 8, Flur-

stück 278/1, Hof- und Gebäudefläche, Frankfurter Straße 93, Größe 4,22 Ar, lfd. Nr. 3, Großen-Linden, Flur 8, Flurstück 278/2, Hof- und Gebäudefläche, Frankfurter Straße 93, Größe 3,82 Ar, sollen am 6. Juni 1974, um 14.30 Uhr, im Gerichtsgebäude Gießen, Gutfleischstr. 1, Zimmer 205, durch Zwangsvollstreckung versteigert werden.

Eingetragener Eigentümer am 14. 5. 1970 (Tag des Versteigerungsvermerks): Kaufmann Hans Brückel in Großen-Linden.

Der Wert der Grundstücke ist nach § 74 a Abs. 5 ZVG festgesetzt auf:

für Flur 8, Flurstück 125/1	1 400,— DM,
für Flur 8, Flurstück 278/1	118 000,— DM,
für Flur 8, Flurstück 278/2	10 000,— DM.

Auf die Sammelbekanntmachung am Kopf der Spalte „Zwangsvollstreckungen“ wird hingewiesen.

6300 Gießen, 1. 3. 1974 **Amtsgericht**

1058

42 K 37/73 — **Beschluß:** Das im Grundbuch von Heuchelheim, Band 87, Blatt Nr. 4017, eingetragene Grundstück,

lfd. Nr. 1, Gemarkung Heuchelheim, Flur Nr. 16, Flurstück 223, Lieg.-B. 549, Grünland, Vor dem Erlensand, Größe 2,39 Ar, soll am 22. August 1974, 14.00 Uhr, im Gerichtsgebäude Gießen, Gutfleischstr. 1, Zimmer 205, zur Aufhebung der Gemeinschaft versteigert werden.

Eingetragene Eigentümer am 24. Sept. 1973 (Tag des Versteigerungsvermerks):

1a) Anna Frenzel, geb. Krauskopf, Ehefrau des Erich Frenzel, Heuchelheim, Giebener Straße 49,

b) Luise Krauskopf, daselbst,

c) Margarete Schleupner, geb. Krauskopf, Ehefrau des Artur Schleupner, Nürnberg-Eibach, Fritz-Weidner-Str. 65,

d) Emilie Tomiak, geb. Krauskopf, Ehefrau des Franz Tomiak, Leipzig, Feldstr. Nr. 22,

e) Heinrich Krauskopf, Rotenburg (Fulda), Nicolaistraße 22,

f) Heinz Krauskopf, Dawson Creek B.C. Box 1813 (Canada),
— in Erbengemeinschaft —

Auf die Sammelbekanntmachung am Kopf der Spalte „Zwangsvollstreckungen“ wird hingewiesen.

6300 Gießen, 1. 3. 1974 **Amtsgericht**

1059

2 K 2/74: Das im Grundbuch von Groß-Gerau, Band 67, Blatt 3659, eingetragene Grundstück,

lfd. Nr. 2, Gemarkung Groß-Gerau, Flur 1, Flurstück 465/5, Hof- und Gebäudefläche, Helwigstr. 36, Größe 8,05 Ar,

soll am 9. 5. 1974, 9.00 Uhr, im Gerichtsgebäude Oppenheimer Str. 4, im Arbeitsamtsgebäude, zur Aufhebung der Gemeinschaft versteigert werden.

Eingetragene Eigentümer am 14. Januar 1974 (Tag des Versteigerungsvermerks):

1. Herbert Schröder, Groß-Gerau,

2. Helene Schröder, geb. Mörtl, daselbst.

Auf die Sammelbekanntmachung am Kopf der Spalte „Zwangsvollstreckungen“ wird hingewiesen.

6080 Groß-Gerau, 15. 2. 1974 **Amtsgericht**

1060

4 K 35/72: Die im Grundbuch von Dorchem, Band 12, Blatt 445, eingetragenen Grundstücke,

lfd. Nr. 1, Flur 11, Flurstück 84, Gartenland, In der Bitz, Größe 10,91 Ar,

lfd. Nr. 2, Flur 11, Flurstück 85, Gartenland, In der Bitz, Größe 15,21 Ar,

lfd. Nr. 9, Flur 3, Flurstück 481/253, Hof- und Gebäudefläche, Kirchgasse 7, Größe 8,62 Ar,

sollen am 16. 5. 1974, 10 Uhr, im Gerichtsgebäude, Gymnasiumstr. 8, Zimmer 7, durch Zwangsvollstreckung versteigert werden.

Eingetragene Eigentümerin am 24. 1. 1973 (Tag des Versteigerungsvermerks): die Ehefrau des Druckers Erwin Müller, Margot, geb. Bill, gesch. Erwes, Eschhofen, Wiesenstraße.

Auf die Sammelbekanntmachung am Kopf der Spalte „Zwangsvollstreckungen“ wird hingewiesen.

6253 Hadamar, 15. 2. 1974 **Amtsgericht**

1061

4 K 27/73: Das im Grundbuch von Ellar, Band 5, Blatt 184, eingetragene Grundstück,

lfd. Nr. 1, Gemarkung Ellar, Flur 4, Flurstück 230, Hof- und Gebäudefläche, An der Hintermeilinger Straße, Größe 16,05 Ar,

soll am 30. 5. 1974, 10 Uhr, im Gerichtsgebäude, Gymnasiumstr. 8, Zimmer 7, durch Zwangsvollstreckung versteigert werden.

Eingetragener Eigentümer am 6. 11. 1973 (Tag des Versteigerungsvermerks): Schreinermeister Josef Kremer in Ellar, geb. am 17. 4. 1928.

Auf die Sammelbekanntmachung am Kopf der Spalte „Zwangsvollstreckungen“ wird hingewiesen.

6253 Hadamar, 5. 3. 1974 **Amtsgericht**

1062

42 K 19/73: Im Wege der Zwangsvollstreckung soll das im Grundbuch von Ravalzhausen, Band 55, Blatt 1592, eingetragene Grundstück,

lfd. Nr. 1, Gemarkung Ravalzhausen, Flur 4, Flurstück 200, Hof- und Gebäudefläche, Raiffeisenstraße 5, Größe 6,39 Ar, am 7. 5. 1974, 14 Uhr, im Gerichtsgebäude A, Hanau, Nußallee 17, Zimmer Nr. 13, versteigert werden.

Eingetragene Eigentümerin am 8. 3. 1973 (Tag des Versteigerungsvermerks): Gudrun Koch in Neuberg 2.

Der Wert des Grundstücks ist nach § 74a Abs. 5 ZVG festgesetzt auf 198 000 DM.

Auf die Sammelbekanntmachung am Kopf der Spalte „Zwangsvollstreckungen“ wird hingewiesen.

6450 Hanau, 4. 3. 1974

Amtsgericht, Abt. 42

1063

42 K 7/73: Im Wege der Zwangsvollstreckung soll das im Grundbuch von Hanau, Band 227, Blatt 9250, eingetragene Grundstück,

lfd. Nr. 1, Gemarkung Hanau, Flur M, Flurstück 348/71, Hof- und Gebäudefläche Schützenstr. 14, Größe 0,92 Ar, am 14. 5. 1974, 14.00 Uhr, im Gerichtsgebäude A, Hanau, Nußallee 17, Zimmer 18, versteigert werden.

Eingetragener Eigentümer am 5. 2. 1973 (Tag des Versteigerungsvermerks): Innenarchitekt Helmut Born in Steinheim.

Der Wert des Grundstücks ist nach § 74 a Abs. 5 ZVG festgesetzt auf 80 000,— Deutsche Mark.

Auf die Sammelbekanntmachung am Kopf der Spalte „Zwangsvollstreckungen“ wird hingewiesen.

6450 Hanau, 4. 3. 1974

Amtsgericht, Abt. 42

1064

42 K 10/71: Im Wege der Zwangsvollstreckung sollen die im Grundbuch von Rodenbach, Band 62, Blatt 2558, eingetragenen Grundstücke, Gemarkung Rodenbach,

lfd. Nr. 3, Flur 13, Flurstück 38/1, Hof-

stück 38/1, Hof-

u. Gebäudefläche, Industriestr. 6, Größe 3,71 Ar.

Ifd. Nr. 8, Flur 13, Flurstück 38/3, desgl., Größe 5,22 Ar.

Ifd. Nr. 9, Flur 13, Flurstück 38/2, desgl., Größe 0,91 Ar.

am 15. 5. 1974, 14.00 Uhr, im Gerichtsgebäude A, Hanau, Nußallee 17, Zimmer Nr. 18, versteigert werden.

Eingetragene Eigentümer am 8. 3. 1971 bzw. 28. 7. 1972 (Tage der Versteigerungsvermerks): Eheleute Uwe Petersen und Irene, geb. Backes, in Rodenbach, je zu 1/2.

Der Wert der Grundstücke ist nach § 74a Abs. 5 ZVG festgesetzt auf insgesamt 375 000,— DM.

Auf die Sammelbekanntmachung am Kopf der Spalte „Zwangsvolleistungen“ wird hingewiesen.

6450 Hanau, 5. 3. 1974

Amtsgericht, Abt. 42

1065

42 K 84/73: Im Wege der Zwangsvollstreckung soll das im Grundbuch von Ravalzhausen, Band 62, Blatt 1787, eingetragene Grundstück,

Ifd. Nr. 1, Gemarkung Ravalzhausen, Flur 4, Flurstück 178, Bauplatz Robert-Koch-Str. 4, Größe 6,46 Ar,

am 21. 5. 1974, 14.00 Uhr, im Gerichtsgebäude A, Hanau, Nußallee 17, Zimmer Nr. 18, versteigert werden.

Eingetragener Eigentümer am 22. 11. 1973 (Tag des Versteigerungsvermerks): Kraftfahrer Hans-Joachim Pest in Ravalzhausen.

Der Wert des Grundstücks ist nach § 74a Abs. 5 ZVG festgesetzt auf 160 000,— DM.

Auf die Sammelbekanntmachung am Kopf der Spalte „Zwangsvolleistungen“ wird hingewiesen.

6450 Hanau, 6. 3. 1974

Amtsgericht, Abt. 42

1066

62 K 54/73: Im Wege der Zwangsvollstreckung soll das im Grundbuch von Hanau, Band 215, Blatt 8878, eingetragene Grundstück,

Ifd. Nr. 1, Gemarkung Hanau, Flur M, Flurstück 263/63, Hof- und Gebäudefläche, Schnurstr. 6, Größe 1,91 Ar,

am 14. 5. 1974, 14.00 Uhr, im Gerichtsgebäude A, Hanau, Nußallee 17, Zimmer Nr. 18, versteigert werden.

Eingetragener Eigentümer am 22. 6. 1973 (Tag des Versteigerungsvermerks): Innenarchitekt Helmut Born in Eschbach.

Der Wert des Grundstücks ist nach § 74a Abs. 5 ZVG festgesetzt auf 21 200,— Deutsche Mark.

Auf die Sammelbekanntmachung am Kopf der Spalte „Zwangsvolleistungen“ wird hingewiesen.

6450 Hanau, 6. 3. 1974

Amtsgericht, Abt. 42

1067

K 6/73: Die im Grundbuch von Remsfeld, Band 10, Blatt 39, eingetragenen Grundstücke:

Gemarkung Remsfeld

Ifd. Nr. 13, Flur 1, Flurstück 170/30, Acker, Die Sandäcker, Größe 88,82 Ar,

Ifd. Nr. 18, Flur 6, Flurstück 82/34, Grünland, Die Biegenäcker, Größe 135,03 Ar, Acker, Biegenäcker, Größe 327,30 Ar,

Ifd. Nr. 19, Flur 7, Flurstück 30, Acker, Vorderstes altes Feld, Größe 131,05 Ar,

Ifd. Nr. 20, Flur 17, Flurstück 250/38, Hof- und Gebäudefläche, Roll's Ecke, Hs. Nr. 43, Größe 9,02 Ar,

Ifd. Nr. 21, Flur 17, Flurstück 42, Gartenland, Im Dorfe, Größe 6,19 Ar,

Ifd. Nr. 22, Flur 17, Flurstück 45, Gartenland, Im Dorfe, Größe 1,44 Ar,

Ifd. Nr. 24, Flur 4, Flurstück 169/13, Grünland, Auf den trockenen Wiesen, Größe 54,42 Ar,

Ifd. Nr. 27, Flur 4, Flurstück 12, Grünland, Auf den trockenen Wiesen, Größe 28,70 Ar,

Ifd. Nr. 28, Flur 1, Flurstück 169/29, Acker, Die Sandäcker, 15,62 Ar,

Ifd. Nr. 29, Flur 7, Flurstück 28/1, Acker, Im Schilf, Größe 131,04 Ar,

Ifd. Nr. 31, Flur 17, Flurstück 28/4, Hofraum, Roll's Ecke, Größe 4,57 Ar,

Ifd. Nr. 32, Flur 17, Flurstück 28/6, Hofraum, Roll's Ecke, Größe 0,05 Ar,

sollen am 24. Mai 1974, 10.00 Uhr, im Gerichtsgebäude Homberg, Bez. Kassel, — Sitzungssaal — durch Zwangsvollstreckung versteigert werden.

Eingetragene Eigentümer am 18. Juni 1973 (Tag des Versteigerungsvermerks):

a) Witwe Margarethe Elisabeth Elfriede, genannt Irene Hartmann, geb. Dilling,

b) Schüler Karl Theo Hartmann, geb. am 1. Oktober 1958,

beide in Oetmannshausen

— in ungeteilter Erbgemeinschaft —.

Auf die Sammelbekanntmachung am Kopf der Spalte „Zwangsvolleistungen“ wird hingewiesen.

3588 Homberg, Bez. Kassel, 4. 3. 1974

Amtsgericht

1068

K 11/73: Die im Grundbuch von Hünhan, Band 10, Blatt 283, eingetragenen Grundstücke,

Ifd. Nr. 2, Gemarkung Hünhan, Flur 2, Flurstück 24, Hof- und Gebäudefläche, Im Dorf, Haus Nr. 33, Größe 2,61 Ar,

Ifd. Nr. 3, Gemarkung Hünhan, Flur 2, Flurstück 26/1, Hof- und Gebäudefläche, Im Dorf, Haus Nr. 32 1/2, Größe 1,25 Ar,

sollen am 9. Mai 1974, 14.00 Uhr, im Gerichtsgebäude Hünfeld, Hauptstraße 24, Zimmer 11, durch Zwangsvollstreckung versteigert werden.

Eingetragene Eigentümerin am 18. 10. 1973 (Tag des Versteigerungsvermerks): Ehefrau Ursula Mertke, geb. Spantzel, in Mannheim.

Der Wert der Grundstücke wird nach § 74a Abs. 5 ZVG festgesetzt auf: für Ifd. Nr. 2: 1566,— DM, für Ifd. Nr. 3: 2750,— DM.

Auf die Sammelbekanntmachung am Kopf der Spalte „Zwangsvolleistungen“ wird hingewiesen.

6418 Hünfeld, 7. 3. 1974

Amtsgericht

1069

64 K 105/73: Das im Grundbuch von Kirchditmold, Band 29, Blatt 759, eingetragene Grundstück, Bestandsverzeichnis,

Ifd. Nr. 2, Gemarkung Kirchditmold, Flur C, Flurstück 1428/261, Lieg.-B. 639, Hof- und Gebäudefläche, Christbuchenstraße 10, Größe 4,78 Ar,

soll am 19. Juni 1974, 8.30 Uhr, im Amtsgerichtsgebäude Kassel, Frankfurter Str. 9, Zimmer 106, zur Aufhebung der Gemeinschaft versteigert werden.

Eingetragene Eigentümerin am 4. 10. 1973 (Tag der Eintragung des Versteigerungsvermerks): Ehefrau des Kaufmanns Julius Jordan, Elisabeth, geb. Reuschling, Kassel, Christbuchenstr. 10.

Auf die Sammelbekanntmachung am Kopf der Spalte „Zwangsvolleistungen“ wird hingewiesen.

3500 Kassel, 5. 3. 1974

Amtsgericht, Abt. 64

1070

5 K 11/72: Das im Grundbuch von Rauschenberg, Blatt 1189, eingetragene Grund-

stück,

Ifd. Nr. 1, Flur 23, Flurstück 103/9, Hofraum, Borngasse, Größe 0,09 Ar, Flur 23, Flurstück 124/5, Hof- und Gebäudefläche, Borngasse, Größe 4,84 Ar,

soll am Mittwoch, dem 8. Mai 1974, 11.00 Uhr, im Gerichtsgebäude, Zimmer 20, durch Zwangsvollstreckung versteigert werden.

Eingetragener Eigentümer am 10. April 1972 (Tag des Versteigerungsvermerks): Herr Johann Heinrich Hammer in Rauschenberg.

Der Wert des Grundstücks ist nach § 74a Abs. 5 ZVG auf 65 000,— DM festgesetzt.

Auf die Sammelbekanntmachung am Kopf der Spalte „Zwangsvolleistungen“ wird hingewiesen.

3575 Kirchhain, Bez. Kassel, 21. 2. 1974

Amtsgericht

1071

9 K 32/73: Die im Grundbuch von Ruppertshain/Taunus, Band 9, Blatt 336, eingetragenen Grundstücke, Gemarkung Ruppertshain,

Ifd. Nr. 9, Flur 4, Flurst. 31, Hof- und Gebäudefläche, Auf dem Bangert, Größe 4,76 Ar, Wert: 40 000,— DM,

Ifd. Nr. 12, Flur 6, Flurst. 168/9, Ackerland, Obstbau, Eichkopf, I. Teil, Größe 12,55 Ar, Wert: 7530,— DM,

Ifd. Nr. 13, Flur 9, Flurst. 80, Wiese, Fahrtwiese, Größe 17,36 Ar, Wert: 8680,— Deutsche Mark.

Ifd. Nr. 14, Flur 9, Flurst. 88, Wiese, Jungfernwiese, Größe 7,67 Ar, Wert: 3835,— Deutsche Mark.

Ifd. Nr. 15, Flur 4, Flurst. 21, Grünland, Auf dem Bangert, Größe 2,89 Ar, Wert: 23 120,— DM,

Ifd. Nr. 16, Flur 3, Flurst. 161/3, Hof- und Gebäudefläche, Bornstraße 8, Größe 0,09 Ar, Wert: 720,— DM,

Ifd. Nr. 17, Flur 3, Flurst. 161/4, Hof- und Gebäudefläche das., Größe 0,08 Ar, Wert: 640,— DM,

Ifd. Nr. 18, Flur 3, Flurst. 160/2, Hof- und Gebäudefläche, Bornstraße 10, Größe 4,94 Ar, Wert: 366 340,— DM,

sollen am Mittwoch, dem 29. 5. 1974, 10.00 Uhr, im Gerichtsgebäude, Nebengebäude Georg-Pingler-Straße 19, Terminezimmer, durch Zwangsvollstreckung versteigert werden.

Eingetragene Eigentümer am 15. 5. 1973 (Tag des Versteigerungsvermerks):

a) Kürschner Harri Müller,

b) dessen Ehefrau Kriemhilde Müller, geb. Lauterwald,

beide in Rossert-Ruppertshain/Taunus, Bornstraße 10.

Der Wert der Grundstücke ist nach § 74a Abs. 5 ZVG festgesetzt auf insgesamt: 450 865,— DM.

Auf die Sammelbekanntmachung am Kopf der Spalte „Zwangsvolleistungen“ wird hingewiesen.

6249 Königstein/Taunus, 6. 3. 1974

Amtsgericht

1072

7 K 40/73 — Beschluß: Das im Grundbuch von Lampertheim, Bezirk Viernhelm, Band 168, Blatt 7099, eingetragene Grundstück,

Ifd. Nr. 1, Gemarkung Viernhelm, Flur 3, Flurstück 1607/10, Hof- und Gebäudefläche, Landauer Straße 10, Größe 3,56 Ar,

soll am 29. Mai 1974, 10 Uhr, im Gerichtsgebäude zur Aufhebung der Gemeinschaft versteigert werden.

Eingetragene Eigentümer am 2. 11. 1973 (Tag des Versteigerungsvermerks):

1. a) Gerhard Ritschel, Elektromonteur, Viernheim, zu 1/2,

1. b) dessen Ehefrau Elisabeth, geb. Wunder, daselbst, zu 1/2.

Der Wert des Grundstücks wird nach § 74a Abs. 5 ZVG festgesetzt auf 175 440,— DM.

Auf Verlangen ist Sicherheit in Höhe von 1/10 des Bargebots zu leisten.

Auf die Sammelbekanntmachung am Kopf der Spalte „Zwangsvolleistreibungen“ wird hingewiesen.

6340 Lampertheim, 4. 2. 1974 Amtsgericht

1073

7 K 37/73 — **Beschluß:** Der 1/2 Anteil des Karl Müller an dem im Grundbuch von Erbach, Band 61, Blatt 1995, eingetragenen Grundstück,

lfd. Nr. 1, Gemarkung Erbach, Flur 12, Flurstück 343/4, Hof- und Gebäudefläche, Waldstr. 26, Größe 5,31 Ar,

soll am 15. Mai 1974, 14.00 Uhr, im Gerichtsgebäude Limburg/Lahn, Schiede 14, Zimmer 14, durch Zwangsvollstreckung versteigert werden.

Eingetragene Eigentümer des Gesamtgrundstücks am 16. Nov. 1973 (Tag des Versteigerungsvermerks):

- a) Linoleumleger Karl Müller, Erbach,
 - b) dessen Ehefrau Elfriede Müller, geb. Schmidt, Erbach,
- zu je 1/2 Anteil —.

Der Wert der Grundstückshälfte wird nach § 74 a Abs. 5 ZVG festgesetzt auf 63 465,— DM.

Auf die Sammelbekanntmachung am Kopf der Spalte „Zwangsvolleistreibungen“ wird hingewiesen.

6250 Limburg, 4. 3. 1974 Amtsgericht

1074

3 K 21/73: Die ideelle Hälfte des im Grundbuch von Breungeshain, AG-Bezirk Nidda, Band 22, Blatt 855, eingetragenen Grundstücks,

lfd. Nr. 1, Gemarkung Breungeshain, Flur 1, Flurstück 132, Hof- und Gebäudefläche Hoherodskopfstraße, Größe 6,92 Ar,

soll am 30. Mai 1974, 9.30 Uhr, im Gerichtsgebäude Nidda, Schloßgasse 23, Zimmer 1, durch Zwangsvollstreckung versteigert werden.

Eingetragener Eigentümer am 22. Mai 1973 (Tag des Versteigerungsvermerks):

1. a) Albert Appel, Weißbinder, Schotten-Breungeshain, zu 1/2.

Der Wert der ideellen Hälfte des Grundstücks wurde nach § 74 Abs. 5 ZVG festgesetzt auf 89 900,— DM.

Auf die Sammelbekanntmachung am Kopf der Spalte „Zwangsvolleistreibungen“ wird hingewiesen.

6478 Nidda, 5. 3. 1974 Amtsgericht

1075

a) 7 K 397/73 — b) 7 K 400/73 — c) 7 K 403/73: Im Wege der Zwangsvollstreckung sollen die in den Grundbüchern von Heusenstamm a) Band 146, Blatt 5001 — b) Band 149, Blatt 5089 — c) Band 150, Blatt 5113, eingetragenen Wohnungseigentums-

einheiten an dem Grundstück, lfd. Nr. 1, Gemarkung Heusenstamm, Flur 4, Nr. 77/5, LB. 2730, Hof- und Gebäudefläche, Dietzenbacher Straße 1, Größe 85,26 Ar zu a) Nr. 001, b) 089, c) Nr. 113 des Wohnungsaufteilungsplanes,

am Mittwoch, dem 8. Mai 1974, a) 9.00 Uhr, b) 9.15 Uhr, c) 9.30 Uhr, durch das unterzeichnete Gericht, Luisenstraße 16, Gebäude D, oberster Stock, versteigert werden.

Eingetragener Wohnungseigentümer zur Zeit des Versteigerungsvermerks (27. 9. 1973): Rüdiger Kunzelmann, Bankkaufmann, in Heusenstamm.

Die Werte der Wohnungseigentumsanteile sind nach § 74 a Abs. 5 ZVG festgesetzt auf: a) 75 000,— DM, b) 96 000,— Deutsche Mark, c) 96 000,— DM.

Auf die Sammelbekanntmachung am Kopf der Spalte „Zwangsvolleistreibungen“ wird hingewiesen.

6050 Offenbach a. M., 6. 3. 1974 Amtsgericht

1076

61 K 31/71 — **Beschluß:** Das im Grundbuch von Wiesbaden-Innen, Band 434, Blatt 7322, eingetragene Grundstück, Gemarkung Wiesbaden,

lfd. Nr. 1, Flur 103, Flurstück 47/3, Hof- und Gebäudefläche, Kleine Schwalbacher Straße 8, Größe 1,55 Ar,

soll am 7. Mai 1974, 9.00 Uhr, im Gerichtsgebäude Gerichtsstraße 2, Zimmer Nr. 243, durch Zwangsvollstreckung versteigert werden.

Eingetragener Eigentümer am 21. September 1971 (Tag des Versteigerungsvermerks): Kaufmann Willi Schütz, Frankfurt/Main.

Der Wert des Grundstücks ist nach § 74a Abs. 5 ZVG festgesetzt auf 365 000,— DM.

Auf die Sammelbekanntmachung am Kopf der Spalte „Zwangsvolleistreibungen“ wird hingewiesen.

6200 Wiesbaden, 10. 1. 1974 Amtsgericht

1077

61 K 32/71 — **Beschluß:** Das im Grundbuch von Wiesbaden-Innen, Band 400, Blatt 6330, eingetragene Grundstück, Gemarkung Wiesbaden,

lfd. Nr. 1, Flur 103, Flurstück 81/19, Hof- und Gebäudefläche, Kleine Schwalbacher Str. 10, Größe 6,78 Ar,

soll am 7. Mai 1974, 9.00 Uhr, im Gerichtsgebäude, Gerichtsstraße 2, Zimmer Nr. 243, durch Zwangsvollstreckung versteigert werden.

Eingetragener Eigentümer am 21. September 1971 (Tag des Versteigerungsvermerks): Kaufmann Willi Schütz, Frankfurt/Main.

Der Wert des Grundstücks ist nach § 74 a Abs. 5 ZVG festgesetzt auf 1 365 500,— DM.

Auf die Sammelbekanntmachung am Kopf der Spalte „Zwangsvolleistreibungen“ wird hingewiesen.

6200 Wiesbaden, 11. 1. 1974 Amtsgericht

1078

1 K 1/73: Das im Grundbuch von Bad Sooden-Allendorf, Band 99, Blatt 4019, eingetragene Grundstück,

lfd. Nr. 1, Gemarkung Bad Sooden-Allendorf, Flur 16, Flurstück 10/1, Hof- und Gebäudefläche, Kirchstraße 64, Größe 1,93 Ar,

soll am 6. Mai 1974, 10 Uhr, im Gerichtsgebäude Witzenhausen, Walburger Str. 38, Zimmer 121, durch Zwangsvollstreckung versteigert werden.

Eingetragene Eigentümer am 6. 2. 1973/20. 7. 1973 (Tage der Versteigerungsvermerke):

- a) Kaufmann Fritz Huy,
 - b) Ehefrau Franziska Huy, geb. Kocur,
- in Bad Sooden-Allendorf — je zur Hälfte.

Der Wert des Grundstücks ist nach § 74a Abs. 5 ZVG auf 149 000,— DM festgesetzt.

Auf die Sammelbekanntmachung am Kopf der Spalte „Zwangsvolleistreibungen“ wird hingewiesen.

3430 Witzenhausen, 4. 3. 1974 Amtsgericht

Andere Behörden und Körperschaften

1079

Genehmigung zur Einrichtung und zum Betrieb eines Linienverkehrs mit Kraftfahrzeugen

Dem

Verkehrsunternehmen Walter Kreuz —

Inh. Erwin Klein

6341 Haigerseelbach, Hauptstr. 50,

wird nach § 42 des Personenbeförderungsgesetzes (PBefG) vom 21. 3. 1961 (BGBl. I S. 241) die Genehmigung zur Einrichtung und zum Betrieb eines Linienverkehrs mit Kraftfahrzeugen

von a) b) c) d) Haiger

c) Haigerseelbach

nach a) b) c) Haiger

d) Dillenburg

e) Würgendorf

über a) Flammersbach — Langenaubach — Rabenseid — Weißenberg — Liebenseid — Oberdessendorf — Niederdressendorf — Holzhausen — Allendorf

b) Rodenbach — Niederroßbach — Oberroßbach — Weidelbach — Ewersbach — Weidelbach — Offdilln — Dillbrecht — Fellerdilln — Rodenbach

c) Steinbach — Haigerseelbach

d) Sechshelden — Manderbach

e) Steinbach — Haiger — Allendorf

bis zum 30. September 1981 erteilt.

Das Unternehmen unterliegt der Aufsicht des Landrats des Dillkreises in Dillenburg (§ 54 PBefG).

6100 Darmstadt, 11. 1. 1974

Der Regierungspräsident

IV 2 — 66 f 02/07 — K — (5)

Allgemeine Bergverordnung

für das Land Hessen
- ABV - vom 6. 6. 1969

Herausgeber
Hessisches Oberbergamt

Zu beziehen bei

Buch- und Zeitschriftenverlag
Kultur und Wissen
GmbH & Co KG
62 Wiesbaden Wilhelmstr 42

Hausbesitzer Haussockel naß/feucht

Farbe blättert ab Putz fällt ab

Wir legen im Spezialverfahren
Haussockel trocken. Durch un-
ser Verfahren lösen wir alle
Probleme der Mauerfeuchtigkeit
sowie Kellerisolierung einschli-
Verputz und Anstrich.

Bautenschutz A. W. Wilhelm
Telefon: (06 11) 54 30 36 / 37

1080

Genehmigung zur Einrichtung und zum Betrieb eines Linienverkehrs mit Kraftfahrzeugen

Dem Verkehrsunternehmen

Walter Kreuz — Inh. Erwin Klein —,
6341 Haigerseelbach, Hauptstr. 50,

wird nach § 42 des Personenbeförderungsgesetzes (PBefG) vom 21. 3. 1961 (BGBl. I S. 241) die Genehmigung zur Einrichtung und zum Betrieb eines Linienverkehrs mit Kraftfahrzeugen

von a) b) c) Beilstein nach a) b) c) Herboren
d) Rodenroth d) Dillenburg

über a) Beilstein/Halern — Holzhausen — Waldhof
Elgshausen — Greifenstein — Waldhof Elgshausen —
Greifenthal — Katzenfurt — Edingen — Sinn

b) Beilstein/Halern — Rodenroth — Holzhausen —
Greifenthal — Katzenfurt — Edingen — Sinn

c) Beilstein/Halern — Beilstein — Merkenbach

d) Beilstein/Halern — Beilstein — Merkenbach —
Herborn — Burg — Niederscheid

bis zum 30. September 1981 erteilt.

Das Unternehmen unterliegt der Aufsicht des Landrats des Dillkreises in Dillenburg (§ 54 PBefG).

6100 Darmstadt, 11. 1. 1974

Der Regierungspräsident
IV 2 — 66 f 02/07 — K — (4)

1083

Darmstadt: Die Bauleistungen zum 2bahnigen Ausbau und Verlegung der Bundesstraße 448 südlich Offenbach, zwischen Offenbach/Bieber und Hausen-Obertshausen (Baukm 3,285 bis Bau-km 4,567) sollen vergeben werden.

Leistungen u. a.:

25 000 cbm Mutterboden lösen
16 000 cbm Boden lösen
30 000 cbm Boden liefern
2 000 lfd. m Drainage-Rohre
18 000 cbm Frostschutzkies
42 000 qm Zementverfestigung
40 000 qm bit. Tragschicht
37 000 qm Asphaltbinder 0/22
40 000 qm Asphaltbinder 0/16 und Asphaltbeton
1 000 lfd. m Entwässerungsrinne mit Hochbordsteinen
und sonstige Nebenarbeiten.

Bauzeit: 250 Werkzeuge.

Bieter müssen die Bewerbungsbedingungen der Straßenbauverwaltung des Landes Hessen erfüllen.

Die Ausschreibungsunterlagen sind bis spätestens 25. 3. 1974 anzufordern.

Die Quittung über die Einzahlung der Selbstkosten für zwei Ausfertigungen in Höhe von 11,— DM, die in keinem Fall zurückerstattet werden, ist beigelegt.

Einzahlungen bei der Staatskasse Darmstadt, Postscheckkonto Nr. 35599-602 beim Postscheckamt Frankfurt/M. mit Angabe: „Ausschreibungsunterlagen B 448, südl. Offenbach“.

Eröffnung: Donnerstag, den 11. 4. 1974, 10.00 Uhr.

Die Zuschlags- und Bindefrist beträgt 18 Werkzeuge.

6100 Darmstadt, 11. 3. 1974

Hessisches Straßenbauamt

1081

Genehmigung zur Einrichtung und zum Betrieb eines Linienverkehrs mit Kraftfahrzeugen

Der

Spielbank Bad Homburg — Hermann Heitmann KG —
638 Bad Homburg v. d. H., Kisseleffstraße 17

wird nach § 42 des Personenbeförderungsgesetzes (PBefG) vom 21. 3. 1961 (BGBl. I S. 241) die Genehmigung zur Einrichtung und zum Betrieb eines Linienverkehrs mit Kraftfahrzeugen

von Frankfurt/M. nach Bad Homburg v. d. H.

mit folgenden Haltestellen in Frankfurt/M.: Festhalle,
Baseler Platz, Savignystraße
in Bad Homburg v. d. H.: Kurpark

erteilt.

Es dürfen nur Besucher der Spielbank Bad Homburg v. d. H. zwischen Frankfurt/M. und Bad Homburg v. d. H. bzw. umgekehrt befördert werden.

Die Genehmigung gilt bis zum 31. Januar 1982.

Das Unternehmen unterliegt der Aufsicht des Landrats des Hochtaunuskreises in Bad Homburg v. d. H. (§ 54 PBefG).

6100 Darmstadt, 18. 1. 1974

Der Regierungspräsident
IV 2 — 66 f 02/07 — S — (2)

1082

Genehmigung zur Einrichtung und zum Betrieb eines Linienverkehrs mit Kraftfahrzeugen

Der

Verkehrsunternehmerin Frau Eilfriede Welsch,
6349 Herborenseelbach, Gewenn 21

wird nach § 42 des Personenbeförderungsgesetzes (PBefG) vom 21. 3. 1961 (BGBl. I S. 241) die Genehmigung zur Einrichtung und zum Betrieb eines Linienverkehrs mit Kraftfahrzeugen

von Wilsbach nach Sinn

über Roßbach — Niederweidbach — Mudersbach —
Altenkirchen — Bellersdorf — Bischoffen — Offenbach
— Bicken — Herborenseelbach — Burg — Herboren

bis zum 30. September 1981 erteilt.

Das Unternehmen unterliegt der Aufsicht des Landrats des Dillkreises in Dillenburg (§ 54 PBefG).

6100 Darmstadt, 6. 2. 1974

Der Regierungspräsident
IV 2 — 66 f 02/07 — W — (3)

Öffentliche Ausschreibungen

1084

Darmstadt: Die Bauleistungen zum Ausbau der Kreisstr. 153, Beseitigung des höhengleichen Bahnüberganges in Stockstadt und Anschluß der Bundesstraße 44 (km 19,489 bis km 20,422 und km 14,388 bis km 14,722) sollen vergeben werden.

Leistungen u. a.:

4 500 cbm Mutterboden lösen
40 000 cbm Boden liefern
3 300 cbm Frostschutzkies
8 200 qm Verfestigung mit Zement
3 800 t bit. Tragschicht
650 t Asphaltbinder 0/22
12 500 qm Asphaltbinder 0/16 und Asphaltbeton
250 lfd. m Entwässerungsrinne in Beton
und sonstige Nebenarbeiten.

Bauzeit: 350 Werkzeuge.

Bieter müssen die Bewerbungsbedingungen der Straßenbauverwaltung des Landes Hessen erfüllen.

Die Ausschreibungsunterlagen sind bis spätestens 18. 3. 1974 anzufordern.

Die Quittung über die Einzahlung der Selbstkosten für zwei Ausfertigungen in Höhe von 10,— DM, die in keinem Fall zurückerstattet werden, ist beigelegt.

Einzahlungen bei der Staatskasse Darmstadt, Postscheckkonto Nr. 35599-602 beim Postscheckamt Frankfurt/M. mit Angabe: „Ausschreibungsunterlagen K 153, Stockstadt“.

Eröffnung: Freitag, den 29. 3. 1974, 10.00 Uhr.

Die Zuschlags- und Bindefrist beträgt 18 Werkzeuge.

6100 Darmstadt, 1. 3. 1974

Hessisches Straßenbauamt

1085

Eschwege: Die Bauleistungen für den Neubau der Überführung eines Ortsverbindungsweges (BW 2) in Bau-km 0,9 + 89,725 der B 27 — Umgehung Marzhausen, Werra-Meißner-Kreis, sollen vergeben werden.

Leistungen u. a.

- 2200 cbm Bodenaushub,
- 85 cbm Stahlbeton der Fundamente in Bn 250,
- 270 cbm Stahlbeton der Widerlager in Bn 250,
- 55 t Betonstahl St. 42/50,
- 4 t Spannstahl 145/160 der Längsvorspannung,
- 175 cbm Spannbeton Bn 350,
- 145 qm Mastixabdichtung,
- 145 qm Gußasphalt-Schutzschicht

und sonstige Nebenarbeiten.

Bauzeit: 250 Werkstage einschl. Statik und Ausführungszeichnungen.

Die Bieter müssen die Bewerbungsbedingungen der Straßenbauverwaltung des Landes Hessen erfüllen.

Angebotsunterlagen sind bis spätestens 27. 3. 1974 anzufordern. Diese werden dann in doppelter Ausfertigung gegen eine Kostenerstattung in Höhe von 25.— DM abgegeben.

Der Betrag ist vor Abgabe der Unterlagen bei der Staatskasse Bad Hersfeld, Postscheckkonto Frankfurt/Main 67 53, oder Konto Nr. 301 bei der Kreis- und Stadtparkasse Bad Hersfeld oder Konto Nr. 532 015 01 bei der Landeszentralbankstelle in Bad Hersfeld unter Angabe der Zweckbestimmung einzuzahlen.

Eröffnungstermin am 18. 4. 1974 um 10.30 Uhr beim Hess. Straßenbauamt Eschwege.

Zuschlags- und Bindefrist beträgt 21 Werkstage.

3440 Eschwege, 6. 3. 1974 **Hessisches Straßenbauamt**

1086

Eschwege: Die Bauleistungen für den Neubau der UF der Fulda im Zuge der L 3224 bei Obermelsungen, Bau-km 0 + 083 bis 0 + 196, Schwalm-Eder-Kreis, sollen vergeben werden.

Leistungen u. a.

- 830 qm neue Spundwände,
- 2400 cbm Bodenaushub,
- 200 cbm Fundamentbeton Bn 250,
- 420 cbm Widerlagerbeton Bn 350,
- 800 cbm Spannbeton Bn 350,
- 140 t Betonstahl St. 42/50,
- 42 t Spannstahl für Längs- und Quervorspannung,
- 1200 qm Mastixabdichtung,
- 330 qm Gußasphalt-Schutzschicht

und sonstige Nebenarbeiten.

Bauzeit: 350 Werkstage einschl. Statik und Ausführungszeichnungen.

Bieter müssen die Bewerbungsbedingungen der Straßenbauverwaltung des Landes Hessen erfüllen.

Angebotsunterlagen sind bis spätestens 3. 4. 1974 anzufordern. Diese werden dann in doppelter Ausfertigung gegen eine Kostenerstattung in Höhe von 28.— DM abgegeben.

Der Betrag ist vor Abgabe der Unterlagen bei der Staatskasse Bad Hersfeld, Postscheckkonto Frankfurt/Main 67 53 oder Konto Nr. 301 bei der Kreis- und Stadtparkasse Bad Hersfeld oder Konto Nr. 532 015 01 bei der Landeszentralbankstelle in Bad Hersfeld unter Angabe der Zweckbestimmung einzuzahlen.

Eröffnungstermin am 30. 4. 1974 um 10.00 Uhr beim Hess. Straßenbauamt Eschwege.

Zuschlags- und Bindefrist beträgt 30 Werkstage.

3440 Eschwege, 6. 3. 1974 **Hessisches Straßenbauamt**

1087

Hanau: Die Bauleistungen für die Verbreiterung der Steinaubachbrücke im Zuge der Landesstraße 3179 in Steinaubach, Krs. Schlüchtern, km 0,496, sollen vergeben werden.

Leistungen u. a.:

- 200 cbm Baugrubenaushub
- 30 cbm Stahlbeton Bn 350
- 40 cbm Leichtbeton (Bims- oder Hochofenschlacke) als Füllbeton
- 10 t Betonstahl BSt 42/50
- 30 qm Abdichtung (Mastix)
- 100 qm Isolieranstrich
- 65 qm Gußasphalt (zweilagig)
- 30 m Stabgeländer
- 50 qm Betonsteinpflaster

Bauzeit: 60 Werkstage.

Bieter müssen die Bewerbungsbedingungen der Straßenbauverwaltung des Landes Hessen erfüllen.

Die Ausschreibungsunterlagen sind bis zum 22. März 1974 anzufordern.

Die Quittung über die Einzahlung der Selbstkosten für zwei Ausfertigungen in Höhe von 25.— DM, die in keinem Falle zurückerstattet werden, ist beizufügen.

Einzahlungen bei der Staatskasse Frankfurt a. M., Postscheckkonto 6821-601 beim Postscheckamt Frankfurt a. M., mit Angabe: „Ausschreibungsunterlagen für Steinaubachbrücke i. Z. der L 3179 in Steinaubach“

Eröffnungstermin: Donnerstag, den 4. April 1974, 10.00 Uhr, im Verhandlungsraum.

Die Zuschlags- und Bindefrist: 25. April 1974.

6450 Hanau a. M., 8. 3. 1974 **Hessisches Straßenbauamt**

1088

Hanau: Die Bauleistungen für den Umbau der Landesstraße 3314 im Zuge der Ortsdurchfahrt Brachtal, Ortsteil Streitberg, Kreis Gelnhausen, zwischen km 4,352 und km 4,917, sollen vergeben werden.

Leistungen u. a.:

- 1500 cbm Bodenabtrag nach Profilen sowie für Auskofferrung, Mauern, Fundamente und Rohrgräben,
- 2000 qm Aufbruch befestigter Verkehrsfläche bis 15 cm und 30 cm dick,
- 1400 t Hartsteinfrostschutzmaterial,
- 800 t bit. Tragschicht, 12 cm dick, und Profilausgleich,
- 4000 qm Asphaltbinder, 3,5 cm dick,
- 4300 qm Asphaltbeton, 3,5 cm dick,
- 1250 m Entwässerungsrinne in Betonplatten, 30 cm breit,
- 465 m Einfriedigungen und Toranlagen verändern.

Bauzeit: 120 Werkstage.

Bieter müssen die Bewerbungsbedingungen der Straßenbauverwaltung des Landes Hessen erfüllen.

Die Ausschreibungsunterlagen sind bis zum 26. März 1974 anzufordern. Die Quittung über die Einzahlung der Selbstkosten für zwei Ausfertigungen in Höhe von 20,00 DM, die in keinem Falle zurückerstattet werden, ist beizufügen.

Einzahlungen bei der Staatskasse Frankfurt a. M., Postscheckkonto 68 21-601 beim Postscheckamt Frankfurt a. M., mit Angabe: „Ausschreibungsunterlagen für Umbau der L 3314 i. Z. der OD Brachtal, OT Streitberg“.

Eröffnungstermin: Montag, den 8. April 1974, 10.00 Uhr, im Verhandlungsraum.

Die Zuschlags- und Bindefrist beträgt 21 Werkstage.

6450 Hanau a. M., 8. 3. 1974 **Hessisches Straßenbauamt**

1089

Hanau: Die Bauleistungen für die Erneuerung eines Stahlbetonrohrdurchlasses NW 1200 im Zuge der Landesstraße 3178 in Salzmünster, Stadtteil Romsthal, Kreis Schlüchtern, km 4,434, sollen vergeben werden.

Leistungen u. a.:

- 100 cbm Baugrubenaushub,
- 20 cbm Abbruch Sandsteinmauerwerk,
- 20 cbm Stahlbeton Bn 350,
- 20 cbm Beton Bn 100 (Füllbeton),
- 18 m Stahlbetonrohre NW 1200,
- 2 t Betonstahl BSt 42/50,
- 50 qm Isolieranstrich,
- 40 t Mineralgemisch 0/35 mm,
- 30 t Bindemittelmineralgemisch 0/30 mm,
- 15 t Asphaltfeinbeton.

Bauzeit: 72 Werkstage.

Bieter müssen die Bewerbungsbedingungen der Straßenbauverwaltung des Landes Hessen erfüllen.

Die Ausschreibungsunterlagen sind bis zum 28. März 1974 anzufordern. Die Quittung über die Einzahlung der Selbstkosten für zwei Ausfertigungen in Höhe von 20,00 DM, die in keinem Falle zurückerstattet werden, ist beizufügen.

Einzahlungen bei der Staatskasse Frankfurt a. M., Postscheckkonto 68 21-601 beim Postscheckamt Frankfurt a. M., mit Angabe: „Ausschreibungsunterlagen für Rohrdurchlaß NW 1200 in Salzmünster, ST Romsthal“.

Eröffnungstermin: Donnerstag, den 4. April 1974, 10.30 Uhr, im Verhandlungsraum.

Die Zuschlags- und Bindefrist: 25. April 1974.

6450 Hanau a. M., 8. 3. 1974 **Hessisches Straßenbauamt**

**ANZEIGEN-
ANNAHMESCHLUSS**

Jeden Montag um
14 Uhr für die am
 darauffolgenden
 Montag erscheinende
 Ausgabe des
 Staatsanzeiger

**BAUTENSCHUTZ
WILHELM**

Spezial-Abdichtung

Telefon 06 11 / 54 30 36 / 37

1090

Fulda: Durch das Hess. Straßenbauamt Fulda sollen die Straßenbauarbeiten — Fahrbahnverbreiterung und Linienkorrektur der L 3141 zwischen Neuhof — OT Hauswurz — und Flieden — OT Buchenrod —, km 0,030—2,850 = 2820 m — vergeben werden.

Auszuführen sind:

- rd. 11 000 cbm Erdbewegung
- rd. 10 000 t Basaltmaterial d. K. 0/45 mm als Schottertragschicht
- rd. 4 000 t Asphalttragschicht d. K. 0/32 mm, bis 8 cm dick
- rd. 16 000 qm Teerasphaltbeton d. K. 0/11 mm, 4,0 cm dick sowie sonstige Nebenarbeiten.

Die Bauarbeiten sollen im Frühjahr 1974 begonnen werden und sind bis zum 30. Juni 1975 zu beenden.

Die Angebotsunterlagen werden in doppelter, Planunterlagen (Lagepläne) in einfacher Ausfertigung gegen eine Kostenerstattung in Höhe von 40,— DM abgegeben. Der Betrag ist vor Abgabe der Unterlagen bei der Staatskasse Bad Hersfeld, PSchKto. Ffm. Nr. 6753, mit obiger Angabe, einzuzahlen. Die Quittung ist vorzulegen.

Selbstabholer erhalten die Ausschreibungsunterlagen gegen Vorlage der Einzahlungsquittung von Montag bis Freitag, in der Zeit von 8.00 bis 12.00 Uhr.

Der **Eröffnungstermin** findet am Dienstag, dem 9. April 1974, 10.00 Uhr, im Hess. Straßenbauamt Fulda, Behördenhaus, Schillerstraße 8, statt.

Die **Zuschlags- und Bindefrist** endet am 15. Mai 1974, 24.00 Uhr.
6400 Fulda, 8. 3. 1974 Hessisches Straßenbauamt

1091

Hanau: Die Bauleistungen für die Anlage einer Linksabfließspur in das Industriegebiet Bruchköbel im Zuge der B 45 von km 4,655 bis km 5,045 sollen vergeben werden.

Leistungen u. a.:

- ca. 530 cbm Erdabtrag,
- ca. 100 cbm Dammschüttmaterial,
- ca. 570 t Hartsteinfrostschutzmaterial 0/56 mm, bit. Mischgut 0/32 mm, 15 cm dick,
- ca. 750 qm Asphaltbinder 0/22 mm, 5 cm dick,
- ca. 750 qm Asphaltbeton 0/11 mm, 3,5 cm dick,
- ca. 420 m Bordsteine und Rinne,
- ca. 650 qm Seitenstreifen regulieren.

Bauzeit: 60 Werktage.

Bieter müssen die Bewerbungsbedingungen der Straßenbauverwaltung des Landes Hessen erfüllen.

Die Ausschreibungsunterlagen sind bis zum 21. März 1974 anzufordern. Die Quittung über die Einzahlung der Selbstkosten für zwei Ausfertigungen in Höhe von 8,00 DM, die in keinem Falle zurückerstattet werden, ist beizufügen.

Einzahlungen bei der Staatskasse Frankfurt a. M., Postscheckkonto 68 21-601 beim Postscheckamt Frankfurt a. M., mit Angabe: „Ausschreibungsunterlagen für Anlage einer LA-Spur in das Industriegebiet Bruchköbel i. Z. der B 45“.

Eröffnungstermin: Donnerstag, den 28. März 1974, 10.00 Uhr, im Verhandlungsraum.

Die **Zuschlags- und Bindefrist** beträgt 18 Werktage.
6450 Hanau a. M., 8. 3. 1974 Hessisches Straßenbauamt

1092

Darmstadt: Die Bauleistungen zum Ausbau der Bundesstraße Nr. 26, Kreuzung Flughafenstr.—Autohof Griesheim (km 4,779 bis km 4,374) sollen vergeben werden.

Leistungen u. a.:

- 500 cbm Boden lösen
- 1100 t Schottertragschicht
- 600 t bit. Tragschicht
- 220 t Asphaltbinder 0/22
- 2000 qm Asphaltbinder 0/16 und Asphaltbeton 0/8
- 400 lfd. m Entwässerungsrinne mit Hochbordsteine in Beton und sonstige Nebenarbeiten.

Bauzeit: 50 Werktage.

Bieter müssen die Bewerbungsbedingungen der Straßenbauverwaltung des Landes Hessen erfüllen.

Die Ausschreibungsunterlagen sind bis spätestens 18. März 1974 anzufordern.

Die Quittung über die Einzahlung der Selbstkosten für zwei Ausfertigungen in Höhe von 9,— DM, die in keinem Fall zurückerstattet werden, ist beizufügen.

Einzahlungen bei der Staatskasse Darmstadt, Postscheckkonto Nr. 35599-602 beim Postscheckamt Frankfurt/M. mit Angabe: „Ausschreibungsunterlagen B 26, Kreuzung Autohof Griesheim“.

Eröffnung: Donnerstag, den 28. 3. 1974, 10.00 Uhr.

Die **Zuschlags- und Bindefrist** beträgt 18 Werktage.
6100 Darmstadt, 1. 3. 1974 Hessisches Straßenbauamt

1093

Frankfurt: Die Bauleistungen für Baumaßnahme 74-13, Erneuerung der Gußasphaltdeckschicht zwischen km 98,83 und km 100,1 — Ostseite — Haupt- und Überholspur, sowie zwischen km 101,2 und km 101,65 — Ostseite — 3. Spur, auf der BAB-Strecke A 15 im Bereich der Autobahnmeisterei Idstein, sollen vergeben werden.

Leistungen u. a.:

- 11 300 qm Gußasphaltdeckschicht 3,5 cm dick abschälen
- 1 000 t bitum. Ausgleich 0—11 mm liefern und einbauen
- 11 300 qm Gußasphaltdeckschicht 3,5 cm dick herstellen

Bauzeit: 20 Werktage.

Voraussichtlicher Arbeitsbeginn: 24. April 1974.

Bieter werden gebeten, dem Autobahnamt Frankfurt (M.), Münchener Straße 4—6, bis spätestens 27. 3. 1974 schriftlich mitzuteilen, ob sie die Unterlagen abholen oder Postzustellung wünschen. Der Beleg über die Einzahlung von 35,— DM (Mehrwertsteuer entfällt) für 2 Ausfertigungen bei der Staatskasse Frankfurt (M.), Postscheckkonto Frankfurt (M.) 6821 mit der Angabe: Ausschreibungsunterlagen für 74-13, Teppichbelag A 15 — Ostseite — zwischen km 98,8 und km 101,65, ist beizufügen.

Für Selbstabholer werden die bestellten Ausschreibungsunterlagen am 28. 3. 1974, in der Zeit von 9.00 Uhr bis 15.00 Uhr, beim Autobahnamt Frankfurt (M.), Zimmer 423, abgegeben.

Eröffnungstermin am 11. April 1974, 10.00 Uhr, im Zimmer 421, des Autobahnamtes Frankfurt (M.), Münchener Straße 4—6.

Zuschlags- und Bindefrist: 30. April 1974.

Bieter müssen die Bewerbungsbedingungen der Straßenbauverwaltung des Landes Hessen erfüllen, deren Druckstücke zum Preise von 3,— DM/Stück bei jedem Hessischen Straßenbauamt und dem hiesigen Amt erhältlich sind.
6000 Frankfurt (M.), 11. 3. 1974 Autobahnamt Frankfurt (M.)

1094

Bad Hersfeld: Die Arbeiten für den Neubau einer Unterführung der Bundesbahnstrecke Frankfurt/M.—Göttingen im Bahnhof Mecklar im Zuge der Kreisstraße Nr. 1, Kreis Hersfeld-Rotenburger, sollen in öffentlicher Ausschreibung vergeben werden.

Auszuführen sind:

a) Brückenbauwerk:

- ca. 220 lfd. m Stahlbetongroßbohrpfähle
- ca. 5000 cbm Baugrubenaushub und Boden für Dammschüttung
- ca. 1650 cbm Beton und Stahlbeton
- ca. 130 t Betonstahl
- ca. 22 t Spannstahl
- ca. 1130 qm Mastix-Isolierung
- ca. 720 qm Gußasphalt
- ca. 230 lfd. m Geländer

b) Bahnsteigzugänge als Treppen:

- ca. 350 qm Spundwände
- ca. 120 qm Bodenaushub
- ca. 135 cbm Beton- und Stahlbeton
- ca. 220 lfd. m Keilfertigstufen
- ca. 80 lfd. m Stahlrohrschutzgitter

sowie sonstige Arbeiten

Bauzeit: 400 Werktage.

Die Bieter müssen die Bewerbungsbedingungen des Landes Hessen erfüllen.

Angebotsunterlagen sind bis zum 29. März 1974 unter Beifügung der Quittung über die Einzahlung der Selbstkosten in Höhe von 60,— DM für 2 Ausfertigungen schriftlich anzufordern.

Der Betrag ist bei der Staatskasse Bad Hersfeld, Postscheckkonto Ffm., Nr. 6753, oder Sparkasse Bad Hersfeld-Rotenburger in Bad Hersfeld, Kto.-Nr. 301, unter Angabe der Zweckbestimmung einzuzahlen.

Eröffnungstermin ist am 30. April 1974, um 11.00 Uhr, im Gebäude des Hess. Straßenbauamtes Bad Hersfeld, Hubertusweg Nr. 19.

6430 Bad Hersfeld, 8. 3. 1974 Hessisches Straßenbauamt

Feuchtigkeitsschäden Hausschwamm

auch schwierige Fälle beseitigt nach dem neuesten Stand der modernen Technik.

W. Wilhelm
8 Frankfurt am Main
Eckenheimer Landstraße 461
Telefon: (06 11) 54 30 36 / 37

REKLAMATIONEN

bei Ausbleiben des Staatsanzeigers sofort an die Postanstalt richten, von der die Zustellung erfolgt — Nachlieferung durch den Verlag gegen Entrichtung der Gebühren lt. Impresum.

1095

Eschwege: Die Bauleistungen für den Ausbau der Bundesstraße 487, km 12,829—13,556 und 5,205—3,251 = 2 700 m, zwischen Retterode und Schnellrode, sollen vergeben werden.

Leistungen u. a.:

- 5 000 cbm Mutterboden abtragen
- 40 000 cbm Erdbewegung
- 11 000 cbm 1. Tragschicht, Kies 0/32 mm (21 cm dick)
- 2 000 cbm 2. Tragschicht, Basaltmaterialien 0/32 mm (10 cm dick)
- 19 000 qm bit. 3. Tragschicht 0/32 mm (11 cm dick)
- 19 000 qm Asphaltbinderschicht 0/16 mm (4 cm dick)
- 19 000 qm Asphaltbetondeckschicht 0/11 mm (4 cm dick)

und sonstige Nebenarbeiten.

Bauzeit: 380 Werktage einschl. Winterunterbrechung.

Bieter müssen die Bewerbungsbedingungen der Straßenbauverwaltung des Landes Hessen erfüllen.

Geforderte Sicherheitsleistung: 5% der Auftragssumme.

Die Zahlung erfolgt entsprechend den ZVStr 73 § 13. Es bleibt vorbehalten, vor Zuschlagserteilung von den Bewerbern Nachweise über Fachkunde Leistungsfähigkeit und Zuverlässigkeit entsprechend VOB/A, § 8, Abs. 3, anzufordern.

Die Vergabeunterlagen können bei der ausschreibenden Stelle, Abteilung Baudurchführung Straßen, Eschwege, Max-Woelm-Str. Nr. 3 (Böddickerbau), II. Stock, während der Besuchszeiten von 9.00—12.00 und 14.00—15.30 Uhr, eingesehen werden.

Angebotsunterlagen sind bis spätestens 3. 4. 1974 anzufordern. Die Quittung über die Einzahlung der Selbstkosten für zwei Ausfertigungen in Höhe von 25,— DM ist beizufügen.

Der Betrag ist bei der Staatskasse Bad Hersfeld, Postscheckkonto Frankfurt/Main 6753 oder Konto Nr. 301 bei der Kreis- und Stadtparkasse Bad Hersfeld oder Konto Nr. 532 015 01 bei der Landeszentralbankstelle in Bad Hersfeld unter Angabe „Frostschäden auf der B 487 zwischen Retterode und Schnellrode“ einzuzahlen.

Eröffnungstermin: Eschwege, den 24. April 1974, um 10.00 Uhr beim Hess. Straßenbauamt Eschwege, Friedrich-Wilhelm-Str. 52, Erdgeschoß. Zur Teilnahme am Eröffnungstermin sind nur die Bieter bzw. ihre Bevollmächtigten zugelassen.

Zuschlags- und Bindefrist beträgt 35 Werktage.

3440 Eschwege, 28. 2. 1974 Hessisches Straßenbauamt

1096

Wiesbaden: Die Arbeiten für den Ausbau der B 275 in der Ortslage Bad Schwalbach, Untere und Obere Brunnenstraße, von km 0,000 bis 0,200 und von km 14,740—14,940, sollen vergeben werden.

Auszuführen sind:

- ca. 2500 cbm Boden 2.23—2.27 einschl. Fahrbahnbefestigung lösen, laden und abfahren
- ca. 3600 qm Planum herstellen
- ca. 1500 cbm Frostschutz liefern und einbauen
- ca. 3500 qm Tragschicht 0/32 mm herstellen
- ca. 3500 qm Binderschicht 0/16 herstellen
- ca. 3500 qm Deckschicht 0/11 mm herstellen
- ca. 100 cbm Frostschutz 0/45 für Gehwege liefern und einbauen
- ca. 1800 qm Deckschicht 0/5 mit 50 kg/qm herstellen;
- ca. 900 m Bordsteine aufnehmen und abfahren
- ca. 900 m Bordsteine liefern und einbauen

Bauzeit: 100 Werktage.

Die Bieter müssen nachweisbar für Bauleistungen gleicher oder ähnlicher Art qualifiziert sein und über die geeigneten Fachkräfte und die erforderlichen Maschinen und Geräte verfügen. Die Ausschreibungsunterlagen sind bis spätestens 28. 3. 1974 anzufordern mit der Angabe, ob diese abgeholt oder durch die Post übersandt werden sollen. Die Quittung über die Einzahlung der Selbstkosten für 2 Ausfertigungen in Höhe von 11,— DM, die in keinem Fall zurückstattet werden, ist beizufügen. Einzahlung bei der Staatskasse Wiesbaden, Postscheckkonto: Frankfurt/M. Nr. 6830, zugunsten des Hess. Straßenbauamtes Wiesbaden unter Angabe des Vermerkes: „Ausbau der OD Bad Schwalbach, Untere und Obere Brunnenstraße im Zuge der B 275“.

Selbstabholer erhalten die bestellten Ausschreibungsunterlagen gegen Vorlage der Vollmacht ab sofort in der Zeit von 9.00 bis 15.30 Uhr beim Hess. Straßenbauamt Wiesbaden, Klopstockstr. 6, Zimmer 33.

Eröffnung: Im Hess. Straßenbauamt Wiesbaden, Klopstockstr. 6, Zimmer 13, am 5. April 1974, 10.30 Uhr. Zugelassen sind nur die Bieter und ihre Bevollmächtigten.

Die **Zuschlags- und Bindefrist** beträgt 20 Werktage. Bei Zuschlagserteilung sind 5% der Auftragssumme als Sicherheit zu leisten.

Die Bieter müssen die Bewerbungsunterlagen der Straßenbauverwaltung des Landes Hessen erfüllen.

6200 Wiesbaden, 8. 3. 1974 Hessisches Straßenbauamt

Knödler baut den Kindergarten, den Sie brauchen



- Den Schnellen (Bauzeit ca. 8 Wochen)
- Den Preiswerten (nur DM 600,- bis DM 650,- pro qm - schlüsselartig)
- Den Variablen (C-Adresse beweglich)
- Den Erweiterungs-fähigen (jederzeit auch nachträglich zu erweitern)
- Den Anpassungs-fähigen (Sie können nach dem Ist-Stand bauen und erweitern)
- Den Förderungswürdigen (entspricht den Bedingungen für die Förderung durch Landesmittel)



Fertigbau Knödler

Kurt Knödler GmbH & Co.
7131 Ölbronn/Maulbronn
Tel. (07043)14-1

1097

Fulda: Durch das Hess. Straßenbauamt Fulda sollen die Straßenbauarbeiten — Verlegung mit Teilumgehungen im Zuge der L 3142 in Bad Salzschlirf, km 0,070—0,942 (Baustat. 0+00 bis 0+872 = 872 m) — vergeben werden.

Auszuführen sind:

- rd. 36 000 cbm Erdbewegung
- rd. 2 000 cbm Basaltmaterial d. K. 0/45 mm als Schotter-tragschicht
- rd. 6 600 qm Asphalttragschicht d. K. 0/22 mm, 5 cm dick
- rd. 6 500 qm Asphaltbeton d. K. 0/11 mm, 4,0 cm dick sowie sonstige Nebenarbeiten.

Die Bauarbeiten sollen im April 1974 begonnen werden und sind bis zum 31. Oktober 1975 zu beenden.

Die Angebotsunterlagen werden in doppelter, Planunterlagen (Lagepläne) in einfacher Ausfertigung gegen eine Kostenerstattung in Höhe von 40,— DM abgegeben. Der Betrag ist vor Abgabe der Unterlagen bei der Staatskasse Bad Hersfeld, PSchKto. Ffm Nr. 6753, mit obiger Angabe einzuzahlen. Die Quittung ist vorzulegen.

Selbstabholer erhalten die Ausschreibungsunterlagen gegen Vorlage der Einzahlungsquittung von Montag bis Freitag in der Zeit von 8.00 bis 12.00 Uhr.

Der **Eröffnungstermin** findet am Donnerstag, dem 4. April 1974, 10.00 Uhr, im Hess. Straßenbauamt Fulda, Behördenhaus, Schillerstraße 8, statt.

Die **Zuschlags- und Bindefrist** endet am 15. Mai 1974, 24.00 Uhr.
6400 Fulda, 8. 3. 1974 Hessisches Straßenbauamt

Loseblattsammlung der baulichen und sicherheitstechnischen Bestimmungen des vorbeugenden Brandschutzes

VORBEUGENDER BRANDSCHUTZ

Herausgeber: Vereinigung zur Förderung des Deutschen Brandschutzes (VFDB) e. V., Bonn

Bestellungen erbeten an Buch- und Zeitschriftenverlag Kultur und Wissen GmbH & Co KG
62 Wiesbaden, Wilhelmstr. 42
Telefon (0 61 21) 3 96 71

Altbau-Sanierungen Schwammschäden Feuchtigkeitsschäden Kellerfeuchtigkeit Mauerfeuchtigkeit

Balkone / Terrassen Wohnungen und Fassaden Kondensschäden / Ausblühungen

Rufen Sie uns an: wir informieren Sie kostenlos.

Durch unser Verfahren lösen wir alle Probleme mit voller Garantie des Erfolges, schnell und dauerhaft, auch in schwierigsten Fällen.

A. W. Wilhelm, 6 Ffm. Bautenschutz Eckenh. Landstraße 461 Tel.: (06 11) 54 30 36 - 37

1098

Frankfurt: Die Bauleistungen für Baumaßnahme 74-14; Erneuerung der Gußasphaltdeckschicht zwischen km 98,83 und km 101,5 — Westseite — auf der BAB-Strecke A 15 im Bereich der Autobahnmeisterei Idstein sollen vergeben werden.

Leistungen u. a.

20 000 qm Gußasphalt, 3,5 cm dick, abschälen,
2 000 t bitum. Ausgleich, 0—11 mm, liefern und einbauen,
10 000 qm Gußasphalt, 3,5 cm dick, herstellen.

Bauzeit: 20 Werktage.

Voraussichtlicher Arbeitsbeginn: 24. April 1974.

Bewerber werden gebeten, dem Autobahnamt Frankfurt/M., Münchener Straße 4—6, bis spätestens 27. 3. 1974 schriftlich mitzuteilen, ob sie die Unterlagen abholen oder Postzustellung wünschen.

Der Beleg über die Einzahlung von 35,00 DM (Mehrwertsteuer entfällt) für 2 Ausfertigungen bei der Staatskasse Frankfurt/M., Postscheckkonto Frankfurt/M. 68 21 mit der Angabe: Ausschreibungsunterlagen für 74-14. Teppichbelag A 15 — Westseite — zwischen km 98,8 und km 101,5, ist beizufügen.

Für Selbstabholer werden die bestellten Ausschreibungsunterlagen am 28. 3. 1974 in der Zeit von 9.00 Uhr bis 15.00 Uhr beim Autobahnamt Frankfurt/M., Zimmer 423, ausgegeben.

Eröffnungstermin am 11. April 1974, 10.15 Uhr, im Zimmer 421 des Autobahnamtes Frankfurt/M., Münchener Straße 4—6.

Zuschlags- und Bindefrist: 30. April 1974.

Bietler müssen die Bewerbungsbedingungen der Straßenbauverwaltung des Landes Hessen erfüllen, deren Druckstücke zum Preise von 3,00 DM/Stück bei jedem Hessischen Straßenbauamt und dem hiesigen Amt erhältlich sind.

6000 Frankfurt/M., 11. 3. 1974

Autobahnamt Frankfurt/M.

1099

Wiesbaden: Die Arbeiten für die Beseitigung von Fahrbahnschäden (Flickarbeiten) im Bereich der SM — Hofheim sollen vergeben werden.

Auszuführen sind:**A Bundesstraßen**

400 lfd. m Betonrinnenplatten auswechseln
250 t bit. Mischgut liefern und einbauen
sowie andere verschiedene Arbeiten

B Landesstraßen

70 t Bitumenemulsion liefern und einbauen
600 t Basaltdelsplitt liefern und einbauen
1600 qm Asphaltfeinbeton-Decke herstellen

sowie andere verschiedene Arbeiten

Bauzeit: zu A) 25 Werktage, zu B) 45 Werktage.

Die Bietler müssen nachweisbar für Bauleistungen gleicher oder ähnlicher Art qualifiziert sein und über die geeigneten Fachkräfte und die erforderlichen Maschinen und Geräte verfügen. Die Ausschreibungsunterlagen sind bis spätestens 25. März 1974 anzufordern mit der Angabe, ob diese abgeholt oder durch die Post übersandt werden sollen. Die Quittung über die Einzahlung der Selbstkosten für 2 Ausfertigungen in Höhe von 12,— DM, die in keinem Fall zurückerstattet werden, ist beizufügen. Einzahlung bei der Staatskasse Wiesbaden, Postscheck-Kto.: Frankfurt/M. Nr. 6830, zugunsten des Hess. Straßenbauamtes Wiesbaden unter Angabe des Vermerkes.

Selbstabholer erhalten die bestellten Ausschreibungsunterlagen gegen Vorlage der Vollmacht ab 4. 4. 1974 in der Zeit von 9.00 bis 15.30 Uhr beim Hess. Straßenbauamt Wiesbaden, Klopstockstr. 6, Zimmer 25.

Eröffnung: Im Hess. Straßenbauamt Wiesbaden, Klopstockstr. 6, Zimmer 13, am 17. April 1974, 10.00 Uhr.

Die Zuschlags- und Bindefrist beträgt 20 Werktage.

Die Bietler müssen die Bewerbungsbedingungen der Straßenbauverwaltung des Landes Hessen erfüllen.

6200 Wiesbaden, 7. 3. 1974

Hessisches Straßenbauamt

Der „Staatsanzeiger für das Land Hessen“ erscheint wöchentlich montags fortlaufender Bezug nur durch die Postämter. Bezugspreis vierteljährlich DM 18,80 (einschließlich 5% MwSt. = 0,98 DM MWST.) Herausgeber: Der Hessische Minister des Innern Verantwortlich für den redaktionellen Inhalt des amtlichen Teils Ministerialrat Gantz für den übrigen Teil Karl Blum Wiesbaden Verlag Buch- und Zeitschriftenverlag Kultur und Wissen GmbH & Co KG 62 Wiesbaden, Postfach 1329. Postscheckkonto Frankfurt/M. Nr. 143 60-603 Bankkonto Bank für Gemeinwirtschaft Wiesbaden, Nr. 10 143 800 Druck: Pressehaus Geisel Nachf. 62 Wiesbaden Anzeigenannahme und Ver-

1100

Bei der

Universitätsstadt Marburg a. d. Lahn

ist die Stelle des

**Leiters
des Rechtsamtes**

(A 14 HBO mit Aufstiegsmöglichkeit)

zum nächstmöglichen Termin zu besetzen.

Dem Inhaber der Stelle obliegt die Beratung der Verwaltung in allen Rechtsangelegenheiten sowie die Prozeßführung.

Interessante Aufgabengebiete ergeben sich insbesondere durch die bevorstehende Gebietsreform und die begonnene Altstadtanierung.

Der Bewerber muß die Befähigung zum Richteramt besitzen und die beamtenrechtlichen Voraussetzungen erfüllen.

Erfahrungen in einer Kommunalverwaltung sind erwünscht.

Gesucht wird eine tatkräftige, verantwortungsfreudige, zielstrebige und umsichtige Persönlichkeit mit gutem Verhandlungsgeschick und sicherem Auftreten.

Richten Sie bitte Ihre Bewerbung mit den üblichen Unterlagen spätestens 4 Wochen nach Erscheinen der Anzeige an den

Magistrat der Universitätsstadt

Marburg a. d. Lahn — Haupt- und Personalamt —

1101

Beamter, Ende 30, verh., 1 Kind, 2. Verw.-Prüf., sucht neue Tätigkeit nach A 10 mit Aufstiegsmöglichkeit nach A 11. Zuschriften erbeten unter 11/73 an Verlag Staatsanzeiger, 62 Wiesbaden, Wilhelmstraße 42

Feuchte Wände

in acht Tagen trocken durch
Spezialputz mit Garantie

Obernehmen Aufträge Putzen, Isolieren, Sanieren usw. Wasserdichte Isolierungen von Terrassen, Dächern Schwimmbädern usw.

W. Wilhelm

Telefon: (06 11) 54 30 36 / 37

Einfam.-Hs. 69 500,-

Rohbau mit Grundstück, voll unterkellert u. Dacheindeckung, Doppelhaushälfte m. 6 Zim., Kü., Bad, 2 WC, Terrasse und Balkon, 325 qm Garten, in schöner ruhiger Wohnlage am Wald 27 km nordöstlich von Ffm. in Altenstadt-Waldsiedlung mit Bahnverbindung u. neuer Autobahn von privat zu verkaufen. Anz. 6900,—, Rest Vb. Tel. 06 11 - 72 56 78 vormittags.

trieb: Staatsanzeiger, 62 Wiesbaden, Wilhelmstraße 42, Telefon Sa.-Nr. 3 98 71, Fernschreiber 04 186 648. Preis von Einzelstücken bis 32 Seiten Umfang DM 2,90, bis 40 Seiten DM 3,80, bis 48 Seiten DM 4,50, über 48 Seiten DM 5,00 Die Preise verstehen sich einschließlich Versandkosten und 5% Prozent Mehrwertsteuer Lieferung gegen Vorauszahlung (keine Briefmarken) auf das Postscheckkonto des Verlages, Frankfurt/M. 143 60-603 Anzeigenschluß 7 Tage vor Erscheinen. Anzeigenpreis lt. Tarif Nr. 10 vom 1. 6. 1973

Der Umfang dieser Ausgabe beträgt 48 Seiten.